

RUDOFSKY REVISITED

Das in Österreich erst 1987 durch die von ihm selbst noch konzipierte Ausstellung „Sparta/Syberis“ im Österreichischen Museum für angewandte Kunst wiederentdeckte Werk des österreichisch-amerikanischen Architekten Bernard Rudofsky hat sich bis heute als besonders inspirierend erwiesen – auch für den Ansatz, den der österreichische Beitrag zur Architektur-Biennale 2016 verfolgt. Ein Gespräch mit der Architekturhistorikerin und Rudofsky-Kennerin Monika Platzer über Rudofskys Denk- und Arbeitsweise, Flüchtlingswohnhäuser im Regionalstil und selbsterklärende Ausstellungen.



Dubrovnik, Kroatien, 1966

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Monika Platzer (MP)

Mit seinem Titel möchte „Orte für Menschen“ auch dem österreichisch-amerikanischen Architekten, Designer, Autor und Ausstellungsmacher Bernhard Rudofsky Referenz erweisen, von dessen nomadischem Leben und visionären Ideen das Projekt auch inhaltlich inspiriert ist. Rudofsky war ein Architekt, der das Reisen und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kulturen als essenziellen Teil seiner vielseitigen Tätigkeiten begriff. Im Mittelpunkt seiner Schriften, Bauten und Ausstellungen steht die Beschäftigung mit elementaren Vollzügen des Lebens wie Essen, Schlafen, Sitzen, Liegen, Waschen sowie mit der Frage, wie diese Bedürfnisse menschengerecht und kultiviert erfüllt werden können und welche Rolle dabei der Architektur zukommt. Von Rudofsky, der außer in Wien u. a. auch in Neapel, Mailand, Buenos Aires, Rio de Janeiro, São Paulo, New York, Tokio und schließlich in Frigiliana gelebt hat, stammen außerdem ebenso kritische wie eigenständige Beiträge zum Phänomen Stadt und zum öffentlichen Raum, wie er sie etwa in seinem Buch „Strassen für Menschen“ formuliert hat.

Bernard Rudofskys berühmte Überzeugung, dass primär eine neue Lebensweise und weniger eine neue Bauweise nottut, hat er auch aus Beobachtungen der Alltagskultur im arabischen Raum gewonnen. Sie proklamiert einen Paradigmenwechsel vom Entwerfen von Gebäuden hin zum Gestalten von sozialen Beziehungen, wie er sich auch bei Victor Papanek findet, mit dem Rudofsky insgesamt viele Gemeinsamkeiten besitzt.

Die besondere Fruchtbarkeit und auch die gesellschaftspolitische Relevanz dieses Ansatzes spiegeln sich nicht nur in den aktuellen Diskussionen um soziale partizipatorische und nachhaltige Architektur- und Designpraxis wider, sondern auch in den Ansätzen, die die drei



Spanien, 1970



Kalabrien, Italien 1963.

Ich glaube,
Rudofsky fordert
uns auf, öffent-
lichen Raum zu
erkennen, wo er
vielleicht bisher
nicht als solcher
„ausgeschil-
dert“ wurde.

Teams für ihre Beiträge zu „Orte für Menschen“ gewählt haben.

CM: Wir sprechen miteinander, weil das Biennale-Projekt in gewisser Weise auch von Bernard Rudofsky inspiriert ist. So ist der Titel u. a. eine Referenz auf sein Buch „Strassen für Menschen“. Gründe für die Wahl dieses Titels waren, dass er allgemein verständlich ist und dass gleich der Mensch in ihm auftaucht. Stimmt es, dass der Mensch auch bei Rudofsky an prominenter Stelle auftritt? Die Frage bezieht sich zunächst auf seine Zeichnungen und Aquarelle, später auch auf seine Fotografien.

MP: Für mich taucht der Mensch bei Rudofsky indirekt auf, über die Architektur, den Raum und seinen Kulturbegriff. Ich glaube nämlich nicht, dass es Rudofsky um den Entwurf einer humanen Architektur im Sinne Alvar Aaltos gegangen ist. Rudofskys Interesse galt dem erweiterten Architekturbegriff, der Wahrnehmung, es ging ihm nicht um das Bauen per se.

CM: Wer über eine entsprechend raffinierte Wahrnehmung verfügt, ist etwa in der Lage, Architektur auch dort zu sehen, wo gar keine ArchitektInnen am Werk waren.

MP: Rudofsky war an einer provokanten Auslegung von Architektur interessiert. Architektur als Lebenselixier bzw. als Kulturgut. Zugleich sollte der Blick geöffnet werden für urbane und rurale Zwischenräume, die Brachen, die Lücken und Nicht-Orte. Architektur als Medium, das kollektiv entsteht, örtlich verankert ist und sich keinen Dogmen unterwirft.

CM: Es gibt auch den Satz von ihm, dass man im Grunde nicht bauen kann, solange man nicht weiß, wie der Mensch, für den man baut, isst, schläft, trinkt, sich wäscht usw. Ist das nicht ein Hinweis darauf, dass der Mensch stark im Zentrum steht?

MP: Das Ungewöhnliche an seinen Texten ist, dass er Architektur nicht aus der schieren NutzerInnenperspektive beschreibt, sondern sich ihr über Phänomene und Wahrnehmungen, Stimmungswerte annähert und die zivilisatorischen Verhaltensweisen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellt. Wenn er sagt: „Architektur ohne Architekten“, tritt nicht nur die Profession der ArchitektInnen zurück, sondern auch die architektonische Selbstgefälligkeit.

CM: Das stellt ja auch eine erhebliche Kritik am gängigen Selbstverständnis der eigenen Profession durch einen Außen-seiter dar. Rein praktisch gesehen trifft es wohl zu, dass Rudofsky im Gegensatz zur damals gängigen Darstellungskonvention oft Menschen in seine Skizzen und Pläne eingebaut hat.

MP: Man könnte es vielleicht so formulieren: Er verstand den Menschen nicht als „vermessbare“ Größe. Gerade ab den 1920er-Jahren hat eine Verwissenschaftlichung in der Architektur stattgefunden. Der Mensch und seine Tätigkeiten wurden statistisch erfasst, und dagegen hat sich Rudofsky gewehrt. Er wollte den Menschen als Individuum und nicht als genormte Masse verstanden wissen. Hierin kommt seine Gegenposition zu den linearen Denkmodellen der Moderne zum Ausdruck.

CM: Rudofsky war diese Idee des Menschen als Platzhalter bzw. als statistische Größe ein Gräuel.

MP: Er war gegen Modulator-Konfektion und für Maßschneiderei. Rudofsky fühlte sich dem Individuum mit seinen spezifischen Bedürfnissen verpflichtet. Zugleich würde ich das nicht romantisieren. Rudofsky war sich der Wirksamkeit des Mediums Fotografie sehr bewusst. Im Zusammenspiel von Bildmotiven über die Kulturgrenzen hinweg griff er gerne zu Mitteln der Irritation und der Provokation, neben dem „aufklärerischen“ Impetus war der Hang zu Ästhetik stark

ausgeprägt. Die Methode der visuellen Entkontextualisierung, eine in der Architektur gängige Praxis, ist heute kritisch zu hinterfragen.

CM: Der zweite Grund für den Bezug zu „Strassen für Menschen“ hat damit zu tun, dass das Buch ein Plädoyer für den öffentlichen Raum formuliert. Rudovsky schreibt an einer Stelle, dass er unter den Millionen von Bänden der Library of Congress – obwohl er ja in der New York Public Library saß – kein einziges Werk zum Thema „Straßen“ finden konnte. Bei den Diskussionen über Flüchtlinge, Migration und prekäre Wohnverhältnisse geht es immer sofort um das Wort „Unterbringung“. Die Bedeutung des öffentlichen Raums wird hier gerne unterschlagen. Wenn man z. B. an die Zwischenfälle in Köln denkt: Diese Übergriffe fanden an einem prominenten öffentlichen Platz statt. Wie schätzt du die Bedeutung des öffentlichen Raums bei Rudovsky ein?

MP: Vorab muss ich natürlich sagen, dass es sehr viele Bücher über „Straßen“ gab, aber nicht im Rudovsky’schen Sinn. Die Stadtplanung nach 1945 stand unter dem Einfluss der „autogerechten Stadt“. Dabei sollten die gewachsenen Städte mit ihren Straßen, Plätzen und Gassen an die neuen Mobilitätsbedürfnisse angepasst werden. Massive Eingriffe in die Substanz, klare Flächenzuweisungen und eine Nutzungsentmischung sollten den ungehinderten Verkehrsfluss ermöglichen. Rudovsky reagierte auf diesen rationalistischen Ansatz, indem er den Straßenraum nicht „entmischte“ und vom Menschen trennte, sondern ihn, um in der heutigen Terminologie zu sprechen, als „Shared Space“ verstand.

Im Unterschied zu heute hat Rudovsky den öffentlichen Raum nicht politisch im Sinne der „Recht auf Stadt“-Bewegung gedacht. Für ihn standen die Variation von Form und Materialität sowie die Oberflächenbehandlung und die Farbigkeit, die für die Raumwahrnehmung bestimmend sind, im Vordergrund. Der öffentliche Raum, der den Menschen eine emotionale Erfahrbarkeit ermöglicht.

In Rudovsky’schen Sinne und provokativ gesagt: Wenn wir lernen, innerhalb des öffentlichen Raums mithilfe von verbesserten, sozial verträglichen Rahmenbedingungen miteinander zu interagieren, dann könnten Übergriffe vielleicht minimiert werden.

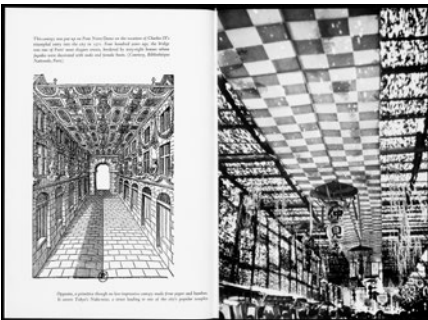
CM: Der öffentliche Raum ist der Geburtsort der Demokratie und damit auch der Ort, an dem bis heute politische Vorstellungen verhandelt werden. Phänomene wie Exklusion, Segregation und Ghettoisierung sind eng mit dem öffentlichen Raum verbunden. Das liefert eventuell ein weiteres Indiz dafür, dass unsere Anleihe bei Rudovsky eine gewisse Berechtigung besitzt. Eine Konsequenz daraus wäre, gerade in der aktuellen Situation und ganz allgemein aus gesellschaftspolitischen Gründen den öffentlichen Raum zu stärken.

MP: Eine Gefahr sehe ich in der Überreglementierung des öffentlichen Raums und der Entmündigung der NutzerInnen. Die Qualitäten des Stadtraums in seiner gemischten Nutzung sollten stärker wahrgenommen werden. Die Übergänge zwischen öffentlichen und privaten Räumen gehören für alle BewohnerInnen durchlässiger gestaltet.

Ich glaube, Rudovsky fordert uns auf, öffentlichen Raum zu erkennen, wo er vielleicht bisher nicht als solcher „ausgeschildert“ wurde. Diese „informellen“, „verborgenen“ Räume bilden einen wesentlichen Teil von Stadt. Intuitiv definieren wir diese Zonen schon jetzt selbst, indem wir sie benutzen oder eben auch nicht.

CM: Es gibt hier einen klassischen Konflikt mit der Stadtplanung, die denkt, sie kann auch den „informellen Raum“ so weit planen, dass man ihn dann auch findet. „Strassen für Menschen“ wurde 1969 in Amerika und aus der Perspektive des Fußgängers geschrieben, von da ist es nicht weit zum

From: B.R., Streets for People, p. 206-207



Überdachte Straßen

Das Wort
Homogenität war
aus Rudovskys
Sprachvokabular
gestrichen.

Flaneur. Handelt es sich bei Rudovsky um einen exemplarischen Flaneur?

MP: Rudovsky war ein Flaneur, der gegen die Beschleunigung seiner Zeit anging und ein klassenspezifisches Statusmerkmal verkörperte.

CM: Einen Dandy beispielsweise.

MP: Einen Dandy und auch einen reisenden Kosmopolit. Man muss aber einmal an jene Orte kommen, an denen Flanieren Sinn und Vergnügen macht. An der Peripherie wird man wahrscheinlich weniger flanieren. Hier sind wir wieder beim Thema der Unterbringung von Flüchtlingen, die ja fast ausschließlich an den Rändern geplant wird. Das ist sicher für jede Art von Integrationsbemühung problematisch, denn bis heute leidet diese unter mangelnder Verbindung zu den Zentren und zum Rest der Stadt. Was aber bedeutet das Wort „Peripherie“? Wie gehen wir mit Peripherie um? Können wir sie als Chance begreifen, die zu neuen Nachbarschaften führt?

Zugleich prallen auch Kulturen aufeinander. Viele von Rudovskys Bildern stammen aus Südosteuropa und dem mediterranen Raum, wo der öffentliche Raum ganz anders genutzt wird als bei uns. Wien verfügt beispielsweise über viele sehr repräsentative öffentliche Räume. Andere Kulturen haben mitunter einen ganz anderen Bezug zum öffentlichen Raum. Wir könnten uns davon inspirieren lassen, aber sehr oft wird die andere Praxis der Aneignung eher als Ärgernis wahrgenommen. Dabei könnte sie auch Anlass sein, unsere eigene Nutzung des öffentlichen Raums zu hinterfragen und zu erweitern. Das fände ich spannend, denn das Ergebnis könnten völlig neue Erfahrungen und Formen der Stadtbenutzung sein.

CM: Ja, das wäre eine wichtige „Lesson from Rudovsky“!

MP: Das Wort Homogenität war aus Rudovskys Sprachvokabular gestrichen. Er war ein Verfechter von Heterogenität und Pluralität. Dies zeigt sich in der Interdisziplinarität seiner Inspirationsquellen, den unterschiedlichen Kulturkreisen, für die er sich interessierte, und er kokettierte auch immer wieder mit seiner zentraleuropäischen Identität. In seiner Mannigfaltigkeit war er quasi ein exemplarischer Europäer.

CM: Der exemplarische Europäer ist eigentlich ein New Yorker! Er hat sich wahrscheinlich in New York am wohlsten gefühlt. Dort war er am längsten und am produktivsten.

MP: Damit war er allerdings kein Einzelfall. Ein Großteil der aus Europa vertriebenen Intelligenz war in New York und hat von dort aus die Welt neu erobert und Architekturgeschichte geschrieben.

CM: Bei aller Weltläufigkeit brachte Rudovsky aber trotzdem gerade dem Lokalen, der lokalen Tradition, der lokalen Handwerkstechnik und dem lokalen Formenrepertoire eine große Sympathie entgegen.

MP: Bauliche Tradition und lokales Handwerk waren ihm wichtig, aber nur wenn sie nicht sinnentleert zum Einsatz kamen. Dem Rückbezug auf eine lokale Tradition, wie er jetzt etwa in den Holzhäusern für Flüchtlinge in Salzburg umgesetzt wird, würde Rudovsky mit Sicherheit skeptisch gegenüberstehen. Die Verwendung eines Satteldachs und der Einsatz von Fensterläden definieren noch lange kein „Salzburger Haus“ – das ist inzwischen sowieso längst zum Klischee verkommen. Die gesellschaftliche Akzeptanz von neuen Flüchtlingsunterkünften in ein Abhängigkeitsverhältnis mit einem regionalen Baustil zu bringen ist fragwürdig.

CM: Zum Klischee oder zum Museum verkommen.

MP: Zur Norm gewordenes formales Repertoire lehnte Rudovsky ab. Natürlich ist es wichtig, auf den lokalen, traditionellen Kontext einzugehen,



Bernhard Rudovsky, Sparta/ Syberis. Keine neue Bauweise, eine neue Lebensweise tut not

Zur Norm
gewordenes
formales Reper-
toire lehnte
Rudovsky ab.

Was bedeutet diese Zerstörung von Aleppo für die Zivilisation, und was macht sie mit den Menschen? Das kommt für mich in dem geführten Diskurs etwas zu kurz.

aber auf den der BewohnerInnen. In diesem Sinn wäre es spannend, die Flüchtlinge nach ihrer Herkunft, ihren Lebensgewohnheiten und dem Unterschied zu unseren Städten zu fragen. Zum Großteil haben wir von arabisch-orientalischer Lebensweise nur sehr vage bzw. eher romanisierende Vorstellungen, die es nicht zu reproduzieren gilt. Ich kenne jetzt nur die Bilder des zerbombten Aleppo – aber ich habe den Eindruck, das Aleppo eine historische, doch auch sehr moderne Großstadt war, in manchen Bereichen vielleicht sogar moderner und urbaner als Wien.

CM: In Rudofskys Buch „Architecture Without Architects“ gibt es Abbildungen von einem syrischen Wasserrad. Ich glaube, er selbst war nie in dieser Gegend.

MP: Das habe ich jetzt ehrlich gesagt nicht im Kopf. Man muss auch sagen, dass viele dieser Bilder schon damals nicht mehr zeitgenössisch waren. Rudofsky suchte sehr bewusst Bilder, die seiner Theorie, seinen Argumenten, seinen Assoziationen und seinem Blick entsprachen, und er bediente sich dabei aus einem historischen Fundus bedient. Aber mir würde in diesem Zusammenhang noch ein anderer Protagonist einfallen, nämlich Bogdan Bogdanovič, der in seinem Buch „Die Stadt und der Tod“ über die systematische Zerstörung von Städten und zivilem Leben schreibt. Wie geht man mit den „Städtemorden“ und mit ihrer Symbolik um? Was bedeutet diese Zerstörung von Aleppo für die Zivilisation, und was macht sie mit den Menschen? Das kommt für mich in dem geführten Diskurs etwas zu kurz.

CM: Ich finde den Hinweis auf Bogdanovič sehr interessant. Er war ja als Grenzgänger zwischen unterschiedlichen Kulturen, als schreibender Architekt eine Rudofsky ähnliche Figur.

MP: Ihm ging es um ein pluralistisches Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien und um eine sinnlich-poetische Wahrnehmung von Städten. Nur war Bogdanovič noch eine Spur offener als Rudofsky. Er war auch anders geprägt und gehörte einer anderen Generation an. In seinem Buch „Vom Glück in den Städten“ gibt es einen wunderbaren Text, in dem er beschreibt, wie ein Blinder seine Stadt sensorisch wahrnimmt und dabei mehr sieht als wir Sehenden.

CM: Warum wir Vorbehalte gegen Orte entwickeln, hat stark mit dem Phänomenologischen, Subjektiven, Sensitiven zu tun. Zugleich gibt es weiterhin eine Tendenz, gerade diese Aspekte als Luxusphänomene abzutun. Dabei sind es genau diese Qualitäten, die entscheiden, ob Räume mit Leben gefüllt werden.

MP: Das Selbstverständnis vieler MigrantInnen, sich Stadträume anzueignen, ist nachahmenswert, die gemischte Nutzung der Wohnungen, der Stiegenhäuser zeigt eine Gabe zu improvisieren. In den Erdgeschosszonen sind viele kleine Läden entstanden, die mit ihrem bunten Warensortiment flexibel auf Angebot und Nachfrage reagieren.

Seit ein paar Jahren ist der Begriff „Pop-up-Store“ en vogue, aber eigentlich wurde Ähnliches schon viel früher in den Herkunftsländern vieler MigrantInnen praktiziert. Wir haben diese Potenziale der Stadtbenutzung bloß nie wahrgenommen.

CM: Rudofsky fühlte sich besonders durch diese Vitalität und Pluralität der Stadt inspiriert. Es gibt in „Strassen für Menschen“ ja viele Impressionen von marokkanischen oder italienischen Straßen, Märkten, Plätzen, die ihm als Beispiele für Lebendigkeit und Kultiviertheit galten. Wobei auch an diesen Orten Konflikte und Widersprüche auftauchen können, die sich aber auch aushalten lassen und nicht sofort eliminiert werden müssen.

MP: Genau darin sahen die Architekten ihre Berufung: das Chaos der Städte zu beseitigen und zu ordnen.

Rudofsky war ein Meister darin, mit Bildern ein Narrativ zu erzählen. Er hatte ein unglaubliches Gespür für Dramaturgie und arbeitete sehr gekonnt mit Gegensätzen und Irritationen.

CM: Es gibt diese Anekdote, dass Charles de Gaulle mit seinem Stadtplaner im Helikopter über Paris flog und zu ihm sagte: „Bring mir Ordnung in dieses Chaos.“ Dieser Befehl markiert den Beginn der „villes nouvelles“.

MP: Den Blick aus der Vogelperspektive auf die Stadt gab schon wesentlich früher – die schlimmste Ausprägung erfuhr er in der Zeit des Nationalsozialismus. Rudofsky blickte nicht von oben herab, sondern von unten hinauf oder auf Augenhöhe.

CM: Rudofsky ist auch deswegen eine interessante Figur, weil er ein schreibender Architekt war. Vielleicht auch deshalb, weil er der Meinung war, dadurch mehr Einfluss zu haben denn als bauender Architekt. Außerdem war er Pionier auch als Ausstellungsmacher, bevor es das Wort überhaupt gab. In Venedig werden wir ja ebenfalls eine Ausstellung machen, was die Frage nahelegt: Was könnten wir in dieser Hinsicht von ihm lernen?

MP: Rudofsky war ein Meister darin, mit Bildern ein Narrativ zu erzählen. Er hatte ein unglaubliches Gespür für Dramaturgie und arbeitete sehr gekonnt mit Gegensätzen und Irritationen. Diese Erzählungen waren nicht immer historisch „korrekt“, aber sie waren anregend und inspirierend. Seine Ausstellungen waren visuell so konzipiert, dass man sie rezipieren konnte, ohne viel lesen zu müssen. Sie erschlossen sich durch Assoziationsketten. Es wäre toll, wenn euch das auch in Venedig gelänge.

CM: Nun, das werden wir sehen! Aber zurück zu Rudofsky: Auch an dieser Stelle wird wieder seine Ambivalenz sichtbar, denn seine visuellen Geschichten in Ausstellungs- oder Buchform sind zugleich auch Ausdruck eines allmächtigen Autors bzw. ein Beispiel für „Total Design“.

MP: Rudofsky zeichnete ein großes Talent aus, komplexe Zusammenhänge in die Form einer Geschichte zu bringen, aber es gab dann eben nur diese eine, relativ geschlossene Narration. Seine Themen hat er auch immer wieder recycelt, wie man anhand der neun Bücher und der Handvoll Ausstellungen gut nachvollziehen kann. Rudofsky betrieb ein sehr intensives, kreatives „Reworking“ von Ideen und bewies, dass Fragestellungen nicht immer neu sein müssen, um interessant zu sein.

CM: Rudofsky reiste und leistete sich dabei das Vergnügen, an neuen Orten jeweils ein neues Leben zu beginnen, um so sein Denken und Wahrnehmen zu erfrischen. Er war auf seine sehr spezielle Weise vielleicht sogar ein Vorläufer jener „modernen Nomaden“, wie sie in letzter Zeit besonders Globalisierung und Digitalisierung hervorgebracht haben. Gleichzeitig ist er aus Europa geflohen, allerdings unter vergleichsweise glimpflichen Umständen.

MP: Es war eine privilegierte Emigration. Rudofsky musste nicht aus rassistischen Gründen vor den Nazis fliehen, er wollte dem Militärdienst und einer zunehmend bedrohlichen Entwicklung in Europa entgehen. Dank seiner wohlhabenden Frau Berta konnten beide mit Erste-Klasse-Tickets – das war die Voraussetzung für die Einreise nach Buenos Aires – Europa verlassen. Außer in seinen Anfangsjahren war sein Reisen ein recht privilegiertes Unterfangen, das teilweise von Fellowships wie der Fulbright Foundation finanziert wurde. Das Reisen war ihm ein wichtiges Forschungsinstrument, zugleich kommt darin sein Streben nach Unabhängigkeit zum Ausdruck. Er hatte Kontakt zu vielen prominenten KollegInnen und Zirkeln und lehrte an bekannten Universitäten wie Yale, ohne sich allerdings jemals fix zu verpflichten. Geistige und örtliche Ungebundenheit war ihm extrem wichtig.

CM: Womöglich war darüber hinaus auch Unfähigkeit im Spiel?

MP: Vielleicht eine gewisse Verweigerung von Nähe – er war sich selbst genug.

CM: Viele ArchitektInnen reisen heutzutage öfter als Rudofsky, sehen aber vielleicht weniger als er, weil sie weniger Zeit und Muße haben, sich auf die unterschiedlichen Orte einzulassen.

MP: Auch weil die Welt homogenisierter und globalisierter geworden ist. Ich weiß nicht, ob es heute noch gelingen würde, so wie Rudofsky zu reisen. Jetzt wäre wahrscheinlich der umgekehrte Weg interessanter – hier zu bleiben und sein Umfeld neu zu entdecken.

CM: Die österreichische Schriftstellerin Ilse Aichinger hat gesagt, dass sie auf dem Weg von der Herrengasse zum Café Demel mehr erlebt als Menschen, die um die Welt reisen.

MP: Jetzt haben wir wieder zum öffentlichen Raum zurückgefunden.

CM: Es kommt auf das Bewusstsein an und nicht auf die Entfernung, die man zurücklegt. Und das ist vielleicht die schwierigste „Lesson from Rudofsky“, da sie sich nicht in Form einer Theorie oder im Sinne eines Formenkanons vermitteln lässt. Man muss sie sich selbst aneignen. Vorbilder und Inspirationen können zwar helfen, aber im Grunde muss man es selbst machen.

MP: Es geht um das Wahrnehmen – und erkennen muss man selbst.

Über „Strassen für Menschen“

Das Buch erschien 1969 unter dem Originaltitel „Streets for People: a primer for Americans“ bei Doubleday in New York und zählt neben „Architecture Without Architects“ von 1964 zu den erfolgreichsten und einflussreichsten Büchern Bernard Rudofskys. In 16 Kapiteln mit teilweise so sprechenden Titeln wie „Zum Lob der Treppen“ oder „Versorgung und Ernährung des Fußgängers“ sowie anhand vieler Einzelbeobachtungen, stadträumlicher Details und reichen Bildmaterials liefert das Buch ein leidenschaftliches Plädoyer für die Kultivierung des öffentlichen Raums, wie Rudofsky sie hauptsächlich in den Städten rund um das Mittelmeer gefunden hat. Die deutsche Übersetzung des Buches unter Mitarbeit seiner Frau Berta Rudofsky erschien erst posthum im Jahr 1995.

Über Monika Platzer

Die Kunst- und Architekturhistorikerin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Architekturzentrums Wien und dort als Kuratorin speziell für die Sammlung zuständig. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Architektur der österreichischen Nachkriegsmoderne, mit deren Ambivalenzen sie sich wissenschaftlich aktuell speziell im Hinblick auf den Kalten Krieg beschäftigt. Neben zahlreichen anderen Ausstellungen hat Monika Platzer gemeinsam mit Wim de Wit 2007 die Ausstellung „Lessons from Bernard Rudofsky“ konzipiert. Diese erste umfassende Schau über Ursprünge, Wechselwirkungen und Einflüsse von Rudofskys Werk wurde in Zusammenarbeit mit dem Getty Research Center realisiert und außer in Wien auch in Montreal und Los Angeles gezeigt.

MITTENDRIN STATT AUSSEN VOR

Obdachlosigkeit hat viele Gesichter, Ausgrenzung gehört immer dazu. Genau an diesem Punkt setzt daher ein Wohnprojekt in der Wiener Innenstadt an, bei dem ehemalige Obdachlose und Studierende unter einem Dach leben. Ein Gespräch mit dem Architekten Alexander Hagner über sein Selbstverständnis, die Defizite der Disziplin und warum gerade soziale Projekte höchsten Ansprüchen genügen müssen.



Photo: Kurt Kubo11

VinziRast mittendrin, Werkstatt im Erdgeschoss

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Alexander Hagner (AH)

Obdachlosigkeit ist ein komplexes Phänomen mit erheblichen Unschärfen, was sich auch in der Schwankungsbreite seiner empirischen Erfassung niederschlägt. Nach Schätzungen von ExpertInnen aus dem Umkreis der „Armutskonferenz“ sind aktuell rund 12.000 Menschen in Österreich obdachlos. Einen weiteren Hinweis auf die Größenordnung des Problems liefert die Hilfseinrichtung Caritas, die in Wien u. a. die Notschlafstelle „Gruft“ betreibt. In dieser wurden 2015 rund 97.000 warme Mahlzeiten ausgegeben.

Architektur als Spektakel, wie wir das in den letzten Jahren vorge- setzt bekommen haben, ist meiner Meinung nach ein Irrweg.

Wesentliche Gründe dafür, dass immer mehr Menschen Wohnungslosigkeit droht, sind die Mietkosten, die laut einer Studie des „Verbands Wiener Wohnungslosenhilfe“ zwischen 2001 und 2015 um durchschnittlich 15 Prozent gestiegen sind, und die ebenfalls starke Zunahme von Befristungen. Beide Faktoren haben zur verstärkten Nachfrage nach Wohnungen im gemeinnützigen Sektor und in Folge zur Verschärfung der Zugangskriterien geführt, weshalb die rund 400.000 armutsgefährdeten Personen in Wien mehr und mehr auch vom kommunalen Wohnbau ausgeschlossen sind.

Das 2013 eröffnete Wohnprojekt „VinziRast-mittendrin“ geht im Umgang mit dem Problem Obdachlosigkeit völlig neue und – wie sich bereits beurteilen lässt – erfolgreiche Wege. Anstelle von Ausgrenzung und Abschottung stehen hier das Leben in Gemeinschaft und der Abbau von Ängsten sowie der Austausch mit dem urbanen Umfeld im Mittelpunkt. Das ehemalige Mietshaus aus dem Biedermeier in zentrumsnaher Lage wurde vom Wiener Architekturteam +/- gaupenraub in ein modernes vierstöckiges Wohnhaus umgestaltet, in dem heute rund dreißig ehemalige Obdachlose mit Studierenden in zehn Wohngemeinschaften mit je drei Zimmern zusammenwohnen. Abgesehen von angeschlossenen Werkstätten und zahlreichen Gemeinschaftsräumen verfügt die „VinziRast-mittendrin“ über ein allgemein zugängliches Lokal im Erdgeschoss, das von Gastronomiefachkräften, BewohnerInnen und freiwilligen HelferInnen als Restaurant, Café und Bar betrieben wird und als Foyer zum Stadtraum fungiert.

Ein wesentlicher Faktor des Projekts ist die hohe räumliche und architektonische Qualität, die das Haus seinen unterschiedlichen NutzerInnen- gruppen bietet. Gute Gestaltung und soziale Gesinnung sind hier kein Widerspruch, sondern ganz im Gegenteil wesentliche Elemente des Erfolgs.

CM: Mir scheint, es gibt eine Parallele zwischen der Motivation, weshalb wir „Orte für Menschen“ gestartet haben, und deiner eigenen, denn ich habe gelesen, dass dein starkes soziales Engagement in deinem Berufsethos als Architekt begründet ist.

AH: Ich habe angesichts der prekären Situation vieler Menschen einfach gesehen, dass es einen starken Bedarf an Architektur gibt. Primär natürlich in Form von Gebäuden und Wohnungen, Schutz- und Lebensräumen, aber auch ganz allgemein als spezielle Kompetenz.



VinziRast mittendrin, Restaurant

Als Architekt verfüge ich ja über die notwendigen Werkzeuge, um aktiv eingreifen und an konkreten Lösungen mitarbeiten zu können. Je mehr wir uns als Team allerdings mit sozialen Problemen beschäftigen, umso mehr empfinde ich unser Engagement als eine Möglichkeit, der eigenen Ohnmacht zu entkommen. Grundsätzlich lautet unsere Einstellung: „Wir können etwas tun, also tun wir etwas!“ Allerdings könnte fast jede/r ZeitgenossIn etwas tun, um benachteiligten Menschen zu helfen, egal in welchem Beruf er oder sie tätig ist.

CM: Es gibt in Wien angeblich 10.000 Obdachlose.

AH: Zahlen vertraue ich nicht mehr, denn es ist immer die Frage, was man unter Obdachlosigkeit versteht. Menschen, die keine feste Bleibe haben, oder solche, die auch bei minus zehn Grad auf der Straße sitzen? Die Obdachlosen sind ein bunter Haufen, genauso wie wir ArchitektInnen oder andere Gruppen.

CM: Ist das soziale Engagement auch eine Reaktion auf eine Sinnkrise der Architektur? Vor einigen Jahren lautete das Biennale-Motto „Less Aesthetics, More Ethics“.

AH: Architektur als Spektakel, wie wir das in den letzten Jahren vorge- setzt bekommen haben, ist meiner Meinung nach ein Irrweg. Diese Entwicklung hängt damit zusammen, dass Architektur mittlerweile



VinziChance workshop

Soziale Projekte mit armseliger Qualität haben keine Chance, sie bieten weder sozialen Nutzen, noch bringen sie die Architektur voran.

hauptsächlich in Bildern transportiert wird. In dieser Situation versuchen ArchitektInnen, möglichst spektakuläre Bilder zu liefern. Durch diese Dominanz des Bildes verkommt unser Beruf zur Gestaltung toter Materie. Und selbst diese Rolle haben wir nicht mehr unumstritten: In Schweden etwa fungiert der Architekt nur noch als einer von vier Konsultanten am Bau, neben Haustechniker, Bauphysiker und Statiker. Die Idee, dass ein Architekt mehr sein könnte als ein spezialisierter Dienstleister oder dass überhaupt bei ihm die Fäden zusammenlaufen, existiert dort gar nicht mehr. Das halte ich für katastrophal.

CM: Angesichts der aktuellen Herausforderungen sieht sicherlich vieles plötzlich alt aus, was in den letzten Jahren als besonders innovativ gefeiert wurde.

AH: Die Form muss immer das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit komplexen sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhängen und nicht Selbstzweck sein. Wenn sich ArchitektInnen nur mit der Form befassen, kann das Resultat nur begrenzt Relevanz besitzen. Durch computergestütztes parametrisches Design wurde die Fetischisierung der Form nochmals verstärkt, aber dieser Ansatz ist längst an seine Grenzen gekommen.

Wir müssen dringend wieder zu den Inhalten zurückkehren! Gerade im Zusammenhang mit sozialen Projekten ist dabei die hohe Qualität in allen Bereichen essenziell, denn wir haben es alle satt, dass man sozialen Projekten das „Soziale“ anmerkt. Soziale Projekte mit armseliger Qualität haben keine Chance, sie bieten weder sozialen Nutzen, noch bringen sie die Architektur voran. Wir müssen deshalb unsere Werkzeuge enorm schärfen, um mit beschränkten Mitteln hochwertige Qualität zu erzielen, und dürfen dabei auf keinen Fall an der Form hängen bleiben. Die Ursache, warum wir in der aktuellen Flüchtlingssituation nicht nach Lösungen gefragt werden, liegt darin, dass wir uns als ein Berufsstand geoutet haben, der mit diesem und anderen sozialen Themen gar nichts mehr zu tun hat.

CM: Wir haben jedenfalls nicht länger auf offizielle Anfragen gewartet, sondern drei Teams beauftragt, sich damit zu beschäftigen. Wir machen aber auch die Erfahrung, dass wir bei vielen Stellen auf Skepsis stoßen, da diese Angst haben, das Engagement von ArchitektInnen könnte den Prozess eingespielter Mechanismen verkomplizieren.

AH: Architektur ist immer erst einmal ein Parasit. Sie besetzt Raum, saugt sich fest am Kanalnetz, am Strom, an der Abwasserversorgung. In der urbanen Situation führt eine Aneinanderreihung von Parasiten zum Kollaps, und daher müssen wir schauen, dass wir ein symbiotisches Ergebnis erzielen. Aber wer kümmert sich darum? Weder die Politik noch die EntwicklerInnen, und die einzelnen Bauherren auch kaum mehr.

Die Idee, dass aus einem Parasit ein Symbiont werden kann, weil die Verhältnisse als Gesamtstruktur gesehen werden, in der Geben und Nehmen gleichermaßen wichtig sind, müsste dringend in den Vordergrund rücken. Je symbiotischer Architektur angelegt ist, umso besser wird sie auch funktionieren in ihrem eigentlichen Sinn. Wenn Architektur zu einem Ensemble von Spezialdisziplinen verkommt, das von EntwicklerInnen dirigiert wird, dann kann sich kein sozialer Organismus entwickeln, sondern es setzen sich Partikularinteressen durch.

Wenn es dann noch um sozial benachteiligte Menschen geht, die über keinerlei Lobby verfügen und die niemand in seiner Nachbarschaft haben will, dann wird sichtbar, auf welche Katastrophe wir uns zubewegen. Dabei sollte es ja wirklich primär darum gehen, „Orte für Menschen“ zu schaffen. Es geht um Ökonomie, Ökologie und das Soziale, aber das Soziale kann man nicht numerisch erfassen, weshalb man sich auch nicht darum gekümmert hat.

Ins „mittendrin“
kommen oft
Leute, die gar nicht
wissen, dass es
dort um Obdach-
losigkeit geht, sie
essen etwas, beim
zweiten Mal lesen
sie einen Folder,
beim dritten Mal
klingeln sie und
sagen: „Ich finde
das super, kann
ich mithelfen?“

Photo: Simon Joppel



Zimmer in einer WG

Wir arbeiten seit 2002 an einem Obdachlosendorf in Wien nach dem Vorbild des „VinziDorfs“ in Graz und haben erst jetzt, nach zwölf Jahren, eine Baubewilligung bekommen! Warum hat das so lang gedauert? Weil man das Projekt einfach nicht haben wollte. ArchitektInnen haben aber die Aufgabe, auch soziale Projekte so zu planen, dass sie gewollt werden. „VinziRast-mittendrin“ war das erste Projekt, das im Bauausschuss nicht einmal von der FPÖ abgelehnt wurde.

CM: Was waren die Gründe dafür, dass es so hohe Akzeptanz erfahren hat?

AH: Es lag an der Art und Weise, wie wir es von Anfang an aufgesetzt haben: sehr transparent und in viele Richtungen offen. Wir haben die Menschen eingeladen, sich zu beteiligen statt es zu bekämpfen. Das hybride Nutzungsangebot und die Einbindung der Studierenden spielten auch eine wichtige Rolle. Das Projekt war überschaubar, durchmischt und erschien insgesamt nicht bedrohlich. Man kann Sozialprojekte auch so anlegen, dass niemand Angst davor haben muss.

CM: Architektur als soziale Disziplin verstanden muss natürlich Widerstand gegen Spezialisierung und Fragmentierung leisten. Wenn wir den öffentlichen Raum nur noch als eine Aneinanderreihung von zielgruppenspezifischen Nutzungsflächen sehen, dann verschwinden das Soziale, das Integrative und natürlich auch das eigentlich Öffentliche.

AH: Die Stadt ist ein „Melting Pot“. In einer „Gated Community“ kann man einzelne Gruppierungen vielleicht noch voneinander trennen, aber spätestens in der U-Bahn ist es damit vorbei. Exklusion, Inklusion, Segregation, das sind für mich lauter theoretische Konstrukte, die von der Stadt amalgamiert werden. Ich möchte einen Vergleich machen: Wenn ein Zirkus in eine Kleinstadt kommt, schauen zuerst einmal alle skeptisch, weil fremde Leute auftauchen. Dann aber wird das Zelt aufgebaut, das eine perfekte, leichte Architektur darstellt, bei der man sogar das Erdgeschoss öffnen kann, wenn die Witterung passt oder Kontakt gesucht wird. Es gibt einen Raum und eine Handlung, nämlich die Zirkusvorstellung, sodass auch die, die es eigentlich nicht mögen, aber neugierig genug sind, kommen können, um es sich anzuschauen. Wir haben beides in uns: die Ablehnung des Fremden, aber auch die Neugier. Auf letztere sollte man setzen.

CM: Worin bestehen für dich die Chancen der aktuellen Situation?

AH: Man muss einfach nur RealistIn sein, um zu sehen, dass unsere Gesellschaften immer globaler und heterogener werden. Dieser Prozess ist unumkehrbar, machen wir das Beste daraus! Wenn wir ArchitektInnen unsere Werkzeuge klug einsetzen, können wir viel bewirken. Ein Beispiel: Ins „mittendrin“ kommen oft Leute, die gar nicht wissen, dass es dort um Obdachlosigkeit geht, sie essen etwas, beim zweiten Mal lesen sie einen Folder, beim dritten Mal klingeln sie und sagen: „Ich finde das super, kann ich mithelfen?“ Unsere Intention war, über Gestaltung, Atmosphäre und Stimmung des Hauses Menschen anzusprechen, sich aktiv sozial zu beteiligen, und das ist sehr gut aufgegangen. Das kann aber nur funktionieren, wenn bei der Qualität keine Abstriche gemacht werden, um Geld und Aufwand zu sparen. Die Idee, Geld als Ziel und nicht als Mittel einzusetzen, ist ja für die gesamte Gesellschaft fatal und gerade im sozialen Kontext völlig verfehlt. Das gilt natürlich auch in der aktuellen Situation mit den Flüchtlingen, in der einige AkteurInnen schon wieder ein Geschäft wittern.

CM: Kannst du das genauer erklären?

AH: Natürlich haben ImmobilienentwicklerInnen und andere Geschäftsleute mittlerweile entdeckt, dass wegen der sogenannten Krise auf der Basis von unzähligen Ausnahmeregelungen nun endlich Orte bebaut werden dürfen, die bisher tabu waren. Auch die Absenkung von

Würden meine StudentInnen ein Projekt für Obdachlose genau nach den offiziellen Vorgaben der Stadt Wien konzipieren, müsste ich ihnen sagen: „Sorry, ihr habt an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeplant.“

Standards ist problematisch, denn einerseits sind die heutigen Standards im Wohnbau teilweise völlig degeneriert und dienen primär der Bauindustrie, und andererseits könnte jedes Abgehen davon dazu führen, dass noch billigere Immobilien mit noch höheren Margen errichtet werden.

Beim Lokal „mittendrin“ war unser primäres Ziel, dass die BewohnerInnen dort möglichst auch eine Beschäftigung erhalten. Es soll außerdem als Bindeglied zwischen der Stadt, der Gesellschaft und dem Wohnprojekt dienen. Es muss keinen Gewinn abwerfen, aber eine schwarze Null erwirtschaften. Mit diesem Ziel im Hinterkopf haben wir es geplant, gestaltet und bis zur letzten Schraube ausgetüftelt.

Das Resultat gibt uns recht: Das Lokal ist immer voll, wir verdienen Geld damit und können die Schulden viel früher als geplant zurückzahlen. Ähnlich war es mit dem Dachatelier, das natürlich ein Luxus ist. Um es bauen zu können, haben wir auf den teuren Sonnenschutz verzichtet, weil wir der Meinung waren, dass das Dachatelier für das Projekt extrem wichtig ist, auch wenn wir es nur elf Monate im Jahr nutzen können. Inzwischen ist dieser Raum der erfolgreichste im ganzen Haus, und er wird häufig für Geburtstagsfeiern Externer oder Yogaseminare verwendet. Auch das bringt Geld in Form von Spenden und schafft außerdem Verbindungen zu Leuten, die sonst nicht ins Haus kämen. Die gute Entwicklung von „VinziRast-mittendrin“ zeigt, dass solche strikt qualitätsorientierten Konzepte funktionieren.

CM: „VinziRast-mittendrin“ ist auch ökonomisch erfolgreich, obwohl oder vielleicht gerade weil dieser Erfolg nicht das primäre Ziel war.

AH: Mein Fazit lautet: Das Projektziel muss zu hundert Prozent im Vordergrund stehen. Nur wenn man dieses Ziel ganz klar vor Augen hat, kann man auch entscheiden, welche Abstriche und Kompromisse man eventuell machen kann, ohne dieses Ziel zu gefährden. Vom ursprünglichen Ziel, nämlich gute Häuser, Wohnungen und Arbeitsplätze für Menschen zu gestalten, haben wir uns ja längst weit entfernt. Wenn man als ArchitektIn so argumentiert, wird man ausgelacht, denn es geht primär um Renditen. Bei der Unterbringung Obdachloser haben wir festgestellt, dass diese NutzerInnengruppe überhaupt niemand ernst nimmt. Würden meine StudentInnen ein Projekt für Obdachlose genau nach den offiziellen Vorgaben der Stadt Wien konzipieren, müsste ich ihnen sagen: „Sorry, ihr habt an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeplant.“ Das, was zurzeit gebaut wird, entspricht nicht dem, was die Menschen brauchen, sondern dem, was PolitikerInnen und andere ihnen zugestehen.

CM: Wie habt ihr euch dem angenähert, was die Menschen in der „VinziRast-mittendrin“ wirklich brauchen?

AH: Über Beobachtung und Austausch. Obdachlose kann man nicht fragen, wie sie gern wohnen möchten. Man kann nur beobachten, mitarbeiten und auch viel lesen. Man muss einsteigen und sich ein Bild machen. Das geht nicht über Richtlinien.

CM: Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem, was notwendig ist, und dem, was gefordert wird. Kannst du das an einem Beispiel festmachen?

AH: Jemand, der seit Jahren unter einer Brücke wohnt, schwerer Alkoholiker und psychisch sehr krank ist, kann nicht mehr in eine Notunterkunft wie die „Gruft“ gehen, weil er in der Gruppe nicht bestehen kann. So jemand muss vielleicht direkt in eine eigene Wohnung kommen. Manchmal funktioniert auch die Karriereleiter von der Brücke in ein Notquartier in eine Wohngemeinschaft und dann in eine Wohnung, aber nicht bei allen. Auch das „VinziDorf“ funktioniert nicht für alle. Oft sind kleine Räume, die wie eine Höhle sind, passender oder Altbauten mit Spuren besser geeignet als Neubauten.

CM: Aber auch das sind Erkenntnisse, die nicht wie in einer Art „Neufert“ zusammengefasst verallgemeinerbar und universell anwendbar sind, wie das PolitikerInnen gern hätten.

AH: Bei Obdachlosen geht das schon gar nicht, weil sie nicht nur individuell, sondern auch nicht an die Gesellschaft angepasst sind. Bei Flüchtlingen reden wir über Individuen, die noch individueller sind, weil sie traumatisiert sind, weil sie Opfer waren und aus allem rausgefallen sind, weil sie nicht nach Hause gehen und sich in ihr eigenes Bett legen können. Obdachlose, Flüchtlinge und andere Menschen in schwierigen Lebenslagen sind noch viel stärker Individuen, als wir es sind. Für so jemanden eine Hülle zu bauen erfordert noch mehr Kompetenzen, und gleichzeitig bewirkt es viel mehr. Wir wissen, wie man wohnt.

CM: Ihr habt euch in die Obdachlosen ja nicht nur eingefühlt, sondern sie auch am Projekt beteiligt.

AH: In der Planung ist Partizipation mit diesen Gruppen schwierig, aber in der Umsetzung soll man die NutzerInnen unbedingt einbeziehen. Wir haben unsere NutzerInnen zweimal einbezogen, einmal, als wir das Haus gemeinsam ausgeräumt haben, bevor die Baufirmen mit ihrer Arbeit begonnen haben, und dann danach. Dazwischen war es auch aus versicherungstechnischen Gründen problematisch. In der Fertigstellungsphase in den letzten drei Monaten war es schwierig, denn es durften keine Fehler passieren. In dieser Zeit habe ich sieben Kilo abgenommen, weil nie klar war, ob die künftigen Mitbewohner kommen, ob sie alkoholisiert sind, was sie überhaupt können. Ich habe mich aber gerade in dieser Endphase allen Beteiligten gegenüber verpflichtet gefühlt, dass alles total am Punkt ist.

CM: Wie hast du das gemacht?

AH: Ich habe mehr oder weniger dort gewohnt und mich um alles gekümmert. Dabei habe ich auch Leute kennengelernt, die ich sonst wohl nie getroffen hätte. Z. B. habe ich zwei Wochen mit jemandem gearbeitet, der fünfmal inhaftiert war und zuletzt wegen Totschlag gesessen ist. Von ihm habe ich viel gelernt, und er wahrscheinlich auch von mir. Jeden Tag habe ich etwas Neues mitbekommen und meinen Horizont erweitert wie selten zuvor.

CM: Wie viel Potenzial besitzt der Leerstand für solche Projekte und für die Stadtdynamik? Das Haus stand ja vorher leer.

AH: Prinzipiell finde ich den Leerstand besser als den Neubau, weil die Menschen, die übers Mittelmeer kommen und alles verloren haben, in einem bestehenden gebauten Umfeld eher kulturelle Werte vermittelt bekommen als in einem Neubau. Ich denke an gewachsene Strukturen, die dann sehr wohl adaptiert werden müssen. Dort gemeinsam etwas machen, denn es gibt nichts Schlimmeres, als zum Nichtstun verdonnert zu sein. Viele sind HoffnungsträgerInnen. Ich denke, man könnte MigrantInnen aber auch als Pionierpflanzen für neue Stadtteile sehen, wobei man der Heterogenität viel Beachtung schenken muss, denn eines der größten Probleme ist der Neid, daher muss man von vornherein verschiedene Gruppen ansprechen.

CM: Sicher kennst du den Vorarlberger Ansatz mit zwei Häusern für jede Gemeinde.

AH: Absolut gut, nicht nur gut, sondern auch notwendig. Wenn man etwa nach Frankreich schaut, sieht man, was aufgrund der mangelnden Integrationsbemühungen in den Banlieues passiert ist. Wenn man den Wert des sozialen Friedens beziffert, wird klar, dass wir viel mehr in die Unterbringung von Menschen investieren sollten, die das nicht selbst bezahlen können. Das ist es wert, denn wie man sagt: „Das Schlimmste am Armsein ist nicht, nichts zu haben, sondern nichts zu sein.“

Photo: Christopher Glanzl



Restaurant im Innenhof

Photo: Simon Joppel



VinziRast

CM: Interessant finde ich, wie „VinziRast-mittendrin“ erschlossen ist.

AH: Es gab zwei bestehende Stiegenhäuser, die aber zu schmal waren, daher haben wir ein zusätzliches Stiegenhaus gebaut, und es gibt auch noch einen neuen Lift für die barrierefreie Erschließung. Dadurch kann man sich frei bewegen und hat die Möglichkeit, sich aus dem Weg zu gehen. Zwei Erschließungen sind im Freien. Das ist kein Luxus, sondern wichtig, denn bei benachteiligten Menschen gibt es ein größeres Konfliktpotenzial, weil sie aufgrund ihrer Situation manchmal sehr unzufrieden sind. Die BewohnerInnen können sich im „mittendrin“ also auch aus dem Weg gehen. Andere Orte, um diese Konflikte abzubauen, sind die Werkstätten oder auch die Gemeinschaftsküchen.

CM: Das Restaurant ist wirtschaftlich erfolgreich. Wer arbeitet dort, Profis mit BewohnerInnen?

AH: Der Maître ist ein Profi, der von Ehrenamtlichen des Vereins unterstützt wird, die sich nicht zutrauen, in der Notschlafstelle zu arbeiten. Es gibt Studierende und BewohnerInnen aus dem Haus, die ebenfalls mitarbeiten. Daher war klar, dass wir das Lokal nicht verpachten dürfen. Die Leute müssen angestellt werden.

CM: Wie ist es mit den Werkstätten?

AH: Die Werkstätten lagen einige Zeit brach, bis die Regisseurin Jacqueline Kornmüller die Idee zum Projekt „VinziChance“ hatte, nämlich mit den Leuten aus der „VinziRast-Notschlafstelle“ zusammenzuarbeiten. Diese Notunterkunft müssen die sechzig Gäste ja jeden Morgen verlassen. Die bekommen jetzt einen Fahrschein, ein Mittagessen und Deutschunterricht. Dafür arbeiten sie tagsüber in der Textil-, der Metall- oder der Holzwerkstatt und stellen Gegenstände her, die am Oster- oder Weihnachtsmarkt gegen eine Spende hergegeben werden. Es gibt welche, die mitkommen und etwa für ihren Enkel, den es doch noch irgendwo gibt, einen Laster aus Holz bauen. „Nabils Truck“ ist ein Beispiel dafür: Ein Syrer, der eigentlich Ingenieur ist, hat aus Holz einen kleinen Laster mit Federung und Lenkung gebaut und dafür sehr viel Feedback bekommen. Diese Erfahrung hat ihm seine Selbstachtung zurückgegeben.

CM: Warum sind die Notschlafstellen tagsüber geschlossen?

AH: Weil man nicht so viele Ehrenamtliche für die Betreuung findet und weil nicht genug Platz ist. In der Nacht braucht man zwei Leute, am Tag braucht man ein ganz anderes Team. Die Idee des Ehrenamts hat eine psychologische Dimension, weil alle Beteiligten nicht so genau wissen, wie sie miteinander umgehen sollen – Stichwort Augenhöhe. Es geht um Gemeinschaft, und um Gemeinschaft aufbauen zu können, braucht man Kontinuität.

CM: Befristung ist ja auch ein riesenproblem auf dem Wohnungsmarkt, und man möchte das nicht auf diese Situation übertragen. Wie macht ihr das in der „VinziRast-mittendrin“? Gibt es ein Limit?

AH: Es gibt Menschen, die seit der Eröffnung im Mai 2013 dort wohnen. Für die Studierenden ist es nach dem Studienabschluss vorbei. Bei den ehemals Wohnungslosen wäre der Wunsch, dass sie nach ein paar Jahren keine Lust mehr haben, sich mit den Studierenden zu streiten, wer den Kühlschrank sauber macht, und sich wieder zutrauen, eine eigene Wohnung zu nehmen. Aber es gibt einige, die angekommen sind und nicht mehr weg wollen. Auch das ist okay. Es müssten mehr solche Orte geschaffen werden.

CM: Ihr habt ein Notquartier in Arbeit, für das ihr lange Zeit keine Genehmigung hattet.

Photo: Sebastian Schubert



VinziRast

Das Schlimmste am Armsein ist nicht, nichts zu haben, sondern nichts zu sein.

AH: Jetzt haben wir sie.

CM: Euer Projekt war extrem erfolgreich und wurde vielfach publiziert. Hat dieser Erfolg für euch bzw. für ähnliche Projekte für Rückenwind gesorgt? Das Modell könnte doch Schule machen, ohne die Gefahr, sich absolut zu setzen.

AH: Projekte mit Diversität würde es viel mehr vertragen, aber wir haben nur wenig Rückenwind bekommen.

CM: Was sind die Gründe dafür? Denn eigentlich habt ihr gezeigt, dass man sich davor nicht fürchten muss. Eigentlich müsste jede/r PolitikerIn aufschreien und eine „VinziRast-mittendrin“ für sich fordern.

AH: Dafür bekommt er oder sie keine Wählerstimmen. Man braucht auch noch einen Förderer wie Hans Peter Haselsteiner. Man bräuchte mehr Engagement der Reichen, denn die profitieren in diesem Land vom sozialen Frieden enorm.

CM: Mit diesem Projekt könntet ihr ja Lobbying machen, oder wird das wieder von der Politik verhindert, weil sie sich nicht von den Launen Privater abhängig machen will?

AH: Mir sind die Privaten allemal lieber als die Behörden, die sich dann wieder hinter irgendwelchen Regeln verstecken. Wie z. B. bei einem Flüchtlings- und StudentInnenheim in München, in dem das Stiegenhaus die Gruppen trennt, was zur Folge hat, dass man erst recht wieder aktiv in den anderen Trakt gehen muss, wenn man etwa Flüchtlinge, die dort leben, zum Essen oder gar zum gemeinsamen Kochen einladen will.

CM: Womit beschäftigt ihr euch gerade?

AH: Wir planen eine Unterkunft für acht Flüchtlinge. Zwei Häuser von der Notschlafstelle entfernt ist ein chinesisches Restaurant pleitegegangen. Dort haben wir letzte Woche zu bauen angefangen. Diese Wohngemeinschaft für Flüchtlinge nennen wir „Vinzi-Home“.

CM: Gehst du an diese Aufgabe genauso heran oder gibt es Unterschiede?

AH: Es gibt Unterschiede und Ähnlichkeiten. Im Stiegenhaus gegenüber ist unsere WG für ehemals alkoholabhängige Obdachlose, die abstinent leben wollen. Wir gehen immer von den Schnittmengenanalysen aus und denken, dass eine Schnittmenge von Menschen auf der Flucht anders aussieht als eine von Menschen, die einen Alkoholentzug hinter sich haben und sich gegenseitig pushen, auch wenn das Ergebnis räumlich vielleicht ähnlich aussieht. Zwei Häuser weiter gibt es die Struktur der „VinziRast“ mit Möglichkeiten für Beschäftigung. Ohne diesen Kontext wäre ich skeptisch.

CM: Ihr habt mittlerweile sehr viel Erfahrung mit sozialen Projekten. Welchen Rat würdest du Leuten wie uns geben, die in diesem Bereich aktiv werden?

AH: Die Ziele müssen sich absolut an den Menschen orientieren und nicht an den Rahmenbedingungen, die man natürlich berücksichtigen muss, aber nicht auf Kosten der Qualität. Und gerade in diesem Kontext ist es besonders wichtig, Projekte anzugehen, die auch scheitern können.

CM: Heißt das, man sollte gerade im sozialen Bereich mehr riskieren?

AH: Zum Scheitern verurteilt sind wahrscheinlich eher jene Projekte, die zu wenig riskieren. Wenn man mit Menschen zu tun hat, die sich das Wohnen nicht leisten können, bei denen es ums Existenzminimum geht, bekommt man einen anderen Blick. Wenn man den Speck weglässt, kommt

man drauf, dass das, was wir unter Wohnen verstehen, nicht mehr viel mit diesem ureigentlichen Bedürfnis zu tun hat. Wohnen bedeutet Sicherheit, Schutz gegen Regen, Schnee und Kälte. Es geht darum, einen Platz zu haben, an dem man sein kann. Wenn das gegeben ist, kann man über alles andere nachdenken. Diese Situation ist bei uns längst nicht überall gegeben, auch verglichen etwa mit den Favelas, in denen es den Leuten zwar sehr schlecht geht, wo sie aber wenigstens sein dürfen. Wenn der Staat wie jetzt offensichtlich damit überfordert ist, diese grundlegenden Voraussetzungen zu schaffen, soll er ein Stück Land zur Verfügung stellen und es den Menschen überlassen, statt sie mit Hinweis auf erschöpfte Kapazitäten abzuweisen. Ich finde, diese Option sollte diskutiert werden.

Über „VinziRast-mittendrin“

Das Wohnhaus für ehemalige Obdachlose und Studierende gehört zu einer Reihe von vier sozialen Einrichtungen, die von der Vinzenzgemeinschaft auf selbstständiger und ehrenamtlicher Basis in Österreich betrieben werden, um marginalisierte Menschen wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das Gebäude im 9. Bezirk in Wien wurde 2011 mit Mitteln der Familienstiftung des österreichischen Bauunternehmers Hans Peter Haselsteiner erworben, mit zusätzlicher Unterstützung vieler weiterer privater SpenderInnen, Firmen und freiwilliger HelferInnen, darunter auch viele Wohnungslose und heutige BewohnerInnen, sowie der planenden ArchitektInnen generalsaniert und 2013 eröffnet.

www.vinzirast.at

Über +/- gaupenraub Büro für Architektur

Das 1999 von Alexander Hagner und Ulrike Schartner gegründete Büro hat sich durch eine Reihe von unkonventionellen Bauprojekten, die jeweils auf die speziellen Bedürfnisse der NutzerInnen und den spezifischen Kontext zugeschnitten sind, einen Namen gemacht. Abgesehen von Kulturbauten, etwa dem Museum für die Eiersammlung des österreichischen Bildhauers Wander Bertoni in Form einer begehbaren zweistöckigen Vitrine im Burgenland, bilden Projekte mit sozialer Ausrichtung schon lang einen Schwerpunkt des vielseitigen Teams. In der Zusammenarbeit mit betreuenden NGOs, aber auch mit den Betroffenen selbst gehört +/- gaupenraub zu den Pionieren integrativer Architektur in Österreich. Nach dem Umbau eines Gründerzeithauses zum „VinziRast-CortiHaus“ als Notquartier für fünfzig Obdachlose im Jahr 2004 und der Adaption weiterer kleinerer Objekte als Notschlafstellen realisierten die Architekten mit „VinziRast-mittendrin“ erstmals ein Projekt für längerfristiges Wohnen von Studierenden und Obdachlosen, das wegen seiner zahlreichen innovativen Aspekte auch international beachtet und oftmals ausgezeichnet wurde.

www.gaupenraub.net

GEFÜLLTER LEERSTAND

Obwohl Wien rasant wächst, stehen in der Stadt rund 10.000 Wohnungen und mehr als 100.000 Quadratmeter Nutzfläche leer. Ein Gespräch über Ursachen, Gegenstrategien und bisherige Erfahrungen mit neuartigen Formen der Zwischennutzung.



Photo: Deana Kolencikova

Paradocks | bridging potential

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Margot Deerenberg (MD)

Laut einer bereits etwas älteren Studie stehen in Wien rund 100.000 Quadratmeter Nutzfläche leer, Tendenz steigend. Außer in der Immobilienspekulation liegen zentrale Gründe für diese Entwicklung in einem komplizierten Mietrecht, in der starken Zunahme von großen Einkaufszentren am Stadtrand in den letzten zwei Jahrzehnten und im damit verbundenen Rückgang der klassischen innerstädtischen Einzelhändler und Nahversorger. Die Politik reagiert darauf weniger durch eine restriktivere Genehmigungspraxis für derartige Komplexe als vielmehr mit einer Reihe von Initiativen, die Zwischennutzungen fördern sollen. So verfügt die Stadt Wien über eine eigene „Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung“ und hat in jüngerer Zeit mehrere Studien zum Thema in Auftrag gegeben, etwa die Untersuchung „Perspektive Leerstand“, die 2011 von der IG Kultur Wien durchgeführt wurde.

Die Hürden auf dem Weg zur erfolgreichen Aktivierung des Leerstands in Wien sind vielfältig und reichen von übertriebenen Renditeerwartungen der ImmobilienbesitzerInnen über rechtliche Unsicherheiten bis zu bürokratischen Hindernissen. Die bisher eher fachspezifische Debatte um Leerstand und Zwischennutzung bekam jüngst durch die Flüchtlingsbewegung nach Österreich stärkere Öffentlichkeit und Dynamik.

Das „Raumunternehmen“ Paradocks gehört zu den Pionieren in Sachen Zwischennutzung in Wien. Die Firma wurde 2013 von der holländischen Stadtsoziologin und Geografin Margot Deerenberg gegründet, die nach Stationen in Amsterdam, China und Istanbul seit einigen Jahren in Wien lebt. Deerenberg und ihre fünf MitstreiterInnen sehen sich als „Urban Entrepreneurs“, deren Aktionsradius von der Entwicklung



Photo: Marzija Djouite

neuer Partizipations-, Nutzungs- und Geschäftsmodelle im Immobilienbereich bis zur Stadtforschung und zum City-Marketing reicht.

Das Zwischennutzungsexperiment „PACKHAUS“ gehört zu den bisher größten Initiativen in diesem Bereich, sowohl in Wien als auch im Portfolio von Paradocks.

CM: Was ist das „PACKHAUS“?

MD: Das „PACKHAUS“ ist ein ehemaliges Bürogebäude aus den 1970er-Jahren im 3. Bezirk unweit des Verkehrsknotens Wien Mitte. Das Haus mit seinen rund 4.000 Quadratmetern Nutzfläche stand schon lang großteils leer, als wir es von der Immobilienfirma Conwert im Prekarium für eine gewisse Zeit zur Nutzung bekommen haben. Für die Zwischennutzung dieses Gebäudes haben wir ein Konzept entwickelt und im März 2014 einen „Open Call“ gestartet. Mittlerweile sind 87 Start-ups und KünstlerInnen in jenen Teil des Hauses eingezogen, den wir bis Ende 2016 mieten konnten. Die Grundidee besteht darin, den Start-ups jeweils eigene flexible und günstige Büroräume und zugleich eine Reihe von Gemeinschaftsbereichen zu bieten. So gibt es etwa im Erdgeschoss Werkstätten, Veranstaltungs- und Meetingräume, die den NutzerInnen des Hauses gratis zur Verfügung stehen, und eine Cafeteria, in der die Leute zu Mittag essen, Kaffee trinken oder an den zahlreichen Veranstaltungen teilnehmen können, die dort regelmäßig stattfinden. Diese Zonen stehen nicht nur den „PACKHAUS“-NutzerInnen offen, sondern allen, denn wir verstehen das Haus auch als halb öffentlichen Raum für die Stadt!

CM: Was war hier vorher, und wie viel Zeit ist verstrichen, seit die letzten VormieterInnen ausgezogen sind?

MD: Ich habe gehört, dass ein Teil des Gebäudes zehn Jahre lang leer stand. In einem Teil befand sich eine Abteilung der Bank Austria. Das sieht man auch noch. Auch das Bundesrechenzentrum war lange Zeit hier, was für uns ein Vorteil ist, weil es sehr viele Steckdosen gibt, aber auch die Infrastruktur mit Glasfaserkabeln und Serverschränken war vorhanden. Die Vorgeschichte ist in dieser Hinsicht ein Vorteil für uns.

CM: Der erste Eindruck vermittelt das Bild eines typischen Funktionsbaus, der ohne besondere architektonische Ambition errichtet wurde.

MD: Wenn man das Haus zum ersten Mal sieht, empfindet man es wahrscheinlich als hässlich. Mittlerweile lieben wir es, weil es sehr funktionell und gut strukturiert ist. Es war von Anfang an gemischt genutzt, mit Büros im unteren und Wohnungen im oberen Bereich. Hier gibt es noch immer MieterInnen und sogar verschiedene EigentümerInnen, was für die Immobilienfirma ein Problem darstellt, weil sie es nicht abreißen kann und diese EigentümerInnen über Mitspracherechte bei Umbauten sowie bei der Verwendung des Gebäudes verfügen.

CM: Dieses Thema wird uns auch noch beschäftigen, aber vorher wüsste ich gerne, nach welchen Kriterien ihr vorgeht, wenn ihr Gebäude für Zwischennutzung sucht.

MD: Wir haben Kriterien, die wir auf Basis unserer Erfahrungen und des Feedbacks aller Beteiligten allerdings laufend verändern und verfeinern. Primär sind wir an Gebäuden interessiert, die mehr als 2.000 Quadratmeter Nutzfläche aufweisen, denn diese Größe ist notwendig, damit Netzwerke und Kooperationen entstehen können. Außerdem sind größere Gebäude günstiger. Die Betriebskosten beim Prekarium dürfen nicht mehr als vier Euro pro Quadratmeter betragen. Wir bevorzugen Fernwärme, weil sie einfacher abzurechnen ist. Außerdem haben wir festgestellt, dass die Gebäude in Wien in den Bezirken 1 bis 9 und 15 bis 18 bzw. in unmittelbarer U-Bahn-Nähe liegen sollten, damit die

Schlussendlich kann man bei der Nutzung von Leerständen schneller auf die Stadt reagieren und Innovationen und Chancen besser erkennen.



Photo: Dama Kalencikova



Angst ist eine schlechte Ratgeberin und verhindert Entwicklung. Bisher gibt es auch noch keine großen Probleme, aber ich glaube nicht, dass die Rechtslage für Zwischennutzungen befriedigend ist.

Zwischennutzungsprojekte erfolgreich betrieben werden können.

CM: Das bedeutet, die Präferenzen und Trends des „normalen“ Immobilienmarkts bestimmen auch den Radius für Zwischennutzungen.

MD: Grundsätzlich ja, denn unsere Start-ups sind ja ganz normale NutzerInnen, die zwar an günstigeren Konditionen interessiert sind, sich aber in ihren sonstigen Wünschen nicht großartig unterscheiden. Sie sind vielleicht flexibler und offener, aber das heißt nicht, dass sie gerne weit weg vom Schuss sitzen. Das gilt allerdings primär für Bürogebäude. Beim „PACKHAUS“ war die Nachfrage viel größer als unsere Kapazitäten. Würde sich das Haus im 11. Bezirk befinden, wäre die Situation sicherlich anders.

Wir orientieren uns aber nicht vorrangig an der Lage, sondern wir schauen ständig, welche leer stehenden Objekte es überhaupt in der Stadt gibt, und überlegen dann anhand von konkreten Gebäuden, wie sie am effektivsten für unterschiedlichste Zwischennutzungen aktiviert werden könnten. Das können z. B. auch Lagerflächen sein, bei denen egal ist, wo sie liegen, solange es in der Nähe der Autobahn ist. Rechnen wir die Erdgeschosse dazu, so gibt es in Wien eine Vielzahl von Orten, die sich für unterschiedliche Arten der Zwischennutzung eignen.

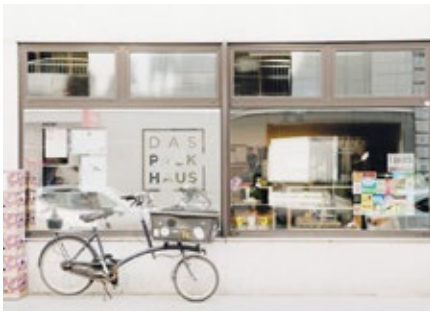
Typisch für Wien sind Leerstände im Erdgeschoss. Unsichtbaren Leerstand gibt es sogar in der Innenstadt. Mangels einer Melderegulierung für Leerstand, wie sie in manchen anderen europäischen Städten existiert, und aufgrund der Hürden beim Ausfindigmachen der EigentümerInnen ist der Zugang zu Leerstand erschwert. Grundsätzlich geht es um eine Kultur, in der die sinnvolle Verwertung von Ressourcen im Vordergrund stehen sollte. Dabei könnten auch öffentliche Einrichtungen wie z. B. Schulen optimaler genutzt werden. Vor allem durch praktische Beispiele kann man Ängste bei ImmobilienbesitzerInnen abbauen. Positive Ergebnisse motivieren die StadtbewohnerInnen und zeigen, dass die Nutzung von Ressourcen ein „Must“ für städtisches Wachstum ist, sowohl in wirtschaftlicher und atmosphärischer als auch in umwelt- und sicherheitstechnischer Hinsicht. Schlussendlich kann man bei der Nutzung von Leerständen schneller auf die Stadt reagieren und Innovationen und Chancen besser erkennen. Im Moment gibt es natürlich auch Leerstände durch Konkurse und Schließungen. Das ist stadtspezifisch, im Allgemeinen zeigen die meisten Städte jedoch ein ähnliches Bild.

CM: Das „PACKHAUS“ hat durch seine Architektur und seine Lage von vornherein eine bestimmte Nutzungsform nahegelegt. Du hast mehrfach das Wort „Start-ups“ verwendet, und zugleich steht in eurem Konzept, dass euch eine möglichst gemischte Nutzung wichtig ist. Gibt es im Haus auch UserInnen, die keine Start-ups sind?

MD: Wir hatten von Anfang an das Problem, wie wir unsere MieterInnen nennen sollen, denn „ZwischennutzerIn“ klingt ja nicht besonders elegant. Die Begriffe „Start-ups“ und „Kreative“ haben sich dann eingebürgert, obwohl längst nicht alle NutzerInnen im eigentlichen Sinne Start-ups sind. Diversität ist uns tatsächlich sehr wichtig, weshalb wir durch den „Open Call“ bewusst MieterInnen aus verschiedenen Bereichen wie Technologie, Kunst, Forschung und Handwerk gesucht haben.

CM: Woher kommt dieser Wunsch nach Durchmischung? Es wäre ja auch denkbar, stattdessen auf Schwerpunkte und Cluster zu setzen. In Städten gibt es oft Konzentrationen von Branchen, die sich durch räumliche Nähe Vorteile erhoffen.

MD: Ja, das kann durchaus auch sinnvoll sein. Deshalb haben wir bei der Besiedelung der Stockwerke branchenmäßig gewisse Schwerpunkte gesetzt, wobei sich die Büros von den Grundrissen her auf allen Etagen sehr ähnlich sind. Aber bei früheren Projekten hatten wir Erfahrungen



mit Monokulturen gesammelt und waren deshalb interessiert, eine Nutzung mit unterschiedlichen Branchen auszuprobieren. Diversität passt auch besser zu diesem Gebäude, von dem sich mit etwas Übertreibung sagen lässt, dass es eine „Stadt in der Stadt“ darstellt. Ein weiterer Grund besteht darin, dass wir gern mit Tauschaktivitäten experimentieren wollten. Dank der starken Durchmischung kann jetzt ein Fotograf einem Programmierer helfen, oder die Videofirma bekommt im Gegenzug Rat vom Steuerberater oder eine Massage vom Grinberg-Therapeuten. Um die unterschiedlichen Kompetenzen im Haus tauschen zu können, müssen sich die einzelnen AkteurInnen persönlich kennen. Zum Kennenlernen dienen etwa das gemeinsame Mittagessen in der Cafeteria und all die anderen Veranstaltungen im Erdgeschoss, die wir organisieren.

CM: Ihr habt eine Art „Shared Economy“ angeregt.

MD: Ja, wir wollten eine „Cycle Economy“ ermöglichen. Teil des „Open Call“ war deshalb ein Fragebogen, mit dem ermittelt wurde, welche Kompetenzen man besitzt und welche man tauschen möchte. Auch aus diesem Grund haben wir darauf geachtet, nicht fünfzig ArchitektInnen ins Haus zu bekommen. Außerdem wollten wir das Projekt auch für Berufsgruppen öffnen, die – anders als ArchitektInnen und KünstlerInnen – Zwischennutzung noch nicht so gewohnt sind, z. B. angehende LogopädInnen oder MasseurInnen, für die es auch wichtig ist, an günstige Studios in guter Lage zu kommen.

CM: Paradocks konzipiert und organisiert Zwischennutzungen, zugleich begleitet ihr eure Projekte auch durch eine Form der Forschung. Worin besteht die Rolle von Paradocks? Seid ihr mehr Makler oder mehr Betreiber, mehr Praktiker als Forscher?

MD: Sozialarbeiter und Hausmeister nicht zu vergessen! Alle, die ein solches Projekt einmal gemacht haben, wissen, dass es Tausende verschiedener Rollen erfordert, was ja auch das Aufregende an dieser Arbeit ist. Es hängt natürlich zunächst von der Größe des Objekts ab und welche unterschiedlichen Bereiche und Funktionen es dort jeweils gibt. Im „PACKHAUS“ organisieren wir laufend verschiedene Kunst- und Kulturveranstaltungen, und wir betreiben einen Thinktank, in dem wir reflektieren, was gut läuft und was weniger. Einen großen Anteil unserer Arbeit macht die Hausverwaltung aus. Kurz bevor ich heute gekommen bin, funktionierte der Strom im dritten Stock nicht. Sich sofort darum zu kümmern ist nicht spannend, aber wichtig. Am nächsten Tag hat man dann vielleicht einen Termin beim Vorstand der Wiener Privatbank, bei Conwert oder bei Soravia.

CM: So schnelle Mängelbehebung ist selten geworden, weil die klassischen Hausbesorgeraufgaben ausgelagert wurden.

MD: Wir haben natürlich auch eine eigene Hausverwaltung, aber wenn wir die einschalten müssen, wird es kompliziert und dauert lang. Wir kümmern uns also auch um viele Hausmeisteraufgaben. Das hat den Vorteil, dass wir dadurch in engem persönlichem Kontakt mit den UserInnen stehen.

CM: Auf diese Weise könnt ihr aber nicht mehrere Objekte gleichzeitig betreuen.

MD: Ja und nein. Wenn wir vor Ort sind, gibt es ständig Anfragen, aber wir haben den Eindruck, dass es oft primär um das Bedürfnis zu kommunizieren geht. Wir sind fünf Tage die Woche von neun bis sechs im Haus, und viele kommen auch nur zum Reden, aber ich glaube, wenn wir nicht so oft hier wären, würde das Haus auch funktionieren. Die Stimmung scheint jedoch besser zu sein, wenn wir anwesend sind. Wir könnten sicherlich effizienter arbeiten und weniger oft da sein, haben uns aber bewusst dagegen entschieden, denn die Atmosphäre und das Klima im Haus sind uns sehr wichtig.

Auch wenn das konservativ klingen mag, ich bin der Meinung, dass die Unterbringung von Flüchtlingen primär eine staatliche Aufgabe ist und sehr solide und auch längerfristig stabile Strukturen erfordert.

CM: Uns interessieren eure Projekte auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingsbewegungen, durch die das Thema „Zwischennutzung“ ganz besonders aktuell geworden ist. Zur Frage, was wir dabei von euch lernen könnten, habe ich mir zwei Stichworte notiert: Das eine ist das Wort „Betreuungsqualität“, das andere „Rechtssicherheit“. Ersteres haben wir bereits besprochen, zum zweiten eine Frage: Schließt ihr deshalb Verträge sowohl mit den ImmobilienbesitzerInnen als auch mit euren UserInnen ab?

MD: Wir haben Verträge, aber diese Praxis ist für uns riskant. Die ImmobilieneigentümerInnen haben nur einen Vertrag, nämlich mit uns. Wir aber haben 87 Verträge. Inzwischen haben wir einen Mietvertrag, früher hatten wir nur einen Prekariumsvertrag. Bei einem Prekarium zahlt man nicht viel, aber man hat auch kaum Rechte, sondern kann von einem Tag auf den anderen vor die Tür gesetzt werden. Für den Immobilienbesitzer geht das ganz einfach, aber wir müssten dann 87 Parteien kündigen. Wenn dann jemand nicht auszieht, kann man zwar ein Verfahren einleiten, aber sonst rechtlich nicht viel tun. Solange das nur ein User macht und nicht zahlt, passiert nicht viel, aber wenn das mehrere tun, gehen wir bald in Konkurs. Dieses rechtliche Risiko ist sicher ein Grund, warum sich viele Leute solche Projekte nicht antun. Wir haben uns aber dennoch dafür entschieden. Angst ist eine schlechte Ratgeberin und verhindert Entwicklung. Bisher gibt es auch noch keine großen Probleme, aber ich glaube nicht, dass die Rechtslage für Zwischennutzungen befriedigend ist.

CM: Was wäre dein Vorschlag zur Verbesserung?

MD: Man könnte das Instrument des Prekariums einmal genauer unter die Lupe nehmen. Uns haben am Anfang zwei von drei Leuten abgeraten, Prekariumsverträge abzuschließen. Auch wenn Zwischennutzungen meistens Bottom-up-Initiativen sind, bin ich der Meinung, dass die Stadt eine Art Garantie für die BetreiberInnen geben und bei Bedarf Unterstützung anbieten könnte, dafür sollten die Projekte dann zumindest teilweise gemeinnützig sein. Das soll nicht heißen, dass die Stadt zahlen muss, aber für uns ist es z. B. nicht möglich, eine Rechtsschutzversicherung abzuschließen, weil sie zu teuer wäre. Mit einer Garantie der Stadt im Hintergrund sähe die Sache anders aus. Wichtig wäre aber auch ein öffentliches Grundbuchsystem.

CM: Paradocks arbeitet ausschließlich mit privaten Immobilienunternehmen. Warum?

MD: Kontakte mit öffentlichen Immobilienunternehmen waren und sind durchaus positiv. Interesse besteht, es gibt aber auch viel Angst und vielleicht ein wenig Ignoranz. Das ist schade, denn genau die hätten eine Vorbildfunktion! Conwert z. B. ist ein großes Unternehmen, das mehrere leer stehende Immobilien besitzt, außerdem ist von Vorteil, dass sich die Firma wenig einmischet.

CM: Das „PACKHAUS“ ist auch ein Experiment, um herauszufinden, wie sich diese Fragen regeln lassen. Es gibt u. a. Forderungen, dass die öffentliche Hand etwa ein bestimmtes Volumen von Leerständen reservieren und es dann an verschiedene Initiativen vergeben soll, z. B. an solche, die Flüchtlinge betreuen.

MD: Bei einem Anlass wie der Flüchtlingskrise ist das ja auch notwendig. Auch wenn das konservativ klingen mag, ich bin der Meinung, dass die Unterbringung von Flüchtlingen primär eine staatliche Aufgabe ist und sehr solide und auch längerfristig stabile Strukturen erfordert. Im Rahmen von Zwischennutzungen können diese Bedingungen oft nicht garantiert oder nur in ganz kleinem Rahmen erfüllt werden. Es geht immerhin um Menschen in Not, und ihre Betreuung kann ab einer bestimmten Größe nicht mehr informell erfolgen.

CM: Im „PACKHAUS“ sind keine Flüchtlinge untergebracht.

MD: Wir dürfen das Gebäude für kreative Zwecke, nicht aber zum Wohnen verwenden. Das ist eine wichtige Nutzungsbeschränkung durch das Prekarium. Obwohl es interessant und vorstellbar wäre, hier drei, vier Familien in Wohnungen unterzubringen, die von den MieterInnen mitbetreut würden. Aber so etwas muss gut überlegt sein. Ich fände es arrogant, so ein Projekt einfach spontan zu starten, denn es geht um Menschen in Notsituationen.

CM: Aber es wäre denkbar.

MD: Ja, aber wir helfen auf andere Weise, indem wir z. B. in einem unserer anderen Zwischennutzungsprojekte, der „Wandelbar“, für Flüchtlinge kochen. Hier im „PACKHAUS“ haben wir mit Sprachunterricht für Flüchtlinge aus der nahe gelegenen Vorderen Zollamtsstraße gestartet, und dieses Angebot wollen wir auch ausbauen. Mit unseren Räumlichkeiten können und wollen wir etwas tun. In Mai fangen wir an, im „PACKHAUS“ temporäre Lern- und Arbeitsplätze für Jugendliche anzubieten, wobei wir nur als „Matchmaker“ auftreten.

CM: Bei einem früheren Zwischennutzungsprojekt, „t.r.u.s.t. 111“ in der Schönbrunner Straße, habt ihr eine Wohnung für Flüchtlinge bereitgestellt, die von der Caritas betreut wurden.

MD: Die Flüchtlinge waren schon dort, bevor wir eingezogen sind. Die Initiative ging also nicht von uns aus, aber die Flüchtlinge wurden dann Teil des Projekts und der „Hausgemeinschaft“. In der Grundsteingasse hatten wir eine Gaststube in Zwischennutzung, und über uns sind dann über den Verein Ute Bock acht tschetschenische Familien eingezogen, die wir auch informell betreut haben. Es gab allerdings viele Probleme, und die Polizei war mehrmals da. Wir konnten unterstützen, auch wenn wir nicht direkt Betreuung geleistet haben.

CM: Paradocks kommt ja auch von „andocken“, und ihr könnt mit euren Möglichkeiten einen Beitrag leisten, auch wenn das nicht Unterbringung bedeutet.

MD: Man darf nicht vergessen, dass es nicht nur ums Schlafen geht. Unterbringung ist ja nur ein Teil der Aufgabe, die viel mehr umfasst.

CM: Wie wichtig ist der öffentliche Raum in der Stadt denn noch, wenn ihr so viel innerhalb des Gebäudes bietet? Könntet ihr nicht auch irgendwo an der Peripherie sein?

MD: Wir hätten dann kaum die Leute, die jetzt zu uns kommen. Natürlich sind auch in anderen Bezirken so diverse Mischungen denkbar, aber nicht überall.

CM: Wie wichtig ist die städtische Struktur der Umgebung für eure Projekte?

MD: Mit dem Viertel haben wir nicht sehr viel zu tun, obwohl viele NutzerInnen aus der Umgebung kommen. Vielleicht bringen wir etwas mehr Kultur in den Bezirk, denn hier gibt es relativ wenig, auch wenn sich in letzter Zeit einiges getan hat. Grundsätzlich ist der Kontakt mit dem Viertel aber sehr positiv.

CM: Was strahlt von euch sonst noch aus? Denn von Initiativen wie euch erhofft man sich ja, dass es lebendiger wird. Diese erhoffte Belebung ist allerdings oftmals auch Vorboten der Gentrifizierung. Ihr sprecht ja lieber von „Aufwertung“. Wie ist eure Haltung zu diesem Thema, das die Debatte um den Leerstand ja stark dominiert?

Die Kritik betrifft ja vielleicht weniger Aufwertung an sich, sondern die Verteilung der „Aufwertungsgewinne“.

MD: Über dieses Thema könnte man wirklich lang reden. Obwohl ich öfters über Gentrifizierung geschrieben habe, langweilt mich die Diskussion. Drehen wir es mal um: Soll man nichts mehr machen, weil es eine Chance auf Gentrifizierung gibt?

CM: Welche Rolle spielt die Architektur im „PACKHAUS“ selbst? Wie wichtig ist die architektonische Gestaltung für die sozialen Prozesse, die ihr unterstützen wollt? Was habt ihr vorgefunden, und was habt ihr gemacht?

MD: Es gab viel Beton, viel Stahl, Teppichboden und viele vom Rauch gelbe Wände. Wir haben ganz bewusst entschieden, die Stockwerke eins bis sechs nicht einzurichten, weil wir wissen, wie viel Freude es bereitet, das selbst zu machen. Dadurch sind die Büros nun sehr unterschiedlich gestaltet, was ebenfalls die besondere Qualität des jetzigen Zustands ausmacht: eine Art „Community Design“. Manche sind ganz schick, in anderen wurde kaum etwas verändert. Im Erdgeschoss haben wir ein paar Wände durchbrochen, aber sonst haben wir nicht viel gemacht, um die Investitionskosten niedrig zu halten. Es gibt also kaum architektonische Gestaltung, sondern hauptsächlich „Do-it-yourself-Design“.

CM: Auch weil euch die „Software“ wichtiger war als die „Hardware“?

MD: Ja, die Frage, wie wir das Soziale im Haus organisieren, war und ist das Wichtigste, auch wenn wir gerne ArchitektInnen und DesignerInnen sind. Ich habe mein Leben lang in unterschiedlichen Städten und auf mitunter sehr experimentelle Weise gewohnt und kann sagen, dass die Software, das Soziale, dabei absolut entscheidend ist. Im „t.r.u.s.t. 111“ hatte ich keine Dusche, und es war oft furchtbar kalt dort, aber die Menschen haben sich sehr gut verstanden. So haben wir den Gang quasi als Sozialraum genutzt und uns viel dort aufgehalten. Zugleich hatten alle die Möglichkeit, die Tür hinter sich zuzumachen, wenn sie Privatsphäre wollten. Meiner Erfahrung nach kann man diese sozialen Prozesse allerdings nur anregen – und zwar auf authentische Art und Weise –, aber man kann sie nicht „organisieren“ im Sinne einer distanzierten Planung von außen.

CM: Vielleicht kannst du noch etwas über den Zeitraum sagen, der nötig ist, damit sich etwas entwickeln kann.

MD: Zwei Jahre sind das Minimum. Wir haben zwar Protokolle, die dafür sorgen, dass sich etwas schneller entwickeln kann, aber weniger als zwei bis drei Jahre sind nicht fair. Wir sehen jetzt so vieles entstehen, und die Dynamik wird auch immer besser, es ist dann echt schade, dass es bald wieder aufhört.

CM: Ist nicht „Airbnb“ der erfolgreichste Zwischennutzer der letzten Jahre?

MD: Das hängt davon ab, wie man Zwischennutzung definiert. Ob etwas leer sein muss. Letzten Freitag ist „StoreMe“, ein Start-up aus dem „PACKHAUS“, online gegangen, das ist ähnlich wie „Airbnb“, nur für Lagerräume. Bei „Airbnb“ sind es oft keine vergüteten Ressourcen, denn es handelt sich nicht um richtige Leerstände, meistens nur um Tausch, es ist aber natürlich trotzdem eine super Nutzung!

CM: „Airbnb“ ist einer der größten Gentrifizierungsgewinner und auch ein Beispiel dafür, wie Gemeingut und öffentlicher Raum kommerzialisiert und privatisiert werden. Unzweifelhaft bieten die neuen Vernetzungstechnologien aber neue Nutzungsformen des öffentlichen Raums und öffentlicher Güter. Wie siehst du diese Entwicklung? Wo siehst du Potenzial für den Einsatz für soziale Zwecke?

MD: Das ist wie bei Car-Sharing: In der „Shared Economy“ oder „Circle Economy“ müssen beide Seiten einen großen Nutzen davon haben. Wir haben auch im Haus versucht, Werkstätten einzurichten und Materialien zu teilen, das funktionierte nur bedingt. Sharing soll das einfacher machen, und wenn man zu viele Regeln einbaut, macht es keinen Spaß mehr. Es geht um deutliche Grenzen und dazwischen größte Freiheit. Wir experimentieren weiter.

CM: Woran arbeitet ihr zurzeit?

MD: An Projekten in anderen Städten Österreichs und international in Amsterdam, Bratislava und Budapest. Wir werden auch von Gemeinden gefragt und machen Beratungen. Das reicht vom Workshop-Format mit BürgerInnenbeteiligung bis zu praktischen Umsetzungen. Österreich gehört im Bereich Zwischennutzung international bisher nicht zu den Vorreitern, und wir waren deshalb überrascht, wie viel Resonanz unser „Open Call“ bewirkt hat. Das Interesse an diesem Thema steigt, und es gibt Nachholbedarf.

CM: Die Dynamik der Flüchtlingsbewegung führt sehr stark in die Städte, und das vor dem Hintergrund einer massiven globalen Landflucht. Gleichzeitig meinen viele, dass die Problematik im ländlichen Raum leichter zu bewältigen wäre, weil es dort ja wieder viel Platz gibt. BürgermeisterInnen sagen, dass wenige Flüchtlinge leichter integrierbar sind.

MD: Ja, aber was sollen die Menschen dort machen? Es gibt keine Arbeit. Man kann nicht Menschen aufnehmen und sie im Fußballteam spielen lassen, ihnen aber keine Arbeit geben. Außerdem brauchen die Leute ihre Communitys. Nur für Familien könnte das eine sehr schöne Lösung sein.

CM: Vielleicht aber gibt es eine Renaissance für „mittelgroße“ Städte, die heterogen genug sind, um Menschen aufzunehmen.

MD: Vielleicht, aber es geht um das Gesamtpaket. Wenn man junge Leute fragt, wie sie leben wollen, dann entscheiden die sich zuerst für einen Ort, dann für die Arbeit und dann für die Wohnung. Man kann die Reihenfolge dieser Wünsche nicht einfach verschieben.

Über Margot Deerenberg

Die Stadt und ihre latenten Potenziale beschäftigen die Niederländerin Margot Deerenberg (geb. 1982), die nach Stationen in Shanghai, Istanbul und Tirana/Skopje seit 2008 in Wien lebt, sowohl praktisch als auch theoretisch. Die ausgebildete Stadtsoziologin und Humangeografin arbeitet an einer Dissertation zum Thema „Zwischennutzungen“ und setzt einige ihrer Ideen und Forschungsergebnisse als „Raumunternehmerin“ mit ihrer 2013 gegründeten Firma Paradocks auch tatsächlich um. Mit dem „PACKHAUS“ betreibt Paradocks seit 2014 eines der ersten Zwischennutzungsprojekte in größerem Maßstab. Weitere Pilotprojekte im Bereich der Aktivierung von ungenutzten Ressourcen sind aktuell in Arbeit.

Über DAS PACKHAUS

„PACKHAUS“ nennt sich das von Paradocks seit 2014 zwischengenutzte ehemalige Bürohaus im 3. Wiener Gemeindebezirk, in dem aktuell rund achtzig verschiedene Firmen, Vereine und Initiativen jeweils ein eigenes Büro betreiben. Das „PACKHAUS“ verfügt über zahlreiche Gemeinschaftsräume und eine halb öffentliche Erdgeschosszone mit Gastronomie und Veranstaltungsbereichen, die auch

NichtmieterInnen offensteht. Paradocks verwaltet das „PACKHAUS“ nicht nur, sondern bespielt es außerdem regelmäßig mit unterschiedlichen Veranstaltungen zu Themen wie Stadtentwicklung, Bildung, alternative Ökonomie und Technologie.

www.paradocks.at

www.daspackhaus.at

GRUNDRECHT WOHNEN

Einzelchicksal und auch kein isoliertes Problem. Neuartige und langfristig Erfolg versprechende Ansätze bieten Unterstützung auf verschiedenen Ebenen, nicht zuletzt durch qualitätsvolle Architektur. Ein Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler und „neunerhaus“-Geschäftsführer Markus Reiter und dem Architekten Christoph Lammerhuber über die Ursachen zunehmender Wohnungslosigkeit, die Bedeutung eines eigenen Postkastens und neue Ideen für die Siedlungen der 1960er- und 1970er-Jahre.



Mehr als nur eine Unterkunft, gebaut von WBV-GPA: Im neunerhaus Hagenmüllergasse in Wien erhalten 79 ehemalige Obdachlose Privatsphäre, Autonomie und ein Zuhause.

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Markus Reiter (MR)
und Christoph Lammerhuber (CL)
Photos: Johanna Rauch



Starker Zuzug, die Eurokrise und die Nullzinspolitik der ECB sowie der stagnierende soziale Wohnbau haben zu einer starken Nachfrage nach Immobilien und damit zu hohen Preissteigerungen bei Wohnungen und Mieten geführt, insbesondere in Großstädten wie Wien. Laut einem aktuellen Bericht des Sozialvereins „neunerhaus“ ist in Österreich nicht nur die Anzahl der armutsgefährdeten Personen mit hoher Wohnkostenbelastung, sondern auch die durchschnittliche Höhe dieser Kosten deutlich angestiegen. Ebenfalls zugenommen hat die Anzahl der Befristungen bei neuen Mietverträgen, was die Lage zusätzlich verschärft.

Die unabhängige Hilfsorganisation „neunerhaus“ beschäftigt sich seit 15 Jahren intensiv mit dem Themenkomplex Wohnen und Wohnungslosigkeit, um innovative Konzepte für die nachhaltige soziale Inklusion von obdachlosen Menschen zu entwickeln und in eigenen Wohnungen und Häusern umzusetzen. An den derzeit drei Standorten der Häuser und in rund achtzig Wohnungen in Wien finden mittlerweile jährlich rund fünfhundert obdachlose Menschen ein Zuhause, in dem sie ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben in den eigenen vier Wänden führen können.

Das vor Kurzem neu errichtete „neunerhaus Hagenmüllergasse“ im 3. Bezirk wurde von pool Architektur gestaltet und 2015 eröffnet. Die 73 individuell geschnittenen Kleinwohnungen besitzen jeweils eine eigene Küche und alles, was für ein selbstständiges, qualitativvolles Wohnen

notwendig ist. Während die Privatsphäre und die Autonomie der BewohnerInnen ausdrücklich respektiert und gefördert werden, bietet das Haus auch zahlreiche Gemeinschaftsbereiche, u. a. an verschiedenen Stellen des zentralen Stiegenhauses. Sie wurden so eingerichtet, dass eine vertikale, halböffentliche Begegnungszone über vier Stockwerke entsteht.



Mit seiner progressiven Philosophie und seiner radikal an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientierten Architektur verkörpert das „neunerhaus“ die Antithese zum bis heute verbreiteten Typus des „Heims“, der sich ursprünglich aus Kliniken und Kasernen ableitet.

CM: Ich habe gelesen, dass Obdachlose mit der Zeit das Wohnen verlernen. Ihr habt als Architekt und Geschäftsführer des „neunerhauses“ viel Erfahrung im Wohnbau und beschäftigt euch seit Langem mit diesem Thema. Konntet ihr bei der Planung des „neunerhauses“ von dessen BewohnerInnen, den Obdachlosen, etwas lernen?



MR: Was alle brauchen und jeder Mensch will, ist Privatsphäre, Respekt, Heimat und einen Ort, an dem er erreichbar ist. Das gilt auch für obdachlose Menschen. Jeder Mensch möchte autonom entscheiden, wer zu Besuch kommt, ob man einen Brief aus dem Postkasten nimmt oder nicht. Was bei unseren KlientInnen doppelt wichtig ist, ist die Rückzugsmöglichkeit. Der These, dass man das Wohnen verlernen könne, möchte ich widersprechen. Es scheint mir abstrus, obdachlose Menschen auf ihre Wohnfähigkeit zu prüfen. Wohnen kann jeder.

CM: Wie muss man sich ein Leben ohne Adresse, ohne legalen Status vorstellen?

MR: Das Leben auf der Straße entspricht einer extremen Ausnahmesituation. Die Menschen auf der Straße befinden sich in Krisensituationen unterschiedlichster Art, psychisch und physisch. Das Leben wird unheimlich anstrengend, wenn man keinen Wohnraum mit Zugang zu einer eigenen Kochstelle und einem Bad hat und keine Tür, die man hinter sich schließen kann. Aber auch ohne eigenes Postfach und Wohnsitz, an dem man formal und juristisch erreichbar ist, wird es schnell kompliziert. Was der Sozialstaat von seinen BürgerInnen erwartet, merkt man erst, wenn man längere Zeit keine Adresse hat.

CM: Das im Juni 2015 neu eröffnete „neunerhaus Hagenmüllergasse“ ist eines von insgesamt drei „neunerhaus“-Wohnhäusern in Wien. Es bietet alles, was wir uns vom „normalen“ Wohnen erwarten, aber im Grunde mussten diejenigen, die hier einziehen, über längere Zeit völlig ohne diese Selbstverständlichkeiten auskommen.

MR: Die BewohnerInnen waren zwar alle wohnungslos, aber sie haben unterschiedliche Hintergründe. Oft sind es Krisen wie Schulden, Kündigung und Scheidung oder der Tod einer vertrauten Person – wenn das zusammenkommt, kann es schnell bergab gehen. Wichtig ist: Wohnungslosigkeit bedeutet nicht immer, längere Zeit auf der Straße bzw. in einem Park zu leben. Viele kommen aus einer „versteckten“ Wohnungslosigkeit. Diese betrifft vor allem Frauen, die manchmal auch schlimme Beziehungsverhältnisse in Kauf nehmen, um nicht obdachlos zu werden. Viele kommen auch zur Überbrückung z. B. auf einer Couch bei FreundInnen unter – das soziale Netz wird zuerst genutzt. Aber auch das dichteste Netz hat Lücken. Um wieder auf die Beine zu kommen, braucht man dann rasche und qualitative Hilfe.

CL: Es ist daher auch völlig richtig, dass bei Projekten wie dem „neunerhaus“ höchste bauliche und sozialbetreuerische Standards angewandt werden, das halte ich für eine Form von Gerechtigkeit. Umso perfider ist, dass jetzt Menschen aus unterschiedlichsten Berufsgruppen glauben, aufgrund der Flüchtlingskrise würden plötzlich die Standards gesenkt,

die wir uns in den letzten hundert Jahren mühselig erarbeitet haben. Über Flüchtlings- oder StudentInnenheime bekommt man zu hören, dass man keine Lifte einbauen müsse, weil die „eh jung sind und gerne zu Fuß gehen“. Sozialpolitisch gesehen ist es erbärmlich, so zu tun, als würde für die Obdachlosen schon zu viel gemacht. Warum sind diese Menschen obdachlos? Obdachlosigkeit ist kein selbstgewähltes Schicksal.

CM: Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis und kann nicht nur temporär zugestanden werden oder an bestimmte Auflagen geknüpft sein. Abgesehen von den moralischen und politischen Argumenten gibt es dafür auch praktische oder therapeutische Gründe: Das ständige Ausgeliefertsein prolongiert Krisen. Um sich fangen zu können, brauchen Betroffene stabile Verhältnisse.

MR: Stimmt. Aber auch an den Wurzeln des Problems müssen wir etwas verändern. Wir stecken in einer Verteilungskrise. Die Realwirtschaft leidet, das wirkt sich auf die Einkommen aus. Wir erleben eine Verknappung öffentlicher Ressourcen – nicht zuletzt durch die Privatisierung wird Wohnraum immer teurer. Wenn dann z. B. in einer persönlichen Krisensituation in einem Haushalt ein Einkommen wegfällt, kann es schnell gehen, dass man die Grundbedürfnisse nicht mehr bestreiten kann.

Das Problem, wie wir leistbaren Wohnraum schaffen können, müssen wir differenziert diskutieren. Zusätzlich zur Frage, wie wir Wohnbauten in guter Qualität kostengünstig errichten können, müssen wir uns überlegen: Warum verfügen die Menschen über so wenig Einkommen? Wir haben festgestellt: Etwa ein Drittel der Menschen in den untersten Einkommenssegmenten trägt eine durchschnittliche Wohnkostenbelastung von über vierzig Prozent. Sie sind daher von Wohnungslosigkeit bedroht.

CM: Gerechterweise muss man sagen, dass es durch das komplizierte und teilweise auch antiquierte Mietrecht in Wien auch viele Menschen gibt, die für viel Wohnraum sehr wenig zahlen.

MR: Das stimmt. Daher setzen wir uns auch für einen leichteren Zugang zu leistbarem Wohnraum für wohnungslose Menschen ein. Aber auch im Bereich des Neubaus müssen wir etwas tun. Bauen ist nämlich auch deshalb so teuer, weil niemand Verantwortung für Risiken übernehmen will, etwa beim Brandschutz. Aber die Qualität darf nicht leiden. Man kann nicht Außenwände um 15 Zentimeter dünner machen, nur damit es billiger wird. Die hohe Qualität, die das „neunerhaus“ bietet, wird auch entsprechend wahrgenommen. Die Menschen sehen und spüren diesen Wert und sind entsprechend motiviert, ihr Leben wieder in die Hand zu nehmen.

CM: Aufgrund eurer besonderen Expertise konntet ihr für den Wettbewerb ein sehr genaues Briefing formulieren. Die erzielte Qualität dieses Hauses hat viel damit zu tun, dass ihr genau wusstet, was wichtig ist und was sich bewährt hat.

MR: Das „Wir“ sind nicht nur die Organisation „neunerhaus“, nicht nur die SozialarbeiterInnen, sondern auch die BewohnerInnen. Sie wurden von Anfang an in die Planung des Hauses einbezogen, das war mir ein großes Anliegen.

CM: Wie wurden die NutzerInnen bei der Planung einbezogen?

MR: Im Rahmen von Workshops haben wir die BewohnerInnen nach ihrer Meinung gefragt. Die Fragen waren sehr konkret formuliert, es ging um die Funktionen und die Ausgestaltung der kommunikativen Begegnungen im Haus. So konnten wir vermeiden, dass darüber diskutiert wurde, ob das Haus einen gelben oder einen grauen Anstrich bekommen soll. Stattdessen wurde in mehreren Schritten abgefragt, wie sich die BewohnerInnen das neue Haus von innen und außen sowie den eigenen Wohnraum vorstellen.

Europa wäre gut beraten, sich deziert als Einwanderungsgebiet zu deklarieren, um dann proaktiv mit Zuzug umzugehen.

Ich arbeite lieber als Künstler architektonisch denn als Architekt künstlerisch.



pool Architekten planten ein halboffenes Stiegenhaus, das über sechs Etagen vertikalen Raum für Kommunikation bietet.

CL: Das waren im Wesentlichen Beschreibungen von Lebens- und Tagesabläufen ohne räumliche Vorgaben. Im Vergleich zu den anderen, eher klassischen Beiträgen zum Wettbewerb war unser Entwurf für euch sicher überraschend.

MR: Wir haben uns für euch entschieden, weil ihr bei eurer Präsentation eine ganz bestimmte Art der Kommunikation zu uns aufgebaut habt. Auch in der Diskussion wurde klar, dass es ein gemeinsames Verständnis gibt.

CM: Obwohl dieses gemeinsame Verständnis eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen von Projekten darstellt, wird es oft unterschätzt.

CL: Es war für uns eine große Ausnahme, einen Bauherrn im klassischen Sinne zu haben. Wir sind eher anonyme Auftraggeber wie Banken oder Genossenschaften gewohnt, die ein Projekt, sobald es entwickelt und gebaut ist, an eine ebenfalls anonyme Hausverwaltung übergeben. Dadurch gibt es sehr wenig direktes und persönliches Feedback – weder vom Auftraggeber noch von den BewohnerInnen, was natürlich einen großen Nachteil darstellt. Mit dem „neunerhaus“ hatten wir ein konkretes Gegenüber, das klare Vorstellungen hatte und mit dem wir diskutieren konnten.

MR: Uns war wichtig, dass sich die ArchitektInnen schon im Vorfeld in Workshops mit NutzerInnen der zwei anderen „neunerhaus“-Wohnhäuser Feedback holen und auch ihre Ideen immer wieder präsentieren und zur Diskussion stellen.

CM: Ich nehme an, pool Architekten agieren grundsätzlich so, weil ihr Architektur als soziale Disziplin versteht?

CL: Ja, das stimmt. Aus meiner Sicht befindet sich die Architektur schon länger in einer fundamentalen Krise: Wenn ein Stararchitekt eine Handtasche für Louis Vuitton entwirft, was wirklich niemanden interessiert, wird das als bahnbrechendes Leuchtturmprojekt gefeiert, während der Wohnbau, der für mich die Königsdisziplin der Architektur darstellt, viel zu kurz kommt. Dabei muss betont werden, dass die sozialpolitische Kultur der Stadt Wien vergleichsweise hoch ist. Wenn eine Organisation wie das „neunerhaus“ das Vertrauen vom Fond Soziales Wien bekommt, um ein Wohnprojekt für Obdachlose betreiben zu können, dann erhält diese Einrichtung dafür auch Wohnbauförderung. Wir haben aus limitierten Mitteln sehr viel gemacht, aber ohne diese Förderung hätten wir gar nicht erst beginnen können.

MR: Das Ergebnis ist auch ein Statement der Stadt Wien zur Lösung der Wohnungslosigkeit im urbanen Raum. In ganz Österreich gibt es nichts Vergleichbares.

CM: Ein wichtiger Faktor für diesen Erfolg und die Vorzeigefunktion des Hauses ist auch die Betreuung.

MR: Hier haben wir ein recht ausgetüfteltes Konzept erarbeitet. Allem voran stellen wir im „neunerhaus“ das Ziel: wohnen so normal wie möglich. Die BetreuerInnen sollen sich wie Gäste verhalten und nicht wie InhaberInnen: anklopfen, warten ob jemand die Tür öffnet, niemals stören. Auch bei der sozialarbeiterischen Beratung agieren wir auf Augenhöhe und setzen auf freiwillige Angebote, nicht auf Zwang. Der Großteil der wohnungslosen Menschen will ohnedies aus eigenem Antrieb wieder eigenständig wohnen. Im Hilffsystem herrscht jedoch immer noch die Vorstellung, dass diese Menschen primär Wohngemeinschaften anstreben. Aber mittlerweile wissen wir, dass das nur der kleinste Teil möchte. Als „neunerhaus“ sagen wir daher: Die Betreuung kann nur gelingen, wenn man den Weg der Menschen, die man unterstützt, nicht vorwegnimmt. Man eröffnet Perspektiven, und die Menschen merken, dass sie genauso viel wert sind wie wir. Helfen können wir nur, wenn die



Betroffenen selbst dazu bereit sind. Das braucht Zeit und Vertrauen statt Vorgaben und Kontrolle. Natürlich spüren wir den Druck der öffentlichen Hand, aber es gibt einen Unterschied zwischen Fordern und Fördern.

CM: Ihr seid also selbstkritisch genug zu wissen, dass Betreuung auch diesen „disziplinierenden“ Aspekt besitzt, und haltet ihn auf diese Weise in Schach.

MR: Im „neunerhaus“ arbeiten Profis aus unterschiedlichen Berufsgruppen. Wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz. Es geht nicht nur um Sozialarbeit, sondern auch um Unterstützung durch ArztInnen und PsychologInnen. Wichtig ist auch, dass die BewohnerInnen selbst Verantwortung übernehmen – ob im Kleinen oder im Großen. Unsere MieterInnen sind eingeladen, mitzuhelfen, sich bei der Reinigung oder beim Kochen zu beteiligen. Das ist ebenso wichtig wie die Kommunikationszonen. Die Förderung der Eigenverantwortung verstehen wir aber nicht im neoliberalen Sinn, also dass sie sich selbst fördern müssen, damit die sozialstaatlichen Leistungen zurückgebaut werden können. Wir investieren in die Qualität der Unterstützungsangebote, um von den Kontrollmechanismen wegzukommen. Im Sozialbereich wird sehr viel Geld in Kontrolle investiert.

CM: Die Wohnungen im „neunerhaus“ sind klein, deswegen können hier mehr Menschen wohnen. Zugleich soll die Kleinheit nicht als Ausdruck von Sparsamkeit erlebt werden. Wie gelingt dieser Spagat?

CL: Guter Wohnraum ist nicht unbedingt eine Frage der Größe, außerdem geht es speziell beim Wohnen auch um das nähere Wohnumfeld. So konnten wir neben den Wohnungen Räume schaffen, die auf den ersten Blick nicht zweckmäßig erscheinen: kleine halböffentliche Räume, in denen zwei Sessel stehen. Man kommt aus dem Lift, schaut hinaus, weiß, dass man im dritten Stock ist, und dann gibt es hier auch noch genug Platz, um sich zu treffen oder ein Buch zu lesen. Man hätte sicher noch vier oder fünf Wohnungen mehr planen können. Aber ich glaube, dass es genau auf diese Zwischenräume ankommt, auch wenn sie vordergründig nicht effizient sind. Diese „unnötigen“ Extras sind in diesem Fall auch ausschlaggebend für die Wohnqualität, weil die Wohnverhältnisse entsprechend minimiert sind. Wir haben auch lange über die Minimalanforderungen der Einrichtung diskutiert: Garderobe, Küche, Bad, Tisch, Sessel, Bett. Ich glaube, dass wir mehr geschaffen haben als das Minimum.

MR: Und obwohl wir uns selbstverständlich auch sehr um unsere MitarbeiterInnen bemüht haben, sind sie am wenigsten zufrieden, wahrscheinlich weil sie spüren, dass sie in diesem Haus nicht die Hauptrolle spielen. Sie sind eigentlich nur Gäste, und dass sie das auch spüren, ist für mich eigentlich ein positives Feedback.

CM: Das Haus wirkt wie ein gutes Werkzeug, das Antworten für viele aktuelle Anforderungen bietet. Was passiert, wenn sich diese in Zukunft ändern? Wie anpassungsfähig ist das Haus?

CL: Das zeigt sich u. a. an der statischen Struktur: Das ganze Haus besteht im Grunde nur aus einer tragenden Außenhaut mit wenigen Stützen in der Mitte. Wenn sich in zehn Jahren herausstellt, dass die Einheiten nur noch zwölf Quadratmeter groß sein sollen oder wir keine Wohnungslosenhilfe mehr benötigen, können wir alles leicht verändern.

CM: Obdachlose sind intensive StadtbenutzerInnen, so stellt man es sich zumindest vor: Menschen, die viel in der Stadt unterwegs sind. In welchem Verhältnis steht das „neunerhaus“ zu seiner urbanen Umgebung? Wie wichtig ist es, dass das Haus selbst alle Infrastruktur besitzt, oder kann auch die Infrastruktur der Stadt einen Teil davon übernehmen?

MR: Ich halte den Standort des „neunerhauses Hagenmüllergasse“

Wenn man Orte transformieren will, ist es notwendig, sich auch dort aufzuhalten – am besten gemeinsam mit jenen Menschen, die bereits an diesen Orten leben.

mitten im 3. Bezirk für ganz hervorragend, um der Verdrängung obdachloser Menschen aus dem Stadtbild und an den Stadtrand etwas entgegenzusetzen. Ich habe sechs Jahre dafür gekämpft, dass wir dieses Projekt im innerstädtischen Bereich realisieren können. Das hat etwas mit Teilhabe zu tun und mit der Frage, wie die Stadt mit dem Thema umgeht. Auch unsere anderen beiden Häuser sind gut gelegen, im 19. und im 10. Bezirk. Das erleichtert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unsere Häuser sind sehr gut in die jeweiligen Grätzeln integriert. Das ist uns ein großes Anliegen. Denn auch wenn wir Infrastruktur im Haus anbieten – wie ÄrztInnen, eine Cafeteria u. Ä. –, wollen wir die BewohnerInnen entsprechend ihrer Möglichkeiten ermutigen, die „ganz normalen“ Angebote der Stadt zu nutzen.

CM: Welche Verdrängungseffekte beobachtet ihr noch?

CL: In den letzten vierzig Jahren wurden hunderte Millionen Euro in die Sanierung der gründerzeitlichen Bebauung Wiens gesteckt. Das ist wahnsinnig viel Geld und hat zu großen Preissteigerungen geführt. Wo kommen nun die Studentin aus Linz, der Flüchtling aus Syrien und der Gastarbeiter aus Bosnien unter? Da es kaum noch Substandardwohnungen gibt, rutscht diese Klientel zunehmend in den Gemeindebau ab.

MR: Die leistbaren Wohnmöglichkeiten in dieser wachsenden Stadt gehen immer mehr verloren. Und um eine Gemeindeförderung zu bekommen, braucht man gewisse Voraussetzungen.

CL: Deshalb beschäftigen wir uns intensiv mit den großen Siedlungen aus den 1960er- und 1970er-Jahren. Sie befinden sich in kommunalem Besitz und haben auch deshalb Entwicklungsmöglichkeiten, die wir derzeit in einer Forschungsarbeit untersuchen. Grundsätzlich sind diese Siedlungen Erfolgsmodelle. So sind mehr als fünfzig Prozent der heutigen BewohnerInnen PensionistInnen, was bedeutet, dass dort immer noch die erste Generation wohnt. Die Mehrheit ist zufrieden, die Unzufriedenheit beschränkt sich meist auf die Tatsache, dass die im Grünraum spielenden Kinder die Ruhe der PensionistInnen stören. In diesen Siedlungen sind Veränderungsprozesse in Gang, die die gründerzeitlichen Stadtteile schon hinter sich haben.

CM: Wien war lange Zeit eine schrumpfende Stadt, und man hat mit so starkem Zuzug gar nicht gerechnet. Trotzdem kann die Stadt gut damit umgehen, weil sie dank Otto Wagner eine städtebauliche Infrastruktur besitzt, die schon damals auf vier Millionen BewohnerInnen ausgelegt war.

CL: Die Stadtrandsiedlungen aus den 1960er-Jahren gehen auf Roland Rainer zurück. Man vergisst oft, aus welchem Grund sie gebaut worden sind. Rainer meinte 1963 in seinem Planungskonzept für Wien, dass das Leben im Gründerzeitblock unmenschlich sei, weil viele Menschen ohne Wasser und Licht wohnten. Daher schlug er Stadtrandsiedlungen vor, um in einem nächsten Schritt die Gründerzeitviertel zu sanieren.

MR: Im innerstädtischen Bereich kam es zur Verdrängung. Man geht von einer Entwicklung aus, die immer nur bergauf geht, und glaubt, dass die Verteilung trotzdem noch funktioniert. Das trifft aber nicht mehr zu. Die Verteilungskrise führt dazu, dass sich die Verdrängten auch am Stadtrand nicht mehr behaupten können und dann in der Obdachlosigkeit landen.

CL: Wohnen ist in erster Linie eine verteilungspolitische Herausforderung. In der Gründerzeit lebten auf derselben Fläche, auf der heute zwei Personen wohnen, fünfzig Menschen.

MR: Es ist nicht wie vor hundert Jahren, aber wir erleben einen massiven Anstieg von prekären Wohnverhältnissen und Menschen, die aufgrund der hohen Wohnkostenbelastung gefährdet sind, obdachlos zu werden. In Wien haben ca. 150.000 Haushalte zu hohe Wohnkosten. Man

muss es wirtschaftspolitisch schaffen, dass die niedrigen Einkommen steigen. Aber die Marktmechanismen greifen immer stärker auch im Wohnbau. Das Angebot an Grundinfrastruktur wird zunehmend kleiner. Deshalb stellen wir unserer Arbeit voran, dass es sich beim Wohnen um ein Grundrecht handelt – um ein Menschenrecht. Das impliziert, dass es nicht rein ökonomischen Mechanismen ausgesetzt sein darf. Man sollte bei der Errichtung eines Wohnbaus über die Qualität und die stadträumliche Bedeutung sprechen. Nicht der Preis sollte im Vordergrund stehen.

Über das „neunerhaus“

Der 1999 gegründete Sozialverein verfolgt das Ziel, obdachlose Menschen mittels Empowerment, einem Zuhause und medizinischer Versorgung sowie qualitativen Angeboten nachhaltig zu unterstützen. Bei Bedarf wird sozialarbeiterische Begleitung angeboten, die BewohnerInnen sollen aber möglichst selbstständig leben können. Dazu gehören ein eigener Wohnungsschlüssel, Besuchsmöglichkeiten, Haustiere und kein Alkoholverbot. Die Hilfsorganisation setzt sich außerdem dafür ein, dass sich die politischen Rahmenbedingungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Wohnen im Sinne der ärmsten Menschen in Wien, der Obdachlosen, verbessern. Der Verein „neunerhaus“ wird vom Sozialwissenschaftler Markus Reiter geleitet, der zu den Mitbegründern der Initiative zählt.

www.neunerhaus.at

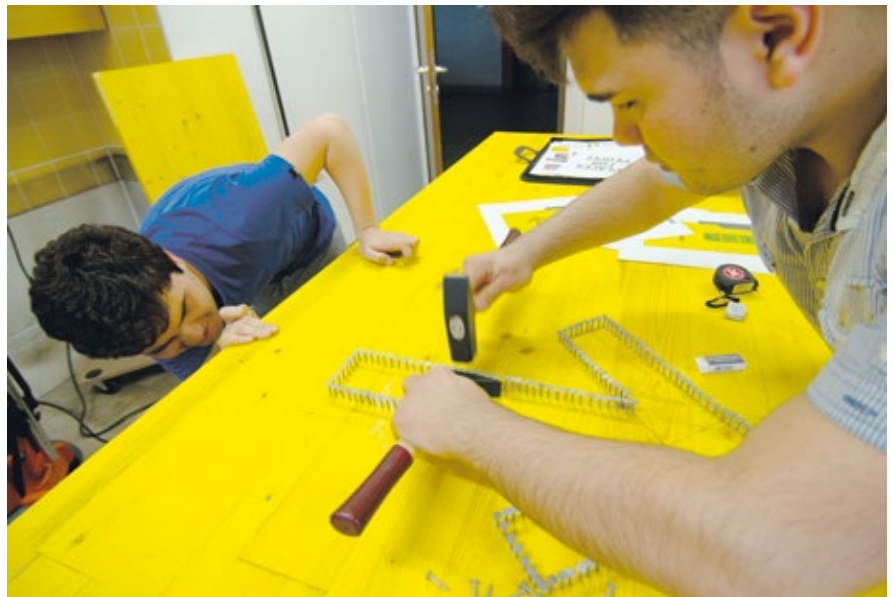
Über pool Architektur

Das 1999 von vier PartnerInnen, u. a. Christoph Lammerhuber (geb. 1966), gegründete und heute 15 MitarbeiterInnen umfassende Büro betrachtet den Wohnbau als Königsdisziplin und hat auf diesem Gebiet eine Vielzahl von innovativen Projekten vorgelegt, die die Grenzen der zunehmend rigiden Vorgaben erfolgreich ausreizen. Mit seiner ausklügelten Architektur bietet das neue „neunerhaus Hagenmüllergasse“ nunmehr 79 statt wie bisher 59 Personen Platz und mit einer Cafeteria und einer Gemeinschaftspraxis von ÄrztInnen und TherapeutInnen die räumlichen Voraussetzungen, um das neuartige Betreuungskonzept optimal zu unterstützen.

www.pool-arch.at

ERSTE ORIENTIERUNGSHILFE

Um die Orientierung und die Kommunikation in temporären Quartieren zu verbessern, hat der österreichische Grafikdesigner Erwin K. Bauer ein spezielles visuelles Leitsystem entwickelt, das – in modifizierter Form – auch bei Projekten von „Orte für Menschen“ zum Einsatz kommt. Ein Gespräch mit dem Initiator des „First Aid Kit“ über „Inclusive Design“, die Aktualität von Wiener VordenkerInnen wie Otto Neurath und Victor Papanek und die zukünftige Rolle von DesignerInnen als „Social Entrepreneurs“.



Ausbaustufe des First Aid Kit: Flüchtlinge bei der Gestaltung des Leitsystems für das Haus Erdberg in Zusammenarbeit mit dem grafischen Büro - Roman Breier, Günter Eder, Marcel Neundörfer

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Erwin K. Bauer (EB)
Photos: buero bauer



Erwin Bauer CEO of Design Studio buero bauer

Sprachbarrieren und Verständnisschwierigkeiten sorgen für Verunsicherung, sowohl aufseiten der nach Europa geflüchteten Menschen als auch bei den betreuenden Personen und Institutionen. Besonders deutlich wird dies in den kurzfristig eingerichteten Notunterkünften. Die wichtigsten Informationen zur Orientierung im Gebäude, zu den einzelnen Hilfsangeboten, aber auch zu Rechten und Pflichten werden oft nur handschriftlich und auf einfachen Zetteln festgehalten, die an Wänden und Türen angebracht werden. Nur selten ist die Information auf diesen behelfsmäßigen Beschilderungen in all jenen Sprachen zu lesen, die in den Herkunftsländern der BewohnerInnen gesprochen werden. Ursprünglich nur für den temporären Einsatz gedacht, bleiben die improvisierten, rudimentären Orientierungshilfen oft längerfristig in Gebrauch und kollidieren dabei mit den weiterhin bestehenden visuellen Leitsystemen, die für ganz andere Zwecke ausgelegt waren. Die betreuenden Personen können dieses Informationsdefizit durch persönliche Auskünfte nur begrenzt ausgleichen, was wiederum wertvolle Zeit kostet.

Mit der von ihm gegründeten „Gesellschaft für Orientierung und Identität“ hat sich der Grafikdesigner Erwin K. Bauer auf das Gebiet der visuellen Kommunikation spezialisiert, das enorme soziale Relevanz aufweist. Zugleich knüpft er mit seinen Arbeiten an die Pionierleistungen

des österreichischen Philosophen, Ökonomen, Sozialpolitikers und Protagonisten der Siedlerbewegung Otto Neurath an, der in den 1930er-Jahren mit einem kleinen Team bildbasierte Visualisierungssysteme und Piktogramme zur Wissensvermittlung entwickelte, um auf diese Weise den Informationsstand und letztlich die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.



Ausbaustufe des First Aid Kit:
Flüchtlinge bei der Adaptierung des
Leitsystems für Haus Erdberg

Das, was wir als
DesignerInnen
machen, ist im
Grunde immer
politisch.

CM: Das „First Aid Kit“ ist eine Eigeninitiative. Könntest du beschreiben, wofür „First Aid Kit“ steht, wie es konzipiert ist und wie das bisherige Feedback dazu aussieht?

EB: Das, was wir als DesignerInnen machen, ist im Grunde immer politisch. Wir können Ereignisse begleiten, einfach nur mitlaufen oder verweigern. Besser ist es aber, zu antizipieren, die Geschehnisse zu kommentieren oder über unsere Arbeit, die Gestaltung von Kommunikation, zu reagieren. Es ist so, wie Paul Watzlawick gesagt hat: „Man kann nicht nicht kommunizieren.“ Auslöser unserer Initiative waren die Flüchtenden, die im Herbst 2015 in immer größerer Zahl zu uns kamen. Im Team fragten wir uns, was wir als GestalterInnen konkret zur Verbesserung der aktuellen Situation beitragen können. Auf unserer Liste von Möglichkeiten befanden sich u. a. das „First Aid Kit“ sowie eine Informationsdesign-Kampagne über die Motive von Flüchtenden, also warum sie überhaupt in welches Land kommen. Aufgrund der enormen Dynamik konnten wir die entscheidenden Daten für das Informationsdesign-Projekt jedoch nicht ermitteln und gaben es auf. Aus der Liste griffen wir dann das heraus, was rasch umgesetzt werden konnte und effektive Hilfe bietet. Das war das „First Aid Kit“.

CM: Was kann das „First Aid Kit“?

EB: Den Menschen, die in die Erstunterkünfte kommen, fehlen meist wichtige Informationen. Sie wissen oft nicht, wo sie sich befinden, ob sie in Sicherheit sind oder wie weit es bis zum nächsten Bahnhof ist. In Gesprächen mit den HelferInnen vor Ort haben wir herausgefunden, welcher konkrete Bedarf existiert und wo die Knackpunkte liegen. Unserer Einschätzung nach lag die Lösung in einem temporären Informationssystem, das von den Helfenden einfach auszudrucken, zu applizieren und zu verwalten ist. Es sollte total niederschwellig sein, auch im Sinne der Formgebung: robust, aber nicht komplett durchgearbeitet. Generell tendieren DesignerInnen dazu, die Form zu kontrollieren. Wir hingegen haben das lockerer gesehen, einen Teil des formalen Gestaltens offengelassen. Wichtiger war zunächst, die Information auf das Wesentliche zu beschränken, also am Inhalt und seiner Struktur zu arbeiten. Man muss auch berücksichtigen, dass in den Unterkünften viele Freiwillige helfen, die oft wechseln. Sie engagieren sich aus freien Stücken und wollen nicht nach der Anleitung von DesignerInnen handeln. Das würde sofort scheitern. Deshalb ist unser Infokit ein Werkzeug, das unkompliziert ist und Arbeit abnimmt. Aus diesem Grund wurde es auch sofort und sehr gut angenommen.

CM: In welchem Zeitraum ist das alles passiert?

EB: Wir haben im Oktober 2015 begonnen und es in zweieinhalb Wochen sprichwörtlich hinausgeschossen. Nachdem wir uns auch intensiv mit der Art und der Bildaussage der Einzelelemente beschäftigt hatten, war es für mein Team doch eine Überraschung, als ich sagte: „So, jetzt hängen wir das auf!“ Im klassischen gestalterischen Sinn waren wir eigentlich noch gar nicht fertig, aber ich wollte die ersten Elemente unbedingt testen, um etwas über die Reaktionen der UserInnen zu erfahren. Mithilfe der DolmetscherInnen verteilten wir in den Unterkünften ergänzende Fragebögen zum Verständnis und zur Vollständigkeit und erhielten dadurch umgehend Feedback, sodass wir das System schnell verbessern konnten.

CM: Das war für die Immobilie in der Vorderen Zollamtsstraße?

EB: Genau. Die Tests an diesem ersten Standort waren rasch



Haartracht oder Kopftuch?
Pictogramm mit Darstellung einer Frau
aus dem First Aid Kit

Der Prozess der Identifikation mit dem Ort und der Aneignung durch das eigenständige Arbeiten der Geflüchteten ist hier viel entscheidender als die Kontrolle über das Design.

und unkompliziert möglich, weil das Rote Kreuz dafür sehr offen war. Wir waren anfangs täglich vor Ort, und die Helfenden sagten uns, was gut und was weniger gut funktioniert bzw. was fehlt.

CM: Was musstet ihr korrigieren?

EB: Nach der Analyse der Abläufe bildeten wir drei Kategorien von Informationen: Angebote, Gebote und Verbote. Dazu gehörten z. B. Hinweise für die Benutzung von Sitztoiletten für Menschen aus einem anderen kulturellen Kontext. Wir mussten über Piktogramme erklären, dass man nichts ins WC wirft oder nicht in die Dusche macht, weil dadurch der Abfluss verstopft wird. Durch diese Gebote spürten die Helfenden eine deutliche Entlastung. Wir mussten auch Mythen abbauen, die von den Flüchtenden oder den HelferInnen generiert wurden – etwa dass man auf keinen Fall das Wasser trinken soll, was in Wien ein Unsinn ist. Für solche Zwecke entwickelten wir Zeichen und Symbole.

CM: Muss man in der Gestaltung neue Wege gehen, um Menschen aus anderen Kulturkreisen zu erreichen?

EB: Ja, das ist ein guter Punkt. Besonders wichtig war uns, vom kulturellen Kontext derer auszugehen, die neu zu uns kommen, und nicht bloß von unserem eigenen. Diesen Blickwinkel einzunehmen bringt neue Lösungen. Es geht dabei stark um Identität. Daher zeigt unser Zeichen für „Frau“ eine Figur, die man auf zwei Arten lesen kann: mit Kopftuch oder mit langem Haar. Wir stellten fest, dass in diese ungemütlichen temporären Räume nur dann eine gewisse Häuslichkeit einziehen kann, wenn man dabei auch die Informationsebene unterstützt. Daher haben unsere Zeichen keinen technischen Charakter, sondern einen menschlichen Touch. Die leicht abgerundeten Ecken machen sie weicher. Normalerweise sind standardisierte Icons in Silhouettenform gestaltet, damit sie aus der Ferne besser zu erkennen sind. Wir haben ein wenig auf die bessere Lesbarkeit verzichtet und dem Mann einen Pullover und Hose und der Frau ein Kleid angezogen. Dadurch werden die Zeichen wesentlich konkreter, sind aber immer noch gut lesbar.

Verknüpfungen mit Informationen im digitalen oder im öffentlichen Raum waren enorm wichtig. Essenziell sind Abreiseadressen in verschiedenen Sprachen: Wo bin ich? Wohin muss ich? Wo ist der Bahnhof? Wir haben auch eine große Landkarte im Foyer aufgehängt, die die Lage des konkreten Standorts zeigt. Im vergangenen Herbst kamen viele über Ungarn zu uns. Sie wurden dort in einen Bus gesetzt, über die Grenze gefahren und landeten plötzlich mitten in Wien, ohne zu wissen, wo sie waren. Allein die richtige und klare Information zur aktuellen Lage gibt den Flüchtenden Sicherheit und Ruhe.

CM: Das „First Aid Kit“ ist eine offene Toolbox. Auf neue Bedürfnisse kannst du reagieren, indem du überlegst, was das geeignete Piktogramm dafür ist. Das Zollamtsgebäude ist recht groß. Wie viele Zeichen sind dort in Gebrauch?

EB: Im Zollamtsgebäude gibt es achthundert Plätze für Flüchtlinge. Die Zeichensetzung ist natürlich dort am stärksten, wo die meistfrequentierten Bereiche liegen, also bei der Erstankunft und der ärztlichen Versorgung. Gerade in Spitzenzeiten gibt es aber zu wenige DolmetscherInnen. Aus dieser Beobachtung hat sich eine erste Erweiterung unseres Systems ergeben. Zur Unterstützung der Erstuntersuchung durch ÄrztInnen erstellten wir Zeichen für die wichtigsten Indikationen bei Krankheit, denn eine echte Diagnose ohne Dialog klappt natürlich nicht. Mit unseren Zeichen können PatientInnen schon mal signalisieren: Mir ist heiß oder kalt, ich bin schwanger, mir ist schwindlig. Um die wichtigsten Beschwerden richtig wiedergeben zu können, haben wir direkt mit ÄrztInnen zusammengearbeitet.

CM: Macht ihr all das ohne finanzielle Abgeltung?

EB: Das Toolkit ist unter einer Creative-Commons-Lizenz kostenlos einsetzbar, solange es nichtkommerzielle Projekte sind, was auf so gut wie alle Projekte zutrifft, die unser Kit verwenden. Man kann das System auf unserer Website gratis downloaden. Beginnt aber jemand Geld damit zu verdienen, wird eine Nutzungsgebühr fällig, vergleichbar mit einer Lizenz für eine Schriftart. Die Kosten hängen dann vom Projektumfang ab.



Independence from stigmatisation, WU Campus

CM: Wie intensiv wird das Toolkit genutzt?

EB: Es hat sich bereits über ganz Europa verbreitet. In Berlin wird es in der größten Flüchtlingsunterkunft, dem LAGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales), eingesetzt. Sie ist wesentlich größer als alles, was es in Österreich gibt. Die Berliner DesignerInnen haben uns netterweise angerufen und informiert, dass sie das System verwenden und sogar ergänzt haben. Es wird also nicht immer von uns erweitert, sondern auch von der Design-Community. Das finde ich eine schöne Sache. Wie die Ergänzungen dann in unser System zurückfließen und wer dann die UrheberInnen sind, wird noch diskutiert. Mit den Berliner DesignerInnen haben wir schon eine direkte Kooperation am Laufen.

CM: Was haben sie verändert?

EB: Sie haben Dinge ergänzt, die dort speziell notwendig sind, z. B. Nummerierungssysteme und Zeichen für Zelte oder Hinweise zur Videoüberwachung. Nach einer Entführung von zwei Kindern wird das ganze Areal zur Sicherheit der Flüchtenden überwacht. Das muss man natürlich sichtbar machen: „Achtung, hier gibt es Videoüberwachung durch Kameras.“

CM: Bei „Orte für Menschen“ wird das Toolkit auch eingesetzt.

EB: Unser „First Aid Kit“ war ursprünglich nur für Erstunterkünfte gedacht. Bei den Biennale-Projekten ergeben sich aus der Veränderung von einer kurzfristigen Erstunterkunft zu einem mittelfristigen Aufenthaltsort andere Anforderungen. Zentral ist der Faktor Arbeit, denn die Leute in den Unterkünften dürfen keiner Beschäftigung nachgehen. Da ist natürlich die Langeweile eine der größten Herausforderungen. Der Ansatz der Designergruppe EOOS, dem Nichtstun entgegenzuwirken, besteht vor allem darin, die KlientInnen in eine Art Gemeinwohlökonomie einzubinden und sie an der Erhaltung des Hauses teilhaben zu lassen, etwa durch Putz- oder Kochdienste. In diesem Sinne wollen wir dort unser Informationssystem nicht einfach von außen applizieren, sondern die KlientInnen in die Produktion und die Montage einbinden, etwa bei der Kennzeichnung verschiedener Bereiche, die sich die BewohnerInnen damit auch aneignen. Da wird dann geschnitten, geschraubt, gemalt und montiert. Auch hier geben wir einen Teil der Formgebung ab. Der Prozess der Identifikation mit dem Ort und der Aneignung durch das eigenständige Arbeiten der Geflüchteten ist hier viel entscheidender als die Kontrolle über das Design. Wir geben lediglich den Rahmen vor und moderieren den Prozess, um ein wirkungsvolles Ergebnis für alle zu bekommen.

CM: Die Informationsquelle Nummer eins ist das Mobiltelefon. Gäbe es auch eine Möglichkeit das Tool als App zu gestalten?

EB: Projekte in diese Richtung gibt es schon, etwa den digitalen Guide „Welcome App Germany“. Durch die europaweite Verbreitung unseres Tools über soziale Medien gibt es permanent Kooperationsangebote. Vor allem sind es Anfragen, unsere Icons einzusetzen und Informationen auszutauschen. Eine Kooperation, die in diese Richtung geht, startet derzeit in Wien. Markus Riedler, ein Absolvent der Grafik-Design-Klasse an der Universität für angewandte Kunst, arbeitet zusammen mit NGOs und aktiven Leuten der Zivilgesellschaft am Projekt „new here“. Es handelt sich

Die Darstellung des/der RollstuhlfahrerIn in der aktuellen Ö-Norm ist stigmatisierend. Die Person wirkt gefesselt, völlig unselbstständig und kann nicht aus eigenem Antrieb agieren.

Manche Design-erInnen sind so sehr in die Form verliebt, dass sie vergessen, sich in das Gegenüber hineinzuversetzen.

um eine kartenbasierte digitale Plattform zur Orientierung und Integration in den Alltag in Wien. Da ist unsere Expertise in Kartografie und in der Zeichensetzung in der Karte gefragt. So fließen die besten Elemente des „First Aid Kit“ in andere Initiativen ein. Mich freut es immer besonders, wenn diese positiven Signale aus der Zivilgesellschaft kommen.

CM: Kommen wir von diesem speziellen Tool zum Thema Orientierungssysteme. Du hast mit deinem Team zwei Projekte für die Caritas durchgeführt. Das eine ist im Bereich „Social Business“ in der Ankerbrotfabrik angesiedelt, wo die „magdas KANTINE“ zu Hause ist. Das andere ist eine konkrete Anlaufstelle für Obdachlose am Hauptbahnhof. Du hast außerdem noch ein barrierefreies Leitsystem für den WU-Campus entwickelt. Kannst du etwas über Ähnlichkeiten und Unterschiede der Konzepte erzählen?

EB: Unsere Gestaltung folgt den Prinzipien „Design for all“ und „Inclusive Design“. Im Mittelpunkt steht die Frage, wer welche Information oder welche Unterstützung braucht – unabhängig davon, ob es Flüchtende, Menschen, die aus unserer Gesellschaft herausfallen und sozial am Rand stehen, oder auch Personen mit Einschränkungen sind. Funktional kann das durch das Zwei-Sinne-Prinzip gelöst werden: Fällt ein Sinn aus, wie etwa das Sehen bei Blinden, wird die nötige Information taktil und/oder akustisch angeboten. Uns interessiert die Frage, wie man über Information Fairness kultivieren kann. Der WU-Campus sollte dafür bekannt werden, dass er für alle Menschen funktioniert, unabhängig von ihrer Einschränkung. Dort kann man etwa jede Vorlesung mit dem Rollstuhl erreichen, weil man das rechtzeitig in der Planung berücksichtigt hat. Es gibt kurze Wege, alles ist taktil für blinde Menschen ausgestattet.

Sucht man nach gesetzlichen Grundlagen der Gleichstellung, im Speziellen zur barrierefreien Orientierung, stößt man auf die OIB-Richtlinien und deren Normen. Diese sind aber vielfach aus der Perspektive von TechnikerInnen gedacht. Geregelt sind nur „harte“ Faktoren der Gestaltung: Wie groß muss die Schrift sein? Welche Kontraste sind nötig? In welcher Höhe muss Information angebracht sein?

CM: Es ist sozusagen auf den „Normalfall“ ausgerichtet?

EB: So ist es. Ansätze, die Barrieren abbauen sollen, sind im baulichen Bereich eher technisch formuliert und nicht kulturell oder inhaltlich. Die Darstellung des/der RollstuhlfahrerIn in der aktuellen Ö-Norm ist stigmatisierend. Die Person wirkt gefesselt, völlig unselbstständig und kann nicht aus eigenem Antrieb agieren. Die Frage der Gleichstellung lautet aber: Wie kann ich jemandem seine eigene Kraft und Kompetenz zurückgeben? Menschen mit Einschränkungen haben Qualitäten in anderen Bereichen, in denen sie uns vielleicht überlegen sind. So können etwa Blinde Geräusche viel differenzierter wahrnehmen und nutzen als Sehende. Eigentlich hat aber jeder eine Art von Einschränkung. Wir werden älter, sehen weniger gut, brauchen Brillen. So scheint es mir mittlerweile absurd, in der visuellen Gestaltung immer nur von Menschen ohne Einschränkung auszugehen. Auf diese grundsätzlichen Unterschiede haben wir geachtet, indem wir durch Verbesserungen mehrerer Details dieses Zeichen visuell aktiviert haben. Jetzt agiert die Person im Rollstuhl selbstständig und ist fair und gleichwertig dargestellt.

CM: Wie nehmen BetrachterInnen diesen Unterschied wahr?

EB: Es geht ums Mitdenken und darum, Vorurteile sichtbar zu machen und sie auszuhebeln. Unser Toolkit für die Flüchtenden ist ein System, das auf verschiedenen Ebenen kommuniziert. Es geht nicht nur darum, dass die NGOs ein gut funktionierendes Tool haben, um den Tagesablauf besser zu bewältigen, sondern auch um ein Signal an die Bevölkerung. Die medizinische Versorgung ist bei uns mit einem Halbmond und einem Kreuz



Handgezeichnete Piktogramme in der Caritas Ankerbrot Fabrik



Eingangsbereich einer Caritas Aufnahmestelle für Obdachlose

gekennzeichnet. Dieses kombinierte Zeichen wird in der arabischen Welt für die Erste Hilfe eingesetzt. Für uns ist es Ausdruck des Respekts, wenn das Kreuz und der Halbmond gleichwertig in ein Zeichen zusammengeführt sind. Wenn man als österreichische/r StaatsbürgerIn die Kombination dieser beiden religiös konnotierten Zeichen sieht, passiert etwas im Kopf. Es ist plötzlich ein Kontrast da, ein anderer kultureller Inhalt taucht in unserem Kontext auf. Es war uns wichtig, damit nicht nur die Flüchtenden zu erreichen, sondern auch in der Bevölkerung etwas auszulösen. Das schließt wieder den Kreis zur Designhaltung für den WU-Campus.

CM: Indem man das Symbol veröffentlicht, macht man auch das Phänomen sichtbar.

EB: Zeichen für RollstuhlfahrerInnen gibt es auch woanders, aber nicht in dieser speziell aktivierten Form.

CM: „Ästhetik und Ethik sind eins“, heißt es bei Wittgenstein. Wie siehst du das?

EB: Unser angestrebter Idealfall ist, die inhaltliche Aussage mit funktionaler Umsetzung und ästhetischem Anspruch zu kombinieren. Bei vielen Projekten, die ich kenne, liegt der Schwerpunkt nur auf dem funktionalen Aspekt. Oder es ist umgekehrt: Manche DesignerInnen sind so sehr in die Form verliebt, dass sie vergessen, sich in das Gegenüber hineinzuzusetzen. Das sieht dann zwar großartig aus, versagt aber funktional. In einer guten Designarbeit sollte sich das Beste aus beiden Zugängen finden. Im Zusammenhang mit den Projekten, die wir gerade besprechen, ist das durchaus ein herausforderndes Thema: Wie findet man für Menschen, die ums Überleben kämpfen – seien es Flüchtlinge oder Obdachlose – die richtige Sprache und Umsetzung?

Zur Caritas-Anlaufstelle am Hauptbahnhof kommen Menschen aus unseren nördlichen und südlichen Nachbarländern. Sie haben kein Dach über dem Kopf, sind krank, müde und erschöpft und kommen an einen Ort, an dem sie medizinisch versorgt werden, etwas essen können und eine Unterkunft vermittelt bekommen. Gemeinsam mit dem planenden Architekturbüro haben wir nach einer robusten Sprache gesucht, die zugleich eine gewisse Freundlichkeit und Offenheit ausstrahlt. Aufgrund der Hygiene muss vor Ort alles abwasch- und desinfizierbar sein. Daneben will man aber auch Wohnlichkeit schaffen und den Leuten signalisieren, dass hier Platz für sie ist. Unser wichtigster Antrieb war nicht, einen Designpreis zu gewinnen. Die Gestaltung ist deshalb bescheiden und eher dienend, auch wenn sie eine kräftige Sprache besitzt. Es gibt natürlich trotzdem einen ästhetischen Anspruch, aber das Wesentliche an der Gestaltung ist der Teil, der nicht formal gedacht ist, sich aber letztlich trotzdem über die Form vermittelt. In der Praxis ist das nicht immer so einfach, wie es klingt.

CM: Wenn man einmal das Vergnügen hat, sich auf einer österreichischen Polizeistation zu befinden, weiß man nicht genau, ob das Design schon Teil der Strafe ist.

EB: Hast du dir schon einmal den neuen Bundesadler angeschaut, den die Polizei verwendet? Es ist spannend, wie der Staat seine Zeichen inszeniert. Der österreichische Staatsadler auf Polizeiuniformen und -autos ist eher ein Hendl und passt besser in einen Comic, als dass er Sicherheit und Vertrauen repräsentiert. Die Polizei ist in den vergangenen Jahren sicher „nahbarer“ geworden. Ihr Imagewandel ist spürbar, deshalb ist es schade, dass es keine passende gestalterische Umsetzung gibt. Das liegt daran, dass Personen im öffentlichen Dienst, die solche Designleistungen vergeben, keine SpezialistInnen für Design sind. In diesem Fall sollten ExpertInnen aus unserem Feld die Aufgabe formulieren, und eine unabhängige Jury sollte das Ergebnis beurteilen. Es würde sich lohnen.



Taktiler Leitsystem,
WU Campus Vienna

CM: Zurück zur Biennale: Für „Orte für Menschen“ haben wir uns von Bernard Rudofsky inspirieren lassen. Ich habe gesehen, dass Victor Papanek einer deiner Inspiratoren ist. Es ist interessant, dass es zwischen Rudofsky und Papanek Ähnlichkeiten gibt. Was begeistert bzw. fasziniert dich am meisten an ihm?

EB: Es ist die politische Dimension, die er dem Design gab. Er war auf der einen Seite praktisch, was auch mir sehr liegt. Mit seinen Projekten für die „Dritte Welt“ gab er Menschen Tools in die Hand, um sie im Sinne der „Entwicklungszusammenarbeit“ selbständig handeln zu lassen und nicht einseitige „Entwicklungshilfe“ zu betreiben. Auf der anderen Seite schätze ich an Papanek seine zivilgesellschaftliche Rolle, die er selbst als Staatsbürger – besser noch als Weltenbürger – einbrachte. Er war ein Visionär, der bereits global dachte und lokal agierte. Sein Appell lautete: „Nimm die Zukunft der Gesellschaft selbst in die Hand und leiste deinen Beitrag.“ Für mich hängt das auch mit Ken Garlands Manifest „First Things First“ zusammen. Er hat gefordert, dass sich DesignerInnen nicht von der Produktions- und Konsumgesellschaft instrumentalisieren lassen, sondern selbstständig agierende, kritische, produktive ZivilbürgerInnen werden sollen. Das ist es, was ich von Victor Papanek genauso wie von Otto Neurath gelernt habe.

CM: Papanek und Rudofsky waren beide Außenseiter. Rudofsky hat kaum gebaut und war nirgendwo Mitglied, und auch Papanek war ein Querdenker. Neurath führt uns zum Informationsdesign, aber interessanterweise auch zur Siedlerbewegung und somit auch zu unserem Thema. Diese Kombination aus verschiedenen Talenten ist sehr interessant.

EB: Philosoph und Mitglied des Wiener Kreises, habilitierter Volkswirt und Museumsdirektor – Neurath hatte unterschiedliche Talente und Professionen. Insofern war er außergewöhnlich.

CM: Und fast vergleichbar mit Rudofsky, der angeblich 17 Berufe hatte.

EB: Das Spannende an Neurath ist, dass er in den 1920/30er-Jahren ein interdisziplinäres Team führte, das er zur Verwirklichung seiner Vision eigens zusammenstellte. Da waren StatistikerInnen, GrafikerInnen, VerlegerInnen, DruckerInnen, ArchitektInnen und SprachwissenschaftlerInnen dabei. Auch zur Politik pflegte er gute Kontakte. Teil seiner politischen Vision war die Antiklassengesellschaft, die er durch den demokratischen Zugang zu Wissen fördern und etablieren wollte. Das ist heute aktueller denn je.

CM: Es gibt den Begriff „Social Design“. Wir vertreten die These, dass Architektur per se eine soziale Komponente hat. Wie siehst du das?

EB: Der Begriff „Social Design“ ist sehr stark architektonisch geprägt. Man könnte ihn aber auch weiter fassen. Bei sozialen Prozessen geht es nicht nur um Stadtraum oder Raum an sich. Was mich interessiert, ist die Gestaltung sozialer Prozesse, um etwas zu ermöglichen, zu beschleunigen oder neu zu schaffen. Das aktuellere Stichwort für mich ist „Social Business“, weil ich denke, dass der Schlüssel zur Verbesserung in der Veränderung der Zusammenarbeit und in neuen Wirtschaftsstrukturen liegt. Gerade habe ich „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty gelesen – ein Buch, das ich vor zehn Jahren wohl nicht gelesen hätte. Jetzt interessiert mich der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang, weil Wirtschaft jeden Lebensbereich, auch das Design, durchdringt. Man muss dort ansetzen, wo man Veränderung herbeiführen kann, und darf nicht der Ohnmacht erliegen, dass man nichts tun kann.

„Social Business“ ist eine alternative Organisationsstruktur, in der Verantwortung neu verteilt und Selbstständigkeit gefördert wird. Es geht um Verantwortung, Kollaboration und vernetztes Denken.

Statt „Social Design“ würde ich lieber „Social Business“ als Studium sehen, weil ich glaube, dass gerade daraus ein Momentum für neues Arbeiten und Leben entstehen würde. Und das muss nicht in erster Linie monetär ausgerichtet sein, hier zählen auch andere Werte.

CM: Die Caritas hat eine eigene Abteilung für „Social Business“.

EB: Ich finde es großartig, wie „magdas HOTEL“ oder „magdas KANTINE“ in der Ankerbrotfabrik funktionieren und Menschen aus prekären Verhältnissen wieder den Einstieg in den geregelten Lebensalltag schaffen, indem sie dort gemeinsam mit Profis arbeiten. Für die dortige Leitung ist es der größte Erfolg, wenn ihre MitarbeiterInnen von anderen Hotels oder Lokalen abgeworben werden, sie also ihre besten Leute verlieren, um wieder neue KlientInnen aufnehmen zu können. Auch wie die Businessidee im Open-Source-Gedanken verhandelt wird, ist visionär. Leute kommen ins „magdas“, um dessen Businessmodell zu studieren und es woanders zu implementieren. Hier wird „Open Source“ mit „Social Design“ und „Social Business“ verknüpft.

Im Rahmen der Vienna Biennale im Österreichischen Museum für angewandte Kunst haben wir auf Initiative von Christoph Thun-Hohenstein hin in einem interdisziplinären Team ein Manifest für die Zukunft der Arbeit entwickelt und gestaltet. Das ist ein Schlüsselthema für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Es geht weniger darum, ob man sich in der Stadt wohler fühlt, wenn der öffentliche Raum anders gestaltet wird, sondern vielmehr darum, Prozesse und Wirkungsweisen im Zusammenleben neu zu definieren. Gerechtigkeit, Verteilung und internationale Wertschöpfungsketten sind Faktoren, die uns direkt betreffen und längst keine nationalen Fragestellungen mehr sind. In der Veränderung dieser Aspekte liegt für mich der Schwerpunkt von „Social Design“.

CM: Das sehe ich auch so. Es ist inspirierend, was in diesem Bereich ausprobiert wird, weil es auch eine gewisse Form von Selbstermächtigung darstellt.

EB: Wenn ein solches Projekt gut läuft, sieht es einfach aus. Ich habe große Hochachtung vor den Menschen, die sich für eine solche Sache engagieren und auch bei Rückschlägen nicht aufgeben. Denn die gibt es immer, wenn man etwas Neues wagt.

Über „First Aid Kit“

Analog zu einem Erste-Hilfe-Koffer enthält das „First Aid Kit“ eine essenzielle Auswahl von sprachunabhängigen Icons, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Flüchtlingen abgestimmt und intuitiv verständlich sind. Dieses Zeichenset soll es ihnen erlauben, sich in Notunterkünften zurechtzufinden und dort möglichst selbstständig zu agieren. Ein Teil dieses Hilfspakets besteht aus einer Serie von Zeichen, die jeweils die häufigsten medizinischen Symptome darstellen, während ein weiterer Teil zentrale Elemente eines visuellen Orientierungssystems enthält, die durchgängig in Schwarz auf neongrünem Papier einfach ausgedruckt und vervielfältigt werden können. Das „First Aid Kit“ ist bereits in vielen Unterkünften weltweit im Einsatz und wird laufend weiterentwickelt. Sein Inhalt wird nach Creative-Commons-Prinzipien an Initiativen und Engagierte frei weitergegeben.

buerobauer.com/first-aid-download

Über Erwin K. Bauer

Mit seinem 1996 gegründeten und mehrfach ausgezeichneten Designstudio, das heute 16 MitarbeiterInnen aus unterschiedlichsten Disziplinen umfasst, hat sich der Grafikdesigner u. a. auf den Bereich der Signaletik und hier insbesondere auf „Inclusive Design“ spezialisiert. Zu den zahlreichen vorbildlichen Projekten des Teams zählt das Orientierungssystem für das Tageszentrum der Caritas am Wiener Hauptbahnhof, das dank seiner bewusst einfachen Gestaltung für Obdachlose aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Sprachräumen verständlich ist. Während es Bauer bei sozial ausgerichteten Projekten wie dem „First Aid Kit“ stets auch um Praktikabilität geht, ist ihm darüber hinaus die Stärkung des Bewusstseins für die soziale Dimension von Design ein Anliegen. Dies spiegelt sich etwa in seiner Mitherausgeberschaft eines Buchs über Otto Neuraths Bildersprache, in der regen Workshop- und Vortragstätigkeit sowie in der Gründung der Initiative „include“ wider.

www.buerobauer.com

URLAUB FÜR URBANISTINNEN

Während die Wohnungen in den gründerzeitlichen Bauten Wiens weitgehend saniert und deren Dachböden zunehmend ausgebaut werden, bieten die mittlerweile oft leer stehenden Erdgeschosszonen Raumreserven für neue, experimentelle Nutzungen. Ein Gespräch mit den Designern Christian Knapp und Jonathan Lutter über Strategien zur Aktivierung des Leerstands, die Macht der Magistrate und Wien im Wandel

Photo: Heidrun Henke



Grätzlhotel Karmelitermarkt

Photo: Monika Nguyen



Grätzlhotel Belvedere



Grätzlhotel Karmelitermarkt

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Jonathan Lutter (JL) und Christian Knapp (CK)

Der Leerstand in Wien lässt sich u. a. auf historische Gründe zurückführen: Lange Zeit war die Stadt im Verhältnis zum Rest Österreichs, eines Landes, das nach 1918 achtmal kleiner war als zu Zeiten der K.-u.-k.-Monarchie, zu groß. Bis 1987 war Wien mit nur rund 1,5 Millionen EinwohnerInnen eine schrumpfende Stadt, die dementsprechend über ein erhebliches Raumangebot verfügte. Durch die im selben Jahrzehnt einsetzende Förderung zur Sanierung der gründerzeitlichen Substanz, die rund ein Viertel aller Bauten in Wien ausmacht, wurde die Qualität der Wohnungen systematisch verbessert. Weniger berührt von diesen Maßnahmen waren jene Bereiche, die keinen Wohnzwecken dienten, wie Erdgeschoss, Souterrain und Keller. Durch den massiven Rückgang von Einzelhandel

Photo: Markus Koplan



Grätzlhotel Karmelitermarkt

Photo: Ingo Karnienik



Grätzlhotel Belvedere

Wohnraum soll nicht nur als minimale Quadratmeterbeschaffung am Stadt- oder Gemeinderand, sondern als baukulturelle und gesellschafts-politische Aufgabe erkannt und behandelt werden.

und Kleingewerbe, steigende Verkehrsbelastung und Strategien zur Steuerersparnis weist die Erdgeschosszone in Wien bereits seit Längerem einen erheblichen Leerstand auf. Auch vor dem Hintergrund einer mittlerweile rasant wachsenden Stadt und ebenso steigenden Mietkosten geraten diese leer stehenden Lokale in den letzten Jahren zunehmend in den Fokus.

Bereits 2011 begann das Wiener Designbüro Kohlmayr Lutter Knapp unter dem Label „Urbanauts“ leer stehende Gassenlokale in der Umgebung anzumieten und in einzelne Gästezimmer umzugestalten, die in ihrer Gesamtheit das sogenannte „Grätzlhotel“ ergeben. Integratives Element dieses dezentralen Stadthotels bildet ein Netzwerk verschiedener Gaststätten, Cafés und Geschäfte in der Nachbarschaft, das von den Hotelgästen in Anspruch genommen werden kann. Auf diese Weise erhalten diese Zugang nicht nur zu verschiedenen Services, sondern auch zum Wiener Alltag.

Da die ArchitektInnen dieses Hotelprojekt auch selbst betreiben, zählen sie gleichzeitig zu jener Gruppe von Kreativunternehmen und Start-ups, die leer stehende Räume in guter Lage schon länger als relativ kostengünstige Büros und Ateliers nutzen. In Summe werden in Wien allerdings wesentlich mehr Geschäfte aufgegeben als Start-ups gegründet. Auch für Menschen mit Migrationshintergrund ist der Zugang zu Leerstand schwierig, wie aktuelle Studien zeigen.

CM: Die gegenwärtige Situation bringt die Chance, eine neue Form der Stadtnutzung zu erproben, die temporärer, flexibler, mobiler und vitaler ist. Ihr habt bereits ein Projekt realisiert, das in diese Richtung geht. Was ist die Grundidee von „Urbanauts“?

CK: Bei „Urbanauts“ sind wir von defizitären urbanen Resträumen ausgegangen, wobei es sich dabei in Wien vorwiegend um leere Ladenlokale handelt. Das ist ein Mikrokosmos aus Flächen, den wir wieder einer nachhaltigen Nutzung zuführen wollten. Uns kam die Idee, diese Einzeleinheiten als Gästezimmer einzurichten und zu betreiben.

CM: In welcher Größenordnung habt ihr das angelegt?

CK: Wir haben mit einem Prototyp begonnen, um das Konzept zu testen und Feedback einzuholen. Dann erweiterten wir um fünf Zimmer und sind – um wirtschaftlich arbeiten zu können – inzwischen bei 21 Zimmern, wovon sich drei noch im Umbau befinden.

CM: Warum standen diese Lokale leer?

CK: Der Leerstand der kleinen Gassenlokale in der gründerzeitlichen Stadtstruktur rührt daher, dass sich viele Gewerbe- und Handelsformen in den letzten dreißig bis vierzig Jahren an die Peripherie verlagert haben. Es gab keine nachsiedelnden Gewerbestrukturen, und so entstand der Überschuss an ungenutzten Stadtflächen.

CM: Wie ist es ökonomisch vorstellbar, dass ein zentral gelegener Raum so lange leer steht?

CK: In Wien kann das zwei Gründe haben. Einer ist die räumliche Stadtstruktur: Bauliche Strukturen wie Shoppingcenter und Malls übernehmen bestimmte Aufgaben, der Bedarf nach kleineren Einheiten von dreißig bis vierzig Quadratmetern schwindet. Ein anderer Grund sind spezielle juristische und betriebsrechtliche Themen, verbunden mit den Besonderheiten des Mietzinses. Viele EigentümerInnen behalten die Flächen lieber als Lager, weil sie davon ausgehen, dass es sich im Altbau nicht rentiert, diese zu vermieten.

JL: Oft sind es auch persönliche Gründe, warum

Leerstand steht nicht nur in der Gegend herum, sondern verursacht Kosten, weil die gesamte Infrastruktur rundherum von der öffentlichen Hand erhalten wird.

HausbesitzerInnen etwas nicht verwerten wollen. Die zentrale Frage sollte daher eher lauten: Welche neuen Funktionen kann man diesen Räumen geben, damit sie wieder spannend werden?

CM: Mich verwundert die anhaltende Dauer dieses Status quo, weil es sich doch um eine wichtige Ressource handelt.

JL: Wien ist eine langsame, museale Stadt. Wir konzentrieren uns hier sehr auf das Erhalten. Die Idee, schnell neue Funktionsreihen zu finden, existiert in der Regel nicht. Unser Handeln und Denken erfolgt gleichsam in Slow Motion, daher passiert oft lange nichts Neues.

CM: Jetzt kommt aber etwas Neues: nicht nur die Bewegung von MigrantInnen nach Wien, sondern insgesamt ein massiver Zuzug, mit dem die Stadtpolitik scheinbar nicht gerechnet hat. Wien wird bald zwei Millionen EinwohnerInnen haben. Ihr habt Leerstände entdeckt, die ihr touristisch bzw. gastronomisch nutzt.

JL: Als wir diese Resträume sahen, definierten wir sie zunächst als leere Leinwände, als Plätze in einer Weltstadt, die bespielt werden können. Wir überlegten, was wir dort machen könnten. Zu Beginn war uns eigentlich egal, was dort passiert – Hauptsache, es passiert etwas. Mit „Urbanauts“ wollten wir etwas präsentieren, das nachhaltig funktioniert und nicht nur temporär und punktuell Aufmerksamkeit generiert. Das ist uns gelungen.

CM: Das urbanistische Herz spiegelt sich im Namen wider. Ihr habt entschieden, dass eine nachhaltige Nutzung in dieser Richtung erfolgreich sein kann, und die Realität gibt euch recht. Wie temporär bzw. wie stabil ist die Nutzung der Gästezimmer durch „Urbanauts“?

CK: „Urbanauts“ ist an sich nicht als temporäre Zwischennutzung angelegt. Da muss man differenzieren. Es ist ein Nachnutzungsprojekt.

CM: Das heißt, ihr habt unbefristete Mietverträge?

CK: Wir kaufen, schließen unbefristete Mietverträge ab oder pachten die Räumlichkeiten. Das Geschäft ist auf einen längeren Zeitraum angelegt. Das Minimum sind zehn bis 15 Jahre. Ein temporäres Zwischennutzungsprojekt ist hingegen die „Betonküche“.

CM: Kannst du dazu mehr erzählen?

JL: Die „Betonküche“ verfolgt einen anderen Ansatz, um eine raschere Nutzung im Leerstand zu implementieren – im Unterschied zu „Urbanauts“ ist das Projekt ein kleines Boot, das schnell irgendwo hineingeht und schnell wieder draußen ist. Eine Motivation war, Aufmerksamkeit dafür zu generieren, dass auch in guten Lagen Flächen frei stehen und nur darauf warten, bespielt zu werden.

CM: Was genau ist die „Betonküche“? Der Name gibt schon eine gewisse Vorstellung ...

JL: Die „Betonküche“ versteht sich als temporärer Kulturraum mit besonderer Affinität zur Kulinarik. Wir gehen in Gassenlokale, ohne sie zu sanieren, und intervenieren nur minimal, indem wir Tische aufstellen oder Kunst aufhängen, um den Raum bis zu vier Wochen lang zu bespielen. Damit wollen wir zeigen, dass man kurzfristig und mit wenig Aufwand Räume schaffen kann, in denen man gerne ist und isst.

CM: Also eine Art Pop-up-Restaurant?

JL: Genau, wobei sich die „Betonküche“ nie als klassisches Restaurant definiert hat.

Photo: Markus Koplan



Grätzlhotel Belvedere

Es gibt längst eine Industrie, die Rezepte parat hat, um Neubauten auf niedrigem Niveau zu errichten.

CM: Es wird sehr viel über die Zwischennutzung von Leerständen und die fehlende Dynamik in diesem Bereich fantasiert. Leben wir in einer Stadt, die zu stark reglementiert ist? Die Orte sind vorhanden, aber man kann nicht einfach ein Eisgeschäft eröffnen. Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Raumangebot und den rechtlichen Rahmenbedingungen?

JL: Wien ist eine gemütliche Stadt, weil es den Menschen für lange Zeit sehr gut gegangen ist. Man versucht, den bestehenden Status zu erhalten. Besonders der 1. Bezirk wird immer musealer. Das bedeutet aber auch, dass das Korsett immer enger wird, je mehr sich die Standards verfestigen. Irgendwann wird es in diesem Prozess sehr schwierig, neue Ideen und Innovationen herbeizuführen, ohne dass zwei Welten aufeinanderprallen.

CM: Müsste man in Wien die Rahmenbedingungen liberalisieren, um eine ähnliche Dynamik wie in anderen Städten herbeizuführen?

JL: Es gibt Städte, in denen man innerhalb einer Woche ein vollkommen verändertes Stadtviertel vorfindet. Manche Städte sind ständigen Wandlungsprozessen unterworfen. Das kann natürlich auch seine Nachteile haben, z. B. dass es oft keine bzw. nur schwache soziale Netze gibt. Der Vorteil ist, dass dadurch viel passieren kann, wie etwa in Seoul. Das eine hat immer auch mit dem anderen zu tun. Diese Widersprüche muss man im Detail betrachten. Da wird es kompliziert.

CK: Man darf nicht einer gewissen Romantisierung erliegen, sondern muss viele weitere wichtige Faktoren in die Diskussion miteinbeziehen.

JL: Es kostet unfassbar viel Energie und Durchhaltevermögen, urbane Resträume zu bespielen.

CK: Vor drei Jahren waren wir noch wesentlich radikaler. Heute geht es uns weniger darum, dass Verordnungen fallen, sondern darum, dass sie sich verändern können. Wenn es weniger Regeln gibt, heißt das nicht automatisch, dass der Handlungsspielraum größer wird.

CM: Worauf bezieht sich diese Erfahrung?

JL: Auf alles Mögliche – egal ob es sich um ein Modegeschäft oder eine Bar handelt. Die Fülle von Auflagen ist teilweise absurd. Oft bräuchte man eine eigene Projektleitung, die sich nur mit den Magistraten befasst.

CM: Neben der temporären Bespielung durch die Gastronomie wie im Fall der „Betonküche“ oder der Nachnutzung wie bei „Urbanauts“ ist ein dritter Aspekt eurer Projekte, dass jede einzelne Einheit eine gewisse Autarkie besitzt. Es handelt sich zwar um kleine Räume, zugleich bildet ihr aber das gesamte Servicepaket eines Hotels ab, indem ihr die Dienstleistungen mit der Umgebung vernetzt. Ist das der Clou der Sache?

CK: Absolut. Unser Hintergrund ist poststrukturalistisch geprägt. Wir müssen überhaupt kein Hotel mit zweihundert Betten und einer funktionierenden Infrastruktur mit Restaurant und Bar in einem Gebäude realisieren, wenn es all das bereits vor Ort gibt. Warum Dinge erfinden, die andere bereits besser machen? Wir verstehen unsere NachbarInnen als „Fellows“. Ihre Services bieten wir unseren Gästen, neben den Zimmern, nur zu gerne an. Ausgehend von dieser Kleinteiligkeit erzeugen wir ähnliche Quadratmeter und Serviceleistungen, allerdings horizontal in der Stadt verteilt und mit einem anderen physischen Zugang als beim traditionellen Hotel.

CM: Was heißt das konkret?

CK: Im Belvedere-Grätzl gibt es z. B. fünf Zimmer, frühstücken geht man ins Café Goldegg, ein altes Wiener Kaffeehaus, es gibt einen Wellnessbereich, ein marokkanisches Hamam, das sich „Mon Corps“ nennt,

die Edelgreißlerei Opocensky bietet ein hervorragendes Mittagessen. All diese Services bilden sich auf Stadtkarten ab, die wir unseren Gästen nahebringen, ohne dabei eine Konsumempfehlung auszusprechen.

CM: Man bekommt ein Zimmer ohne Frühstück, kann eurer Empfehlung folgen oder auch ins Sacher oder zum Würstelstand gehen. Seid ihr durch diese infrastrukturelle Anbindungsfrage auf bestimmte Areale in der Stadt limitiert?

JL: Eigentlich nicht. Wir entwickeln das System gerade auch im 12. Bezirk am Meidlinger Markt und im 2. Bezirk am Karmelitermarkt. Es gibt dort teilweise ein anderes Publikum, aber im Prinzip existieren überall ähnliche Möglichkeiten.

CK: Die einzige Einschränkung, der wir unterliegen, ist die städtische Konditionierung. Die Gegend muss räumlich spannend sein und einen speziellen Charakter haben. Nicht jede Ecke in der Stadt lässt sich so abbilden, dass die Bedürfnisse von internationalen BesucherInnen befriedigt werden.

JL: Man muss das von zwei Seiten betrachten: Wir verfolgen einen urbanistischen und einen realwirtschaftlichen Ansatz. Witzigerweise finden beide gut zueinander. Unsere Grundideen waren Verdichtung und der Versuch, neue Leute in das Viertel zu holen. Verdichten, indem man verschiedene Punkte miteinander vernetzt. Wenn keine Verdichtung vorhanden ist, wird es nicht funktionieren.

CM: Gibt es außer der Hotellerie noch andere Ideen für den Umgang mit Leerständen?

JL: Es gibt eine Vielzahl von Konzepten und Ideen. Wir haben uns am Thema ziemlich abgearbeitet und sehen unsere Aufgabe mittlerweile darin, die Aufmerksamkeit vieler auf diese leere Leinwand zu lenken. Auch zu Beginn der frühen 1980er-Jahre wusste man zunächst nicht, was man mit leer stehenden Fabrikgebäuden anfangen soll. Dann kamen KünstlerInnen, ArchitektInnen und DesignerInnen, und mittlerweile sind das teilweise die teuersten Immobilien.

CM: Eine andere Variante wäre vielleicht eine dezentrale, ambulante ärztliche Versorgung?

JL: Definitiv. Wir verstehen die Sockelzone als halb öffentliche Zone, auf die man schneller Zugriff hat, als wenn man zuerst drei Stockwerke überwinden muss. Wenn wir über Barrierefreiheit sprechen, ist gesundheitliche Versorgung natürlich eine großartige Möglichkeit.

CM: Lofts zählen zu den teuersten Räumen. Für viele, die jetzt in die Stadt ziehen, sind solche Räume nicht erschwinglich. Wie haltet ihr es mit dem Thema Gentrifizierung?

JL: Der Begriff „Gentrifizierung“ ist problematisch. Überall, wo sich etwas bewegt, kommt es zu Veränderungen. Wir sind aber nicht blind und hegen große Empathie und soziales Engagement. Alles beim Alten zu belassen bringt aber auch nichts. Durchmischung ist meiner Meinung nach ein bezeichnendes Wort, etwas in Bewegung zu bringen. Es ist okay, wenn Lofts teuer sind – es muss nicht jeder in einem Loft wohnen. Gewisse Leute haben das erkannt, und jetzt sind wir bei Gassenlokalen, die eine ähnliche Qualität vorweisen können. Gleichzeitig muss man sich aber um den sozialen Wohnbau kümmern, damit die Mieten im Altbau nicht zu hoch werden und genügend Wohnungen vorhanden ist. Durch einen intelligenten Mix kann der negative Touch der Gentrifizierung abgefedert werden.

Photo: Markus Kaplan



Grätzlhotel Belvedere

Man kann Menschen lange damit beschäftigen, sich irgendwie einzubringen, während die letzten Grundstücke verkauft werden.

CM: „Urbanauts“ hat sich als erfolgreich erwiesen?

CK: Wir machen gerne kleine Schritte. Mit den Gästezimmern haben wir keinen baulichen Impact auf die Stadt. Das sind eher kleine Nadelstiche in der Nachbarschaft, aber das erste Feedback ist hervorragend. Die NachbarInnen teilen mit den Gästen Erlebnisse, die für sie eine neue Qualität darstellen.

JL: Auch viele kleine Nadelstiche können starken In- und Output bewirken. Ich glaube, dass sich dadurch einiges ändern kann. Auf dem Meidlinger Markt kann man dabei zuschauen, wie sich etwas bewegt.

CM: Was macht ihr dort konkret?

JL: Wieder Hotelzimmer.

CM: Ich übertreibe jetzt: Das Café Goldegg könnte eigentlich zusperren, aber weil eure Hotelgäste dorthin gehen, machen sie weiter.

JL: Ja, so ungefähr! Jemand kommt, tut etwas, die anderen sehen zu, erkennen das und wollen auch dorthin.

CM: Wenn ihr die Stadt als Leinwand seht, seid ihr sozusagen die Regisseure der Stadt. Welches Bild von Wien wollt ihr vermitteln?

JL: Ich habe das Gefühl, dass sich Wien im Umbruch befindet. Es passiert noch in sehr kleinem Rahmen, im Sinne einer Abwanderung jener, die noch in den alten Strukturen verhaftet sind. Wir wollen in dieser Zeit des Umbruchs mitagieren. Wir versuchen, in einer Art Minirevolution die Stadt zu verändern.

CM: Österreich generiert eine enorme Wirtschaftsleistung über den Tourismus, indem es permanent seine natürlichen und kulturellen Ressourcen verkauft. Vielleicht ist vieles nicht passiert, weil man sich schon immer auf diese einträgliche Einnahmequelle verlassen hat.

JL: Darauf wird man sich aber nicht ewig verlassen können.

CK: Es geht nicht darum, alles gleich abzulösen, sondern darum, Dinge zu ergänzen, weiterzudenken und weiterzuentwickeln. Bewegung und Verdichtung sind die zwei Hauptfaktoren, die eine Stadt interessant machen.

CM: Ihr seid keine Architekten, die darauf warten, dass ein Hotelier kommt, sondern ihr seid selbst unternehmerisch tätig und habt euch mit einem zweiten Standbein aus dieser Abhängigkeit befreit. Könnt ihr das noch weiter erläutern?

CK: Wir haben die Rolle des/der ArchitektIn so definiert, dass er oder sie unternehmerisch tätig wird, um Perspektiven zu ermöglichen und erlebbar zu machen.

JL: Wir haben gemerkt, dass es sehr schwierig ist, jemandem etwas vollkommen Neues zu erklären. Da haben wir uns gesagt: Wenn es keiner versteht – und zu Beginn hat es wirklich fast niemand verstanden –, machen wir es eben selbst. Nun merken wir, dass die Idee angenommen wird und wir damit spielen können. Am Beispiel der Gästezimmer ist es z. B. die Außenmauer mit ihren knapp achtzig Zentimetern Tiefe, die eine unglaubliche räumliche Schwelle darstellt. Sie definiert den Raum zwischen außen und innen. Das kann ich niemandem erklären, das muss man erleben, wenn man von der Straße sein höchst intimes Hotelzimmer betritt.

CM: Andere ArchitektInnen agieren parallel auch als BauträgerInnen.

JL: Mein Gefühl sagt mir, dass es stärker in diese Richtung gehen wird. Die Form wird immer unwichtiger, und ArchitektInnen sind zunehmend dazu angehalten, neue Funktionen zu finden. Im Prinzip ist das Projektentwicklung. Die erste Frage dreht sich nicht um die Form, sondern lautet: Was tu ich dort überhaupt? Solche Ideen werden von ArchitektInnen oft gratis zur Verfügung gestellt, nur damit sie am Schluss die Form entwerfen dürfen. Bezahlt werden wir aber nur für die Form. Das ist problematisch.

CM: Dem stimme ich zu. Unser Biennale-Beitrag handelt demnach auch von der sozialen Relevanz der Architektur.

JL: Im Moment ist das sogar das Wesentliche.

CM: Ihr habt euch ja auch mit dem Flüchtlingsthema beschäftigt.

JL: Auch, aber eher peripher. Großartige Menschen wie z. B. Sophie Pollak haben im Sommer unter großer Anstrengung private Initiativen wie „happy.thankyou.moreplease!!“ und „Wer ein Menschenleben rettet, rettet die ganze Welt“ gegründet, bei letzterer haben wir im Sommer Flüchtlinge mitbetreut. Das war im Prinzip eine rein private Geschichte, bei der wir unser bisheriges Wissen nicht anwenden konnten.

CM: Warum nicht?

JL: Wenn man mit menschlichem Leid konfrontiert ist, sind andere Aspekte wichtig. Wir stellten Raum zur Verfügung, wobei wir die gelernten Dinge hier und da einbringen konnten. Viel wichtiger war aber, gemeinsam mit den Schutzsuchenden die ersten Schritte aus der Flucht in unsere Gesellschaft zu gehen. Mittlerweile haben einige von ihnen bereits Asylstatus.

CM: Als Architekt warst du hier also weniger gefragt?

JL: Wenn man nahe dran ist an den Menschen, ist man zuerst als Mensch gefragt. Wenn man diese Menschen als Masse betrachtet, der geholfen werden muss, wird der Architektenblick wichtig.

Über Kohlmayr Lutter Knapp

Erfahrungen im Bereich der Gastronomie und der temporären Nutzung hat das 2010 von den drei namengebenden PartnerInnen gegründete „Büro für systemisches Design“ bereits am Beginn seiner Tätigkeit gesammelt – mit dem Projekt „Betonküche“. Dabei wurden leer stehende Gassenlokale an unterschiedlichen Standorten in Wien für jeweils einen Abend in Pop-up-Restaurants verwandelt, die bis zu vierzig Gästen Platz boten. Dieser situationistische Ansatz wurde unter dem Namen „Urbanauts“ in Form von Hotelzimmern weitergeführt und zuletzt unter der Dachmarke „Grätzlhotel“ ausgebaut und professionalisiert. Kohlmayr Lutter Knapp zählt zu den interessantesten Büros der jüngeren Generation – nicht nur wegen seiner raffinierten Innenraumgestaltungen von Restaurants (etwa dem Mochi in Wien), sondern auch weil es als Planer ebenso wie als Unternehmer und Berater agiert.

www.kohlmayrlutterknapp.com

Über „Grätzlhotel“

Mit rund fünf Millionen TouristInnen pro Jahr zählt Wien zu den Top Ten der weltweiten Reisedestinationen. Tourismus ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und ein attraktiver Markt für eine wachsende Anzahl von HotelanbieterInnen, die unterschiedliche Konzepte verfolgen. Mit seiner vertikalen Struktur und der Vernetzung zum jeweiligen urbanen Umfeld versteht sich das „Grätzlhotel“ als qualitätsvolle, professionelle und gewerbliche Antwort auf Airbnb und als Impuls für die Bezirksentwicklung. Das von Hotelprofis, vom Büro Kohlmayr Lutter Knapp sowie von BWM Architekten geleitete Unternehmen betreibt aktuell an drei verschiedenen innerstädtischen Standorten insgesamt 21 Gästezimmer und Suiten, die zugleich von den Architektenteams gestaltet wurden.

www.graetzlhotel.com

DESIGNING THROUGH MAKING

Teamwork, sozialer Mehrwert, großes ehrenamtliches Engagement, technologische Innovation und Belebung des Stadtraums sind charakteristische Merkmale der Projekte, die das „design.build studio“ der Technischen Universität Wien in den letzten 15 Jahren realisiert hat. Ein Gespräch mit dem Leiter des Studios Peter Fattinger über „Learning by Doing“, die Beliebtheit von Gemeinschaftsküchen und seine Gefühle, wenn die Bagger kommen.



Photo: Peter Fattinger

Multifunktionales Gebäude für ein Waisenhaus auf Nias Island, Indonesien, 2007

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Peter Fattinger (PF)

Die ersten Design-Build-Initiativen wurden in den 1980er-Jahren vor allem an amerikanischen Universitäten gestartet, um die Verbindung von Lehre, Forschung und Praxis zu intensivieren und sich zugleich verstärkt sozialen und kommunalen Aufgabenfeldern zu widmen. Im Rahmen von Design-Build-Studios erhalten ArchitekturstudentInnen die Möglichkeit, sämtliche Phasen eines realen Bauprojekts vom Entwurf bis zur Fertigstellung zu durchlaufen. Die TeilnehmerInnen arbeiten im Team und idealerweise auch in einem Raum zusammen und sind gefordert, sich mit allen Aspekten der Umsetzung auseinanderzusetzen und dabei auch selbst Hand anzulegen. Abgesehen vom sozialen Mehrwert vieler Design-Build-Projekte bietet die Methode auch die Möglichkeit, die Rückkoppelung zwischen Planung und Umsetzung genauer zu studieren und insofern auszunutzen, als Entwicklungen auf der Baustelle in die Planung rückfließen können.

Zu den aktuellen Projekten des „design.build studio“ an der Technischen Universität Wien gehört „OPENmarx“, die temporäre Zwischennutzung einer rund 40.000 Quadratmeter großen Stadtbrache im Wiener Stadtteil St. Marx im 3. Bezirk. Dieses ehemalige Areal des Wiener Schlachthofs, das sich schon seit Jahren im Wandel befindet, wird in Form von mobilen Modulen mit Werkstätten, Küchen, Veranstaltungs- und Lernräumen sowie Sportmöglichkeiten ausgestattet, die den AnrainerInnen aus der Umgebung, aber auch den Bewohnern der

Photo: Peter Fattinger



StudentInnen bei der Errichtung eines multifunktionales Gebäudes auf Nias Island, Indonesien, 2007

Die Zeit der StararchitektInnen ist meiner Meinung nach vorbei.

Flüchtlingsunterkunft „Haus Erdberg“ zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen. Für die Betreuung und die Programmierung sorgen verschiedene soziale und kommunale Einrichtungen und Initiativen sowie das future.lab der Technischen Universität Wien.

CM: Ich möchte unser Gespräch zunächst auf die Methode und dann auf die Inhalte deiner Projekte fokussieren, wobei mir klar ist, dass man das eigentlich nicht trennen kann. Du leitest das „design.build studio“ an der TU Wien. Solche Studios, in denen Studierende gemeinsam konkrete Projekte planen, aber auch umsetzen, gibt es mittlerweile an vielen Universitäten.

PF: In den USA hat „Design-Build“ im akademischen Rahmen bereits eine längere Tradition. In Europa hat sich diese Methode vor allem im Lauf der letzten zehn Jahre durchgesetzt. Ich habe vor 15 Jahren an der TU Wien damit begonnen. Der Kreis der Architekturschulen, die Design-Build-Lehrveranstaltungen anbieten, wächst stetig. In der Zeitschrift „ARCH+“ wurde aktuell sogar von einem „design-build movement“ geschrieben. Gemeinsam mit der TU Berlin sowie mit einigen außereuropäischen Universitäten haben wir das Design-Build-Knowledge-Network gegründet, eine Plattform, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Implementierung, Verbreitung und Zukunftsfähigkeit der Design-Build-Methode an Architekturschulen zu fördern. Vom 1. bis 3. Juni 2016 veranstalten wir dazu an der TU Wien auch die internationale Design-Build-Konferenz und Ausstellung „HANDS ON. enhancing architectural education“.

CM: Kann man daraus eine Selbstkritik der Unis ableiten in dem Sinne, dass Design-Build-Studios besonders praxisorientiert und partizipatorisch angelegt sind als Ausgleich zur Theorielastigkeit und zum Frontalunterricht?

PF: Ich sehe das „design.build studio“ einfach als Ergänzung oder Anreicherung des Architekturstudiums. Man kann viel von dem, was man theoretisch lernt, praktisch anwenden und überprüfen. Es wäre aber unmöglich und unsinnig, ein solches Studio als verpflichtende Lehrveranstaltung für alle Studierenden anzubieten. Es erfordert viel Einsatz, Engagement und Zeit, daran teilzunehmen. Insofern ist es essenziell, dass sich nur jene Studierenden dafür anmelden, die es auch wirklich machen wollen, und zwar zu hundert Prozent. Heute tendieren viele Studierende leider dazu, schnell durch das Studium zu rasen.

CM: Ihr entwickelt nicht nur ein konkretes Projekt und setzt es um, sondern ihr beobachtet auch, wie das Projekt nach der Fertigstellung weiterläuft.

PF: Da unsere Projekte in der Regel gemeinnützige bzw. öffentliche Bauwerke sind, haben wir jederzeit Zugang und somit Einblick, wie sie sich in der laufenden Benutzung bewähren. Wir gewinnen Erkenntnisse, nicht nur in konstruktiver Hinsicht, sondern auch dahingehend, wie sich der Raum anfühlt, wie er unter dem Nutzungsdruck des Alltags funktioniert und wie er von den NutzerInnen angenommen und eventuell auch adaptiert wird.

Das Ziel unserer Projekte ist jedenfalls nicht darauf reduziert, einfach nur ein Bauwerk zu realisieren, es geht vielmehr auch darum, den Studierenden die Möglichkeit zu geben, die unmittelbaren Auswirkungen ihres Denkens, Kommunizierens und Handelns in einem breiteren Kontext zu erleben und zu verstehen.

CM: War das „design.build studio“ an der TU Wien eine Initiative, die von unten, von den Studierenden, kam oder von oben, von den Dekanen?

PF: Weder noch. Als ich im Jahr 2000 im Rahmen der Gastprofessur des Atelier Van Lieshout die Möglichkeit bekam, gemeinsam mit Joep van Lieshout an der TU Wien zu unterrichten, nutzte ich dies dazu, mit Studierenden eine modulare, temporäre Intervention im urbanen Raum zu entwickeln, zu bauen und zu bespielen. Dieses Projekt war

Photo: Markus Fattinger Architektur fotografie



OBENauf, bed & breakfast at Caritas Bauernhof Unternalb, Retz, 2016

Gerade für soziale Einrichtungen ist es wichtig, über gute Architektur einen Mehrwert zu schaffen.

Die besondere Qualität des Areals in Erdberg besteht darin, dass man es noch formen kann und dass sich die NutzerInnen dabei auch einbringen können.

der Grundstein für das „design.build studio“, das ich in den folgenden 16 Jahren kontinuierlich an der TU Wien auf- und ausgebaut habe.

CM: So ein „design.build studio“ agiert wohl öfters unakademisch. Studierende tun in diesem Rahmen wahrscheinlich auch Dinge, für die sie offiziell noch gar nicht zertifiziert wurden.

PF: Ja, das stimmt zum Teil. Natürlich kooperieren wir mit ZiviltechnikerInnen, die uns bzw. unsere Projekte pro bono auf den behördlichen Genehmigungswegen begleiten. Was die handwerkliche Komponente in der Umsetzung betrifft, haben allerdings die wenigsten Studierenden vorab Erfahrung. Das ist aber kein Hinderungsgrund, denn „Learning by Doing“ ist in unserem Studio ein zentrales Motiv.

CM: Das Prinzip „Learning by Doing“ steht in einer gewissen Spannung mit dem Selbstverständnis einer Ausbildungsinstitution, die kanonisiertes Wissen vermittelt.

PF: Dieses Wissen bildet die Grundlage. Im „design.build studio“ erlebt man dann die ganze Komplexität und Bandbreite der Prozesse, die man von der ersten Idee und Skizze bis hin zur eigenhändigen baulichen Umsetzung durchläuft. Dabei spielt auch die Kommunikation mit BauherrInnen, FachplanerInnen, Firmen, HandwerkerInnen, zukünftigen NutzerInnen und Behörden eine wesentliche Rolle. Die Studierenden arbeiten dabei kollaborativ, als großes Team, und tragen kollektiv die Verantwortung und die Konsequenzen ihres Handelns. Sie lernen, mit kleinen Budgets, engen Zeitplänen und unerwarteten Problemen umzugehen, und – das ist eigentlich das Wichtigste – sie werden mit dem Reibungswiderstand konfrontiert, der in der Regel auftritt, wenn man Pläne in die gebaute Wirklichkeit übersetzt. Alle diese Einflussfaktoren finden im Studium in der Regel kaum Beachtung.

CM: Die gesamte Arbeit im „design.build studio“ geht oft über mehrere Semester und wird in der Gruppe geleistet.

PF: Teamarbeit ist ein wichtiger Faktor. Üblicherweise werden im Architekturstudium Design-Studios als Einzelarbeiten, maximal in Zweiergruppen absolviert. Im „design.build studio“ sind es mitunter 25 Studierende, die ein gemeinsames Projekt entwickeln und umsetzen. Dass sich die Laufzeit oft über mehrere Semester erstreckt, ist für die beteiligten Studierenden zeitlich schon eine ziemliche Herausforderung, zumal sie parallel ja auch viele andere Lehrveranstaltungen zu besuchen haben.

CM: Es gibt in den letzten Jahren ein stärkeres Bewusstsein dafür, dass Architektur Teamwork erfordert. Zugleich ist Architektur aber nach wie vor eine Disziplin, die stark auf die Leistungen von Einzeltalenten fokussiert, nicht zuletzt auch in der Ausbildung.

PF: Die Zeit der StararchitektInnen ist meiner Meinung nach vorbei. Es gibt heute in der Architektur viel mehr Kollektive, die gemeinsam agieren. Auch den Studierenden ist dieser Umbruch bewusst. Heutzutage lässt sich Architektur am besten im Team betreiben. Es handelt sich aber natürlich um einen Sonderfall, wenn wie im „design.build studio“ 25 Studierende gemeinsam einen Entwurf erarbeiten. Das ist ökonomisch für die spätere Architekturpraxis nicht unbedingt ratsam.

CM: Ein weiteres Spezifikum liegt in der sozialen Ausrichtung der Projekte. So wurden vom „design.build studio“ bisher zahlreiche Projekte für die Caritas, aber auch für andere NGOs realisiert. Das Spektrum reicht von einer „actionFabrik“ für sozial engagierte Jugendliche in Wien über ein Bed-and-Breakfast-Hotel, das u. a. von Menschen mit Behinderungen betrieben wird, bis zu Kindergärten in Südafrika und zahlreichen Projekten im öffentlichen Raum.

PF: Gerade für soziale Einrichtungen ist es wichtig, über gute Architektur einen Mehrwert zu schaffen. Meistens verfügen diese Institutionen aber nicht über das nötige Budget, um Architekturbüros zu engagieren. Da wir im Rahmen einer Design-Build-Lehrveranstaltung agieren, können wir nicht nur Planungsleistungen, sondern auch die Workforce der Studierenden bei der Umsetzung pro bono einbringen.

Außerdem können wir, ohne ökonomischen Zwang, im großen Team deutlich mehr Zeit investieren als wirtschaftlich agierende Büros. Diesen Zeitbonus nutzen wir, um zu experimentieren und neue Lösungen zu entwickeln. Der Ansporn für die beteiligten Studierenden ist, mit einem meist sehr kleinen Budget, aber dafür einem umso größeren geistigen sowie körperlichen Einsatz Architektur mit Mehrwert zu schaffen.

CM: Wir haben im Rahmen von „Orte für Menschen“ gemerkt, dass es gar nicht so einfach ist, sich zu engagieren, weil es auch Skepsis aufseiten der sozialen Institutionen gibt oder zumindest Unsicherheit darüber, was ArchitektInnen überhaupt einbringen können. Das „design.build studio“ hat schon oft beispielsweise mit der Caritas zusammengearbeitet. Ich nehme an, ihr müsst nicht mehr erklären, was ihr überhaupt macht.

PF: Nein, zum Glück nicht mehr! Das erste Projekt mit der Caritas liegt eigentlich schon 15 Jahre zurück. Wir haben damals gemeinsam mit dem Flughafensozialdienst versucht, die temporäre Wohnsituation für AsylwerberInnen in den Sondertransitbereichen am Flughafen Schwechat durch verschiedene Einbauten zu verbessern. Auf der indonesischen Insel Nias haben wir z. B. nach dem Erdbeben 2005 ein Waisenheim für die Caritas-Auslandshilfe erweitert. Beim Umbau eines Wiener Gürtelbogens zur „actionFabrik“, einem Kompetenzzentrum für sozial engagierte Jugendliche, war dann 2011 die youngCaritas Bauherrin. Erst kürzlich haben wir im Weinviertel den Bauernhof Unterhalb der Caritas, eine Tagesstätte für Menschen mit Behinderungen, um eine Werkstätte, die sich dem Thema Tourismus widmet, erweitert. Konkret wurde von uns ein denkmalgeschützter Trakt des Anwesens zu einem Bed and Breakfast umgebaut, das von Menschen mit Behinderungen betrieben wird. Unter dem Namen „OBENauf“ bietet dieser Beherbergungsbetrieb ein vielseitiges Angebot für bis zu zehn Gäste.

CM: Ich würde gerne über das aktuelle Projekt sprechen, das ihr ebenfalls wieder in Zusammenarbeit mit der Caritas durchführt. Der Schauplatz befindet sich zudem in unmittelbarer Nähe zum „Haus Erdberg“, also zu jenem Gebäude, das EOOS in unserem Auftrag für die längerfristige Nutzung durch Flüchtlingsfamilien adaptieren.

PF: Mit „OPENmarx“ wollen wir einen Ort schaffen, der zunächst temporär und später vielleicht auch permanent dem Austausch und der Begegnung der BewohnerInnen der Umgebung dient – zum einen der Bevölkerung aus dem angrenzenden Stadtteil und zum anderen der Bewohner des „Hauses Erdberg“. Das Areal von „OPENmarx“, eine 40.000 Quadratmeter große Brachfläche im Wiener Stadterweiterungsgebiet Neu Marx, ist besonders spannend, weil es bis dato noch nicht besetzt war. Er ist nicht vorbelastet, sondern kann eine neue Identität entwickeln. Wir schaffen auf diesem Gelände des ehemaligen Zentralviehmarkts einen komplett neuen Ort, mit dem Ziel, neue Formen der Begegnung und der Benutzung zu ermöglichen – speziell auch mit neuen Personengruppen wie z. B. den Flüchtlingen. Dazu werden wir verschiedene räumliche Settings anbieten, angefangen bei einer großen Gemeinschaftsküche über Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie ein Seminarhaus bis hin zu Gemeinschaftswerkstätten.

Die intensive Kooperation mit verschiedenen NGOs, Vereinen und lokalen Initiativen sowie die Involvierung interessierter Privatpersonen – jene, die in Wien aufgewachsen sind, genauso wie jene, die gerade in Wien angekommen sind – sind für den folgenden Aneignungsprozess und die

Photo: Hertha Hurnaus



actionFabrik, youngCaritas Kompetenzzentrum für sozial engagierte Jugendliche, Wien, 2013

Photo: Peter Fattinger



StudentInnen beim Aufbau des Mobilien Stadtlabor als Basis des Projektes OPENmarx, Wien, 2015

Temporäre Projekte haben dabei den großen Vorteil, dass man wesentlich mehr Spielraum zum Experimentieren hat als im engen Korsett der Permanenz.

längerfristige Bespielung besonders wichtig. So arbeiten wir u. a. mit der youngCaritas und dem Verein PROSA – Projekt Schule für alle zusammen und sind auch in regem Austausch mit EOOS und dem „Haus Erdberg“.

CM: Inwieweit basiert die Entscheidung, ob ihr dort eine Gemeinschaftsküche einrichtet oder Sportgeräte zur Verfügung stellt, auf der Analyse des Orts oder auf Erfahrungen, die ihr bereits woanders gesammelt habt?

PF: Da schöpfen wir aus dem Erfahrungspotenzial vorangegangener Projekte. Gerade das gemeinsame Kochen und Essen ist ein wichtiges Tool, das sich bei unseren temporären Projekten bisher immer wunderbar bewährt hat.

CM: Eine Küche einzurichten schadet demnach nie.

PF: Genau. Unsere Küchen wurden bisher immer intensiv genutzt, denn beim Essen kommen die Leute zusammen. Ich bin sehr optimistisch, dass das auch in Erdberg der Fall sein wird. Ihre Lage und Größe prädestiniert die Brachfläche auch für verschiedenste Freizeitaktivitäten, vom Drachensteigen-Lassen über Ballsport bis hin zum Fahrradparcours. Die Sport- und Freizeitgeräte, die wir vor Ort zur Verfügung stellen werden, sehen wir als Werkzeuge, um ein Miteinander zu generieren. Auch die Gemeinschaftswerkstätten haben an diesem Ort ein großes Potenzial. Wir werden u. a. eine Fahrradwerkstatt einrichten, der Leute ihre alten oder kaputten Fahrräder spenden können. Die Fahrräder werden dann gemeinsam mit den Flüchtlingen repariert und ermöglichen ihnen in der Folge unabhängige Mobilität in der Stadt. Viele Flüchtlinge haben mit Fahrrädern noch relativ wenig Erfahrung. Auf dem autofreien Gelände und in der Werkstatt können sie sich damit vertraut machen.

CM: Kann man auf dem Areal von „OPENmarx“ auch wohnen? Wohnraum wird ja am dringendsten benötigt.

PF: Wohnraum sollte woanders professioneller und langfristiger geschaffen werden. „OPENmarx“ ist ja ein Zwischennutzungsprojekt und momentan auf zwei Jahre befristet, mit Option auf Verlängerung. Anstatt Wohncontainer hinzustellen, die wieder nur notdürftig, temporär und improvisiert funktionieren würden, wollen wir dort bewusst ein breites Angebot jenseits des Wohnens etablieren, etwa für die Tagesbeschäftigung der Flüchtlinge. Dazu gehört auch, dass wir die Flüchtlinge am Aufbau und an der Gestaltung von „OPENmarx“ unmittelbar beteiligen und gemeinsam mit ihnen kontinuierlich weiterbauen wollen.

CM: Das Wörtchen „für“, das sich ja auch in unserem Titel „Orte für Menschen“ findet, birgt immer die Gefahr, dass denjenigen, die damit angesprochen werden, etwas übergestülpt wird, weil sie am Geschehen gar nicht beteiligt sind. ArchitektInnen planen dann für Flüchtlinge, die aber gar nicht mit am Tisch sitzen.

PF: Ja, diese Gefahr besteht, besonders natürlich bei Orten, die schon fertig sind, bevor die NutzerInnen überhaupt ins Spiel kommen. Die besondere Qualität des Areals in Erdberg besteht darin, dass man es noch formen kann und dass sich die NutzerInnen dabei auch einbringen können. Wir sind gerade dabei, mit der Caritas zu klären, wie weit und in welcher Phase die Flüchtlinge aktiv mitbauen können und dann auch entsprechenden Versicherungsschutz genießen.

CM: Wenn euch die Belebung der bisherigen Stadtbrache gelingt, dann werden das Gebiet und der Immobilienmarkt davon profitieren. Ihr könnt an diesem „Aufwertungsprozess“, den ihr mit verursacht habt, aber gar nicht partizipieren, weil ihr dann wieder umzieht.

PF: Ja, das ist natürlich immer die Misere bei einer Zwischennutzung.



Mobiles Stadtlabor im Resselpark,
Wien, 2014

Man spielt gewissen Marktmechanismen in die Hände, generiert einen Mehrwert für das Gebiet und muss dann trotzdem wieder die Zelte abbauen. Zugleich ist es aber auch eine großartige Möglichkeit, eine so große Fläche zumindest vorübergehend nutzen zu dürfen. Temporäre Projekte haben dabei den großen Vorteil, dass man wesentlich mehr Spielraum zum Experimentieren hat als im engen Korsett der Permanenz. Auf diese Weise kann Neues erprobt und diskutiert und somit im besten Fall ein nachhaltiger Entwicklungsprozess gestartet werden.

CM: Die Vorstellung, dass die Bagger dann anrücken, hältst du aus?

PF: Ja, die muss man aushalten.

CM: Vertraust du also darauf, dass die Immobilienentwickler zumindest einen Teil der Fläche weiterhin für gemeinschaftliche Zwecke offen halten, eben weil sich das Grillen und Gärtnern dort so gut eingebürgert hat und zur Attraktivität der Gegend beiträgt?

PF: Die Chance, dass einzelne unserer Anstöße später aufgenommen werden, sehe ich durchaus. So stellt für viele Bauträger die Nutzung und Belebung der Erdgeschosszone ein Problem dar. Unsere Nutzungsexperimente liefern hier Ideen, die auch längerfristig in der Sockelzone und im öffentlichen Raum implementiert werden könnten.

CM: „OPENmarx“ geht auf Erfahrungen zurück, die ihr im Rahmen des „Mobiles Stadtlabors“ gemacht habt. Das „Mobile Stadtlabor“ ist Teil von future.lab, einer Plattform für inter- sowie transdisziplinäre Forschung und Lehre an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien, und fungiert als mobiler Hörsaal und Seminarraum. Es hat auch auf dem Areal „OPENmarx“ seine Zelte, genauer gesagt seine Container aufgestellt und dort den Studierenden als Basisstation für die Entwicklung des Projekts gedient. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung wird der Einsatz von Containern immer wieder heftig diskutiert. Welche Erfahrungen habt ihr mit Containern gemacht? Auch wenn im Fall des „Mobiles Stadtlabors“ zwar niemand in einem Container wohnt, aber doch darin gearbeitet wird.

PF: Wir haben mit Containern gute Erfahrungen gemacht. Da Mobilität eine wesentliche Anforderung an das „Mobile Stadtlabor“ war, schien naheliegend, Container zu verwenden. Der Container ist ein einfaches und optimiertes Element, das auf Straßentransport getrimmt und leicht zu versetzen ist. Außerdem spielten die niedrigen Anschaffungskosten eine Rolle. Container waren einfach die günstigste Möglichkeit, um ein geschlossenes, wasserdichtes und statisch belastbares Ausgangsvolumen zu bekommen, das man dann sukzessive bearbeiten, ausbauen und adaptieren kann.



Parklife, multifunktionales Gebäude für
die Freizeitbetreuung von Kindern, Wien 2010

Die Mehrzahl der Bürocontainer, die jetzt für kurzfristige Unterkünfte adaptiert werden, ist innen jedoch schrecklich ausgestattet und wird zudem meist nur lieblos aneinandergereiht. Viel wichtiger als die Frage, ob die Wohnmodule nun Container oder Holzboxen sind, ist die Positionierung der Module zueinander, ob sie dazwischen Gemeinschaftsräume und Freiflächen aufspannen, die eine angenehme Aufenthaltsqualität haben und zusätzliche Nutzungen aufnehmen können.

CM: Ein Kritikpunkt an Containern für die Unterbringung von Flüchtlingen besteht darin, dass sie eine gewisse Nutzungsform nahelegen. Container werden dann nicht nur gerne an entlegenen Orten wie Autobahnabfahrten aufgestellt, sondern auch in Reih und Glied positioniert, um den Überblick zu erleichtern. Diese militärisch, polizeilich, administrativ und jedenfalls nicht architektonisch dominierte Art der Nutzung ist weitverbreitet und erscheint uns sehr bedenklich.

PF: Ja, das ist in der Tat extrem bedenklich! Vor allem die sozialräumliche Segregation ist in diesen Fällen ein Riesenproblem.

CM: Wäre eine durch Container strukturierte Wohnsiedlung dennoch für euch vorstellbar?

PF: Prinzipiell ja. Vorausgesetzt die Anlage befindet sich an einem stadt- und sozialräumlich geeigneten, sprich frequentierten, zentralen Ort und bietet zwischen den Wohnmodulen auch ein Angebot von Gemeinschaftsräumen und Freiflächen. Unter diesen Bedingungen könnte es durchaus Potenzial haben, auf innerstädtischen Brachflächen auch mit Containerelementen für Wohnzwecke zu arbeiten.

CM: Beides spielt auch bei eurem Projekt „parklife“ eine essenzielle Rolle. Dabei handelt sich um ein architektonisches „Add-on“ zu einem bestehenden Spielplatz unweit einer großen Wohnsiedlung aus den 1970er-Jahren im 22. Bezirk in Wien.

PF: In diesem Park wird schon seit mehr als 15 Jahren von der Wiener Parkbetreuung, konkret vom Verein „Institut für Erlebnispädagogik“, ganzjährig und unentgeltlich freizeitpädagogische Kinderbetreuung angeboten. Vor Ort waren die Indoor-Aktivitäten des Vereins in einer großen Bauhütte untergebracht, die allerdings aufgrund der Unterteilung in kleine Einzelräume nur sehr begrenzt nutzbar war. Es fehlte ein großer Gemeinschaftsraum. In Ergänzung zur bestehenden Struktur haben wir also „parklife“ als Bühne, Auditorium, Aktionsraum und multifunktionale Gebrauchsskulptur entwickelt, die sich auch nach außen in den umgebenden Stadtraum und Park öffnet.

CM: Es ist also eine Art „hybrides Haus“?

PF: Genau, es erlaubt verschiedene Nutzungen: Das Auditorium öffnet sich in den Park und dient auch als Bewegungsraum. Die großzügigen Sitzstufen erschließen wiederum einen höher gelegenen, gepolsterten Rückzugsbereich, der einen weiten Ausblick über den Park bietet. Die Werkstatt befindet sich unter der Tribüne und öffnet sich mit einer großen Falltür zum angrenzenden Bauspielplatz hin. Dort können die Kinder unter Anleitung und Aufsicht mit verschiedenen Baumaterialien und Werkzeugen experimentieren.

Räumlich bricht das Gebäude durch seine ungewöhnliche Form und die unterschiedlichen Winkel, Ecken und Raumhöhen mit der monotonen Umgebung. „parklife“ soll den Kindern und Jugendlichen, die in den Plattenbauten der Siedlung Rennbahnweg in relativ begrenzten räumlichen Verhältnissen aufwachsen, als Gegenpol ein freieres Raumerlebnis bieten und bewusst als andersartiges Objekt aus der Umgebung herausstechen.

CM: Welche Rolle spielen ästhetische oder gestalterische Überlegungen?

PF: Wir wollten mit „parklife“ einen Identifikationsort für die Kinder und Jugendlichen schaffen. Durch die sehr spezielle Form und die knallige rote Farbgebung der Polyurethanoberfläche erfüllt es natürlich auch eine gewisse Landmark-Funktion.

CM: Apropos spezielle Form: sämtliche Projekte des „design. build studio“ sind in einem speziellen Kontext entstanden, den sie inhaltlich auch jeweils reflektieren. Zugleich verfolgen diese Projekte immer soziale Zwecke, und der Bedarf auf diesem Gebiet ist natürlich enorm. Wäre es daher möglich, nicht nur Prototypen zu entwickeln, sondern sogar einige davon in Serie herzustellen? Auf diese Weise könnten mehr Menschen davon profitieren.

PF: Das wäre natürlich ein interessanter Aspekt. Es hat sich bis jetzt aber meist so ergeben, dass wir für ganz spezielle NutzerInnen und Einrichtungen geplant und dabei vor allem auf den

konkreten Kontext des Orts reagiert haben. Es bieten sich aber auch innerhalb dieser Projekte gewisse Teilbereiche an, die man durchaus vervielfältigen bzw. in Serie herstellen könnte.

Über „design.build“

Das von Peter Fattinger im Jahr 2000 an der Abteilung für Wohnbau und Entwerfen der Technischen Universität Wien gestartete Studio bietet Studierenden die Möglichkeit, kleinere Projekte mit sozialer Ausrichtung gemeinsam im Team vom Entwurf bis zur Realisierung komplett zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Das Spektrum der solcherart realisierten Projekte reicht von begeh- und benutzbaren temporären Installationen im öffentlichen Raum wie „Add-on“ im 20. Bezirk in Wien über das „Mobile Stadtlabor“, das an verschiedenen Standorten in Wien zum Einsatz kommt, bis zu Notunterkünften für AsylwerberInnen oder dauerhaften Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen in Wien, Südafrika und Indonesien.

www.design-build.at

Über Peter Fattinger

Nach seinem Architekturstudium an der Technischen Universität Wien war Peter Fattinger (geb. 1972) als Projektleiter im Atelier Van Lieshout in Rotterdam tätig, wo er für temporäre Interventionen im öffentlichen Raum wie das Kunst- und Diskursprojekt „RE-public“ mitverantwortlich war. Im Zuge einer Gastprofessur von Joep van Lieshout kehrte Peter Fattinger als dessen Assistent an die TU Wien zurück, wo er ab dem Jahr 2000 damit begann, das „design.build studio“ aufzubauen. Abgesehen von seiner Tätigkeit als Leiter dieses universitären Studios betreibt er gemeinsam mit Veronika Orso ein Architekturbüro, das ebenfalls auf experimentelle, meist temporäre Projekte an der Schnittstelle von Architektur, Design, Kunst und Urbanismus spezialisiert ist, die das Team von der Konzeption bis zur Umsetzung selbst betreut.

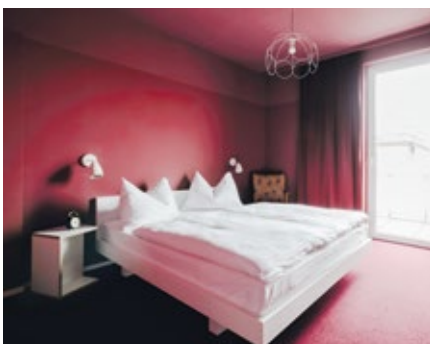
www.fattinger-orso.com

CELEBRATING DIVERSITY

Es ist weitgehend unbestritten, dass Arbeit einen zentralen Faktor für erfolgreiche Integration bildet. Zugleich ist in Österreich der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende, aber auch für anerkannte Flüchtlinge schwierig. Ein Gespräch mit dem Architekten Herwig Spiegl von AllesWirdGut über das Social-Business-Projekt „magdas HOTEL“ in Wien, das Arbeitsplätze für Menschen mit Fluchthintergrund schafft, dessen Skalierbarkeit und die Parallelen zwischen Hotel- und Wohnbau.



Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Herwig Spiegl (HS)
Photos: AllesWirdGut/Guilherme Silva Da Rosa (2015)



In Österreich dürfen Asylsuchende laut Ausländerbeschäftigungsgesetz zwar nach drei Monaten arbeiten, uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen sie aber erst nach positivem Abschluss des Asylverfahrens bzw. wenn sie „subsidiären Schutz“ erhalten haben. Die Frage nach der durchschnittlichen Länge der Asylverfahren in Österreich lässt sich nicht exakt beantworten: Nach aktuellen Angaben des Innenministeriums beträgt die Dauer im Bereich der ersten Instanz 4,7 Monate. Die Caritas schätzt die durchschnittliche Verfahrensdauer auf rund ein Jahr. Zugleich wird immer wieder von Fällen berichtet, deren Dauer über diesen Durchschnittswerten liegt. Und auch nach positivem Verfahrensausgang gestaltet sich die Arbeitsuche für die meisten Betroffenen schwierig.

Genau an diesem Punkt setzt das innovative Projekt „magdas HOTEL“ an, das im Jahr 2015 in Wien eröffnet wurde. In rund eineinhalb Jahren war ein ehemals als Altersheim genutztes Gebäude aus den 1960er-Jahren in bester Grünlage beim Prater durch das Architekturteam AllesWirdGut und viele Freiwillige, darunter auch Flüchtlinge, in ein Hotel mit 78 Zimmern verwandelt worden. Von der Caritas und durch Crowdfunding



finanziert und als eines von aktuell vier Social-Business-Projekten unter der Dachmarke „magdas“ gestartet, unterscheidet sich dieses Hotel vor allem durch seine Belegschaft und den Betrieb: Etwa zwei Drittel der Angestellten sind Menschen mit anerkanntem Flüchtlingsstatus, subsidiär Schutzberechtigte oder jugendliche AsylwerberInnen, die dank einer gesetzlichen Ausnahmebestimmung im Betrieb eine Lehre machen dürfen. Abgesehen von den Gästen finden im „magdas HOTEL“ auch unbegleitete Minderjährige auf der Flucht in zwei Wohngemeinschaften Unterkunft.

Dieses intelligente Konzept ist nicht nur ein funktionierendes Geschäfts- und Ausbildungsmodell, das Arbeitsplätze schafft, sondern auch ein Beispiel für erfolgreiche, gelebte Integration, dem es auf diese Weise gelingt, Ängste und Vorurteile gegenüber Menschen mit Fluchthintergrund abzubauen.

CM: „magdas HOTEL“ ist das erste Social-Business-Hotel in Wien und auch das erste Hotel, das von anerkannten Flüchtlingen betrieben wird, denn der Großteil des Personals besitzt diesen Status. Was genau bedeutet „Social Business“?

HS: Die Grundidee besteht darin, über den eigenen wirtschaftlichen Erfolg sozialen Mehrwert zu schaffen. Im Vordergrund steht nicht allein Profitmaximierung. Mit dem erwirtschafteten Ertrag möchte man soziale Probleme gänzlich oder zumindest zum Teil lösen, und das macht „magdas HOTEL“ ganz konkret. Es nimmt sich zunächst des Problems der Langzeitarbeitslosigkeit an, das häufig eine Folge des AsylwerberInnenstatus ist. Außerdem versucht es, Vorurteile gegenüber dieser Personengruppe abzubauen, indem es zeigt, dass ein Hotel mit diesem Personal ganz normal funktioniert.

CM: Kannst du vielleicht etwas präzisieren, wie der Betrieb aussieht?

HS: Das ist relativ einfach. „magdas HOTEL“ ist ein sogenanntes Budget-Hotel. Also ein Hotel, wie wir es hier im Raum Wien zigfach vorfinden. Das Doppelzimmer kostet etwa siebzig Euro. Die Ausstattung entspricht dieser Kategorie: So gibt es z. B. keinen Wellnessbereich oder andere „Extras“. Die Mannschaft des Hotels besteht einerseits aus Profis, die viel Erfahrung in anderen Hotels dieser Welt gesammelt haben, und andererseits aus Personen, die aufgrund ihres Status als AsylwerberInnen vorher lange Zeit arbeitslos waren.

CM: Wir sprechen jetzt von anerkannten Flüchtlingen?

HS: Genau. Das sind Personen, die sich nicht mehr im Asylverfahren befinden, sondern bereits einen positiven Bescheid bekommen haben und sich dann mit dem Problem des schwierigen Eintritts in den Arbeitsmarkt konfrontiert sehen. Ähnliche Probleme haben ja auch viele ältere Arbeitssuchende, denn es gibt ihnen gegenüber zahlreiche Vorurteile.

CM: „magdas HOTEL“ ist also eine konkrete Arbeitsmarktmaßnahme, die von der Caritas gesetzt wurde, um tatsächlich Arbeitsplätze zu schaffen. Zugleich ist es aber auch eine Art „PR-Aktion“ für die Forderung, den Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen und anerkannte Flüchtlinge zu öffnen. Liege ich mit dieser Einschätzung richtig?

HS: Ob es eine bewusste PR-Aktion war, kann nur die Caritas beantworten. Aber beides ist möglich, beides ist auch legitim. Das Hotel an sich ist ein Arbeitsmarktservice in dem Sinn, dass es wie jede andere Beherbergungsstätte Arbeitsplätze schafft. „magdas HOTEL“ will den Beweis erbringen, dass es möglich ist, das Hotel im freien Wettbewerb mit Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Flüchtlingsvergangenheit zu betreiben. Ziel ist, den Anteil dieser Personen an der gesamten Hotelbelegschaft sukzessive zu erhöhen, einfach um möglichst viele Menschen in den Arbeitsprozess einzugliedern

Natürlich ändert diese Zahl nicht viel an der hohen Arbeitslosigkeit an sich, ausschlaggebend sind aber der Modellcharakter und der Symbolgehalt.

Auch ein Architekturbüro wie unseres profitiert von der Diversität der Menschen, die ihre unterschiedlichen Perspektiven und Talente einbringen.

und um zu beweisen, dass so ein Konzept auch funktioniert.

CM: Es handelt sich also um ein exemplarisches Projekt mit Signalwirkung. Man könnte vielleicht auch kritisch anmerken, dass die Schaffung von 25 Arbeitsplätzen im Vergleich zur Anzahl der Arbeitssuchenden wenig ist.

HS: Natürlich ändert diese Zahl nicht viel an der hohen Arbeitslosigkeit an sich, ausschlaggebend sind aber der Modellcharakter und der Symbolgehalt. Deswegen muss man sagen: „magdas HOTEL“ ist auch dann ein Erfolg, wenn es nicht mehr aus der Masse heraussticht, weil es schon gang und gäbe ist, solche Social-Business-Projekte zu betreiben.

CM: Der Hoteldirektor meinte in einem Statement, er möchte, dass die Gäste wegen des Service kommen, nicht weil sie von Menschen mit Fluchthintergrund betreut werden.

HS: Aus seiner Sicht ist das völlig richtig. Meines Wissens ist das Hotel sehr gut gebucht, was aber sicherlich auch mit seiner Besonderheit und mit dem Thema an sich zu tun hat. Ich halte beides für legitim. Jedes Hotel hat seine Zielgruppe. Unter den Gästen befinden sich viele Menschen, die dem Thema aufgeschlossen gegenüberstehen und Sympathie für das Projekt haben.

CM: Ein wichtiges Wort im Zusammenhang mit Business lautet „Skalierbarkeit“. Ließe sich „magdas HOTEL“ so skalieren wie etwa der Typus des Seminarhotels, von dem es in Österreich wahrscheinlich Hunderte gibt?

HS: Ich bin überzeugt, das Konzept wäre skalierbar. Die Qualität und der Reiz dieses Hotels beruhen auch auf der Tatsache, dass in ihm Menschen mit unterschiedlichsten Backgrounds tätig sind. Diese Vielfalt besitzt ganz konkrete Vorteile für die Gäste, sei es ein abwechslungsreiches Speisenangebot oder die Mehrsprachigkeit an der Rezeption. Abgesehen davon ist für mich auf jeden Fall die Grundaussage skalierbar, nämlich dass Vorurteile die Welt enger machen und zu Fehleinschätzungen führen.

CM: Dieser Grundgedanke lässt sich ja auch jenseits des Hotelgewerbes anwenden.

HS: Ja, natürlich. Auch ein Architekturbüro wie unseres profitiert von der Diversität der Menschen, die ihre unterschiedlichen Perspektiven und Talente einbringen. Der Vorteil von „magdas HOTEL“ besteht u. a. in der Vielfalt der Erfahrungen, die es bietet und die sich auch in seinem Design abbilden. In meinen Augen ist Vielfalt überhaupt ein produktiver und bereichernder Faktor.

CM: Ein Ort, an dem sich Vielfalt in besonderem Ausmaß manifestiert, aber idealerweise auch austauscht, ist die Stadt. Aus diesem Grund spielt die Stadt auch eine wichtige Rolle in unserem Projekt „Orte für Menschen“. Enthält „magdas HOTEL“ auch Elemente einer „Stadtvision“ für die Zukunft?

HS: Das Konzept ließe sich z. B. auf ein kleines Element der Stadt – nämlich den Wohnbau – übertragen. Ich bin absolut der Meinung, dass auch hier Diversität und Durchmischung für das Miteinander förderlich sind, sowohl auf der Ebene des Wohngebäudes an sich, aber auch in Bezug auf die Stadt und die gesamte Gesellschaft.

So gesehen kann man viele Aspekte auf die Stadt übertragen. Es gibt in diesem Hotel öffentliche und privatere Bereiche. Wir haben versucht, ganz bewusst Orte zu schaffen, an denen sich unterschiedlichste Menschen begegnen können, weil diese Begegnungen inspirierend sind und vor allem auch Ängste und Vorurteile abbauen. Meiner Meinung nach gilt das für die Stadt genauso.



Die Wohngemeinschaft ist eigentlich ein Erfolgsmodell, das in der Realität bisher nur von bestimmten Gruppen gelebt wird, was aber nicht so sein müsste.

In den Hotelzimmern gibt es übrigens keine Fernseher, was einen bewussten Verstoß gegen den herrschenden Standard darstellt.

Man kann hier wieder das aktuelle Thema der Parallelgesellschaften aufgreifen, das sich natürlich dann auch in der Stadt und ihren Besiedelungsdynamiken niederschlägt. Dieser Entwicklung gegenzusteuern ist wichtig, und so gesehen enthält „magdas HOTEL“ auch Elemente eines integrativen Stadtmodells.

CM: Wenn wir über Segregation und Parallelgesellschaften sprechen, kann man sagen, dass solche Phänomene abgesehen von den sozialen und politischen Implikationen auch deshalb problematisch sind, weil sie den Austausch von Ideen und dadurch die Innovationskraft einer Stadt schwächen. Die implizite These lautet: Unterschiedlichkeit ist produktiv.

HS: Für mich schon. Ich bin – wenn man so will – in der kreativen Branche tätig. Kreativität hat immer mit Überraschendem und Unerwartetem zu tun, und das kann man nicht unbedingt konkret planen. Manchmal muss das einfach passieren, und dazu gehören Irritationen, andere Sichtweisen und Perspektiven. Ich persönlich bin ein großer Fan von Heterogenität und Durchmischung. Es gibt immer dieses plakatative Gegeneinander-Ausspielen von Fortschritt, Innovation und Heterogenität gegenüber Tradition, Historie und Werten. Ich glaube, dass das kein Widerspruch sein muss – Koexistenz ist hier möglich.

CM: Welche Ideen, Konzepte oder Methoden, die ihr bei „magdas HOTEL“ angewendet habt, könnt ihr auch in anderen Bereichen nutzen, etwa im Wohnbau?

HS: Bei Wohnbau und Hotelarchitektur geht es jeweils um das Thema Beherbergung. Beide haben aufgrund der vielfachen Anforderungen auch klare Richtungen. Was ihnen gemeinsam ist, sind u. a. Angebote von öffentlichen, halb öffentlichen, halb privaten und privaten Flächen. Diese Bandbreite in der Stadt zu erzeugen ist unglaublich wichtig: vom Großen bis ins Kleine, von der Stadtplanung bis zum Wohnbau. Nötig sind Strukturen, die entsprechende Flächen für Gemeinschaft ermöglichen. Hier sehe ich Parallelen zwischen der Magdas Lounge, die so einen Ort darstellt, und den Freiraumangeboten der Wohnbauten, die wir momentan planen. Freiraum bedeutet im Wohnbau nicht zwangsweise nur einen grünen Innenhof. Es gibt Begegnungszonen, die sich mittlerweile nicht mehr nur auf das Wiener Stiegenhaus beschränken. Diese Begegnungszonen geben den Anreiz, das Umfeld kennenzulernen. Aktuell wird gepredigt, dass der private Raum kleiner werden muss, dass er leistbar wird. Das ist zwar nicht so, aber wenn es so wäre, würde der gemeinschaftliche Raum immer wichtiger. Das kann die Waschküche oder der vertikale Garten in einem Stiegenhaus sein. Die Leute kommen zusammen und schaffen gemeinsam etwas, das sie allein in dieser Form nicht erreichen würden. Hier sehe ich die Parallelen.

„magdas HOTEL“ führt die höchstmögliche Reduktion des privaten Raums vor, und das ist natürlich auch für den Wohnbau relevant. Das Zimmer ist eigentlich nur der Ort, an dem man schläft und sich wäscht. Die essenziellen Bedürfnisse in Bezug auf Intimität und Privatheit werden dort erfüllt, und diese Essenz wird sich meiner Meinung nach auch in Zukunft nicht groß ändern. Zugleich bietet das Hotel genug Raum für „Ressourcenteilung“. Diese Situation ist ja nicht neu, sondern aus Wohngemeinschaften bekannt. Die Wohngemeinschaft ist eigentlich ein Erfolgsmodell, das in der Realität bisher nur von bestimmten Gruppen gelebt wird, was aber nicht so sein müsste. „magdas HOTEL“ besitzt eine große Ähnlichkeit mit einer WG, wobei sich die Nutzungsdauer natürlich stark unterscheidet. Deutlich wird dieser Gedanke etwa in der Gestaltung der Lobby. Ich halte Hotel-Lobbys im Normalfall für einsame, triste Orte, weil dort kaum Begegnungen möglich sind, was viel mit der Architektur zu tun hat. Die Lobby in „magdas HOTEL“ besitzt viele Funktionen und Möglichkeiten. Sie ist öffentlich zugänglich und nicht nur Hotelgästen vorbehalten. Neben den 78 Zimmern gibt es zwei Wohngemeinschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Unbegleitete minderjährige

Wir waren phasenweise nicht mehr Kapitäne auf diesem Schiff, sondern Passagiere.

Flüchtlinge haben nicht das Problem, dass sie keine Beschäftigung finden, denn sie dürfen ja auch eine Ausbildung machen. Es gelingt ihnen auch, soziale Kontakte in der Stadt zu knüpfen und aufzubauen. Ihnen fehlt nur oft die Möglichkeit, diese zu leben. Sie können nicht in ein Kaffeehaus gehen, weil sie meistens das Geld dafür nicht haben. Für diese Personen bietet „magdas HOTEL“ mit seiner Lounge eine Art Wohnzimmer. Wir haben demnach schon Nachbarschaft, Hotelgäste, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und im Idealfall auch das Hotelpersonal, wenn es Pause macht. Das sind schon vier unterschiedliche Gruppen, die aufeinandertreffen, und diese Begegnungen machen den Aufenthalt besonders reizvoll. Nicht nur fernsehen, sondern Geschichten anders konsumieren. Auf diese Art und Weise entsteht für jede dieser Gruppen ein gewisser Vorteil oder Gewinn. In den Hotelzimmern gibt es übrigens keine Fernseher, was einen bewussten Verstoß gegen den herrschenden Standard darstellt.

CM: Bei „integrativer Architektur“ denkt man immer an die soziale Dimension, aber bei euch betrifft dies auch das „Management“. Am Realisierungsprozess waren viele unterschiedliche Player wie auch die Flüchtlinge selbst beteiligt.

HS: Dieser Prozess war etwas, das wir in der Form noch nicht gekannt oder noch nicht erprobt hatten. Da spielte Integration eine wesentliche Rolle. Der Planungsprozess hatte z. B. keinen klaren Start und Zielpunkt und konnte nicht linear abgearbeitet werden. Er war vielen überraschenden und ungeplanten Einflüssen ausgesetzt und hat sich eigentlich ständig gewandelt. Ein Klassiker in diesem Zusammenhang sind Sachleistungen von SponsorInnen, die oft sehr kurzfristig zustande kommen. Manchmal werden dann aber ganz andere Dinge gesponsert, als geplant war. Eine spezielle Herausforderung war auch der Umgang mit der Öffentlichkeit, denn das Projekt war von Anfang an viel in den Medien und hat dadurch natürlich sowohl wohlwollende als auch ablehnende Reaktionen erhalten. In diesem Fall haben wir versucht, Vorurteile und Ängste durch Aufklärung und Information abzubauen. Andererseits sind durch die Medienberichte auch viele Leute auf uns zugekommen, die sich engagieren und etwas beitragen wollten. Beide Dynamiken, Engagement und Protest, konnten wir natürlich nicht kontrollieren, wir mussten damit arbeiten.

Das erforderte oft eine Gratwanderung: genug Freiheit zu geben, um tolle, überraschende Dinge entstehen zu lassen, und gleichzeitig ausreichend Kontrolle zu bewahren, damit die Dinge nicht aus dem Ruder laufen. Letztlich handelte es sich um eine Baustelle, für die es Regeln gibt, die wir einhalten müssen. Dieses Spannungsfeld war auch deshalb interessant, weil sich die einzelnen AkteurInnen nicht von vornherein bestimmten Gruppen zuordnen ließen. Im Gegenteil: Sie waren genauso vielfältig wie die Menschen, die in Wien unterwegs sind.

CM: Nach drei oder vier weiteren „magdas HOTELS“ könnte der Planungsprozess zunehmend stromlinienförmiger ablaufen. So nach dem Motto: „In der Kalenderwoche 34 wird der Gemeinschaftsgarten von den GemeinschaftsgartenexpertInnen XY geliefert.“

HS: Richtig. Dann würden wir allerdings aus „magdas HOTEL“ ein Produkt machen bzw. seine Qualitäten auf das Reproduzierbare reduzieren. Dadurch ginge der wesentliche Aspekt verloren, nämlich genau das Ungeplante bzw. das Unplanbare. Für ArchitektInnen ist das vielleicht eher ungewohnt – fast auch bedrohlich, weil sie einen klaren Plan im Kopf haben und immer alles kontrollieren wollen.

Hier möchte ich nochmals einen Vergleich mit der Stadt machen: Natürlich versucht die Stadtplanung, wohlüberlegte und meistens jedenfalls gut gemeinte Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Ein Grund, warum viele dieser Konzepte aber letztlich zu enttäuschenden Stadträumen führen, liegt darin, dass sie nicht auf das Feedback durch die BenutzerInnen

reagieren können, weil es dann meistens schon zu spät ist. „magdas HOTEL“ war auch deshalb spannend, weil es auch aufgrund seiner Kleinheit für uns möglich war, ständig auf Feedback zu reagieren, das aus den unterschiedlichsten Richtungen kam. Das war oft schwierig, auch wegen der hohen Öffentlichkeit aller Vorgänge und der Vielzahl der Beteiligten. Wir waren phasenweise nicht mehr Kapitäne auf diesem Schiff, sondern Passagiere.

Zugleich muss ich zugeben, dass wir ArchitektInnen sind, die auch den kontrollierten, geplanten Prozess lieben, und dass ich nicht nur solche Projekte machen möchte. Aus diesem Grund haben wir dann auch beschlossen, unsere Erfahrungen zu dokumentieren. Wir haben ein Buch über „magdas HOTEL“ herausgebracht, um dieses Wissen und dieses Know-how allgemein zugänglich zu machen.

CM: Interessanterweise enthält dieses Buch keine Fotos vom fertigen Gebäude, keine Pläne und Grundrisse, dafür aber praktische Hinweise auf aktuelle Strategien, mit denen ähnliche Projekte angegangen werden könnten. Diese insgesamt 17 „Werkzeuge“ sind stark von der digitalen Kultur geprägt und reichen vom „Networking“ bis zum „Crowdfunding“. Eine spezielle Architektursprache und auch -typologie vermittelt das Buch hingegen nicht.

HS: Genau. Wir haben lange überlegt, ob wir es „Werkzeug“ nennen sollen, aber „Rezept“ erschien uns am treffendsten. Im Prinzip ist es etwas zum Nachkochen – eine Hilfestellung zum Nachmachen.

Es gibt im Buch auch eine Auflistung von anderen Projekten, die zeigen, dass die Ergebnisse total unterschiedlich sein können. Es hat mich zwar gefreut, aber auch gewundert, dass „magdas HOTEL“ den Staatspreis für Design bekommen hat, denn es handelt sich ja nicht um ein Produkt wie einen Kerzenständer von Philippe Starck. Es ist vielmehr das Ergebnis einer Zusammenarbeit vieler Leute, und seine Qualität hat nur bedingt mit der äußeren Form zu tun, die man fotografieren kann. Ich denke, Architektur geht längst darüber hinaus, und es gilt in vielen Bereichen neue Lösungen zu finden. Da möchten wir uns nicht auf Formfragen reduzieren lassen.

Über „magdas HOTEL“

Die Umgestaltung des Seniorenheims zu einem Dreisternehotel kostete rund 1,5 Millionen Euro, die von der Caritas in dieses Social-Business-Projekt investiert wurden. In spätestens fünf Jahren soll dieser Betrag durch die Einnahmen refinanziert sein. Durch Crowdfunding wurden zusätzlich rund 60.000 Euro eingespielt. Das Hotel verfügt über 78 auf Basis von Upcycling und Sachsponsorship individuell eingerichtete Zimmer in fünf Kategorien, von denen rund die Hälfte einen Balkon hat.

Das charakteristische Interior Design wurde maßgeblich von Daniel Büchel entwickelt und in Zusammenarbeit mit engagierten HelferInnen in einer eigens dafür eingerichteten Werkstatt produziert.

Das Hotel beschäftigt aktuell 27 MitarbeiterInnen mit Fluchthintergrund aus insgesamt 16 Nationen. Ein öffentlich zugängliches Restaurant mit Bar und Café im Erdgeschoss und zahlreiche weitere Kommunikationszonen im Innen- und Außenbereich bieten reichlich Raum für Begegnung und damit für jene spezielle, offene Atmosphäre, die den Erfolg des Hotels wesentlich ausmacht.

www.magdas-hotel.at

Über AllesWirdGut

„Probleme als Chancen“ zu betrachten war von Anfang an das Motto des 1999 gegründeten Architekturbüros. Wie produktiv sich dieser Ansatz erwiesen hat, lässt sich sowohl an der enormen Anzahl der mittlerweile realisierten Projekte als auch an der Vergrößerung des Teams vom ursprünglichen Kern der vier Gründer, darunter Herwig Spiegl (geb. 1973), auf aktuell fünfzig MitarbeiterInnen ablesen. Seit Kurzem auch mit einem zweiten Büro in München vertreten, ist AllesWirdGut vom Städte- über den Industrie-, Schul- und Wohnbau in allen Sparten und Maßstäben tätig, ohne Konzessionen an seine Qualitätsvorstellungen zu machen. Die ebenso straighte wie improvisierte Gestaltung von „magdas HOTEL“ bildet einen wesentlichen Faktor des Erfolgs und der enormen medialen Resonanz, die dieses vergleichsweise kleine Projekt gefunden hat.

www.alleswirdgut.cc/

GENTRIFY WISELY

Städte, Dörfer und Landschaften gehören zu den bevorzugten Aktionsfeldern der Künstlergruppe AO&. Darüber hinaus untersucht das Team Fragen nach neuen Nutzungsmöglichkeiten mit sehr speziellen theatralischen Methoden, die sich deutlich vom Instrumentarium klassischer Stadt- und Regionalentwicklung unterscheiden. Ein Gespräch mit Philipp Furtenbach von AO& über Kleingartensiedlungen als „Gated Communities“, StadtplanerInnen als Schreibtisch-täterInnen und die Bedeutung von Leerstellen in der Stadt.



Photo: e66w 2015

Foundation

Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Philipp Furtenbach (PF)

Im südlich der Innenstadt gelegenen Bezirk Favoriten wohnt rund ein Zehntel der Wiener Bevölkerung, darunter viele ehemalige MigrantInnen. Dieser bevölkerungsreichste, ehemals klassische ArbeiterInnenbezirk ist seit mehr als einem Jahrzehnt einem verstärkten Wandel unterworfen. Dazu gehören große Bauprojekte wie der neue Hauptbahnhof und die Errichtung neuer Wohnquartiere in dessen Umgebung sowie die kulturelle Nachnutzung obsolet gewordener Produktionsstätten wie der ehemaligen Fabrik der Großbäckerei Anker, die heute zahlreiche Galerien, aber auch Werkstätten der Caritas beherbergt.

Im Favoritner Stadtteil „Kreta“, am Beginn der Quellenstraße, befindet sich eine leer stehende Industrieanlage, die vom Künstlerkollektiv AO& zu einem Ort für Diskurs, Produktion und Präsentation umgestaltet wurde. Heute kümmert sich die vor Ort gegründete „Großgartengesellschaft Wien“ (GGGW), eine Gruppe von Personen aus verschiedenen Feldern der Kunst sowie einigen NachbarInnen in der Gegend, um die Programmierung und den Betrieb der „Oststation“.

Europa wäre gut beraten, sich dezidiert als Einwanderungsgebiet zu deklarieren, um dann proaktiv mit Zuzug umzugehen.



Walk 01

CM: Du beschäftigst dich seit längerem mit einem Stadtteil, in dessen unmittelbarer Nähe sich eines unserer Pilotprojekte befindet. Die Stadt und das urbane Umfeld spielen bei allen unseren Interventionen eine große Rolle. Da wir in derselben Gegend aktiv sind, wüssten wir gerne mehr über deine Art des Zugangs und die bisherigen Erfahrungen.

PF: Als AO& beschäftigen wir uns seit 2013 mit dem Areal der „Oststation“. Damals trat der Eigentümer der Liegenschaft an uns mit der Frage heran, ob wir uns vorstellen könnten, diese in einen kulturellen Ort zu transformieren. Es handelt sich dabei um eine Industriebaufläche – ein Gebiet mit 4.000 Quadratmetern, das ursprünglich Teil einer größeren Anlage war. Ab den 1960er-Jahren stellte eine Firma dort Stahlseile für Brücken und Gebäude her, später auch Elektrokabel. Der Ort ist sehr speziell. Er besteht aus einer hohen Industriehalle im Ausmaß von ungefähr 250 bis dreihundert Quadratmetern und einem gleich großen Keller. Von dort führt ein vierhundert Meter langer Tunnel weg, in dem früher die Seile vorgestreckt wurden.

CM: Seit wann steht das Gebäude leer?

PF: Anfang der 1990er-Jahre wurde der Betrieb eingestellt. Danach stand es leer und war dementsprechend in einem äußerst ungepflegten Zustand. Zur Liegenschaft gehören außerdem mehrere Außenräume: ein Hinterhof, ein Vorplatz und ein ca. 2.000 Quadratmeter großer Garten. Der Besitzer hat uns von Anfang an freie Hand gelassen und kam nur selten vorbei. Wir beschlossen, selbst Hand anzulegen, merkten aber schnell, dass wir mehr Hände benötigen würden. Es gab Kontakt zu einer Gruppe armenischer Arbeiter, die zum Teil Flüchtlingshintergrund haben. Mit ihnen gemeinsam räumten wir das Areal auf und beschäftigten uns mit dem Garten, was den Eigentümer zuerst verwunderte, weil er dachte, dass wir uns nur um die Halle und den Keller kümmern würden. Der Aufräum- und Ausräumprozess dauerte mehr als zwei Monate und war rein subtraktiv. In dieser Zeit wurde uns auch klar, was wir dem Ort hinzufügen wollten.

CM: Welche Elemente sind das?

PF: Im Wesentlichen geht es um zwei Objekte: Den Vorbau der Halle haben wir gespiegelt als exakte Kopie nachproduzieren lassen, um den Vorplatz als Forum einzufassen. Daran angeschlossen gibt es einen öffentlichen Übergang für FußgängerInnen in den 11. Bezirk, der sich hinter dem Zaun befindet. Wir verlängerten auf der privaten Seite den Bahnübergang mit einer weiteren Treppe. Eine Andeutung, die nun als Tribüne verwendet wird. Entscheidend waren aber weniger diese Interventionen, sondern vielmehr der durch unser Vorgehen angestoßene soziale Prozess. Der Ort ist einerseits von weiteren Firmengebäuden und andererseits von Kleingärten umgeben. Zu Beginn wurden wir argwöhnisch beobachtet. Wir sind daher auf unsere NachbarInnen zugegangen und haben sie in Gespräche verwickelt. Um nicht jeden Mittag Döner essen zu müssen, fingen wir an, in der Gegend einzukaufen und zu kochen. Die armenischen Arbeiter sowie die Leute der am Umbau beteiligten Firmen sind dazugekommen, und mit der Zeit ist in den Baucontainern, die am Ort gelagert waren, eine Art Kantine entstanden. Die Zahl der Gäste wuchs zusätzlich durch Besuche von FreundInnen aus dem Stadtzentrum, die wir zum Essen einluden. So verbrachten dort unterschiedliche Leute, die sonst kaum aufeinandertreffen würden, regelmäßig Zeit miteinander.

CM: Das war also ein informeller öffentlicher „Mittagstisch“?

PF: Ja, er war informell, fand aber zwischen September und Dezember täglich statt. Als nächsten Schritt haben wir den Garten umgestaltet und die Container so platziert, dass man dort kochen, schlafen, duschen und vieles mehr kann. Das soziale Geschehen verlagerten wir in den Garten, während Halle, Vorplatz und Keller, also jene Orte, an denen die

Ich arbeite lieber als Künstler architek- tonisch denn als Architekt künstler- isch.

Veranstaltungen stattfinden, eher der Konzentration dienen. Auch den sozialen Prozess haben wir umgedreht: Nachdem wir die Armenier sehr gut kennengelernt und viel über die Hintergründe ihrer Flucht erfahren hatten, wussten wir auch über ihre Küche Bescheid. So lag die Idee nahe, sie in die Aktivitäten der Eröffnungswoche einzubeziehen. Man konnte acht Tage und acht Nächte lang vorbeikommen, und es war immer etwas los, weil wir ständig vor Ort waren. Im Endeffekt entstand ein temporäres armenisches Grillgasthaus, das von mehreren Hundert Leuten besucht wurde. In dieser Zeit gesellten sich noch mehr NachbarInnen und FreundInnen aus unserem Umfeld dazu, und das ganze Projekt wurde ein sichtbarer Erfolg. Letztlich war der soziale Prozess wichtiger als der formale.

Mit dem kunstinteressierten Eigentümer war vereinbart, dass wir als AO& das Programm im ersten Jahr als Teil der Transformation konzipieren. Wir wollten nur eine Zeit lang einen gewissen Weg vorgeben, primär jedoch eine ortsbezogene kuratorische Kultur etablieren. Dazu haben wir Leute aus verschiedenen Kunst- und Kulturbereichen sowie interessierte NachbarInnen eingeladen, sich an der Weiterführung dieser Aktivitäten zu beteiligen, und gemeinsam mit ihnen die „Großgartengesellschaft Wien“ gegründet. Heute verwenden wir meist die Kurzform GGGW.

CM: Das ist natürlich ein wunderbar ironischer Titel! Was macht diese Gesellschaft? Setzt sie die Bespielung des Areals weiter fort?

PF: Der Titel nimmt Bezug auf die umliegenden Kleingartenvereine. Ursprünglich waren sie als Versorgungsgärten und gar nicht zum Wohnen gedacht. Seitdem das Wohnen in den 1990er-Jahren erlaubt wurde, entwickelten sich diese Grünzonen zu Wohngegenden mit eigenen Wegen und Gassen, die nur Vereinsmitglieder und ihre persönlichen Gäste betreten dürfen. Jede dieser „Gated Communities“ umfasst wiederum zahlreiche eingezäunte Gartenparzellen mit Wohnhäusern. Diese Gefüge beanspruchen verhältnismäßig große Flächen in der Stadt und nehmen nicht am öffentlichen Raum teil. Der Name „Großgartengesellschaft Wien“ stellt also die Frage, ob sich Stadtraum heute und morgen nicht auch anders organisieren lässt.

Bei GGGW handeln und entscheiden im Kern die Künstlerinnen Yasmina Haddad, Pek Hamzaolu und Andrea Lumplecker, die Kuratorin Melanie Ohnemus, der Pensionist Erwin Mikes, der Nachbar Rudolf Schmid, der Kulturwissenschaftler Leander Gussmann, der Urbanist Peer Sievers, der Künstler Mirko Winkel sowie Thomas Wisser, Philipp Riccabona und ich von AO&. Dazu kommen einige weitere Personen, die mit dem Ort und den dortigen Aktivitäten eng verbunden sind. An einem Wochenende im Monat findet die Basisarbeit statt. Wir organisieren z. B. Besuche, Spaziergänge und Exkursionen in die Umgebung und lassen uns von Menschen die jeweiligen Zusammenhänge ihrer Orte erklären. Wir verbrachten Zeit innerhalb einer solchen Kleingartensiedlung, zettelten eine spontane BewohnerInnendisko im Hof der Gemeindebauanlage Ankerbrotsiedlung an, diskutierten über die Zukunft der Arbeitslosigkeit in einem Zentrum für AMS-Kurse, besuchten das besetzte Ernst-Kirchweg-Haus, eine türkische Schule, neue Wohnprojekte, eine Foodkooperative etc. Wir werden auch die Polizei des Bezirks besuchen und weitere Orte entdecken und Beziehungen entwickeln, je länger wir den Kontakt mit der Umgebung pflegen.

Die „Oststation“ dient an den Wochenenden auch als Setting für die Reihe „Soundcheck“, bei der wir gemeinsam eine halbe Stunde lang laut Musik hören. Diese wird zusammengestellt von Leuten, die wir einladen, öfters gibt es dabei einen lokalen Bezug.

Drei- bis viermal im Jahr laden wir KünstlerInnen ein, an und mit diesem Ort Arbeiten zu realisieren. Roman Signer, Phillip Sollmann und Charlemagne Palestine waren da, Nina Könnemann kommt, und einiges wollen wir noch nicht verraten. Es kommen viele Menschen aus dem

Stadtzentrum oder von anderswo in die „Oststation“. Diese Tage und Abende sind etwas Besonderes, weil wir ja zum Teil auch aus dieser Welt kommen und diese Momente ein anderes Licht auf unsere gesellschaftliche Arbeit werfen. Wobei ich nur ein Teil der GGGW bin und deswegen hier nur meine Sicht darlegen und nicht im Namen der anderen sprechen kann.

CM: Gibt es rückblickend Aspekte, mit denen du nicht gerechnet hast?

PF: Allein aufgrund der Entwicklung südlich des Hauptbahnhofs wird auch der bestehende Teil von Favoriten enorme soziale Veränderungen erfahren. Die Lage zwischen dem neuen Stadtteil und dem Grünraum um den Laaerberg, wo sich der Böhmisches Prater und die stadtnahen Agrarfelder befinden, wird bisher vom Zentrum kaum wahrgenommen. Das gesamte Gebiet einschließlich der Industrieanlage wird irgendwann entwickelt werden. Das kann man gut finden oder nicht, aber es wird passieren.

CM: Das ist sicher die Intention der StadtplanerInnen. Du aber hast nicht den Blick aus der Vogelperspektive.

PF: So, wie wir als AO& arbeiten, entstehen immer persönliche Beziehungen. Wir werden oft gefragt, wie die Leute hier und dort so sind, weil wir auch in entlegenen Gebieten arbeiten. Ich behaupte, dass die Menschen überall relativ gleich sind. Es gibt nichts, was man an einem Ort machen kann und an einem anderen nicht. Die Details unterscheiden sich vielleicht, aber sonst sehe ich keine großen Differenzen.

CM: Heute habe ich im Radio von BürgerInnenprotesten gehört, die sich gegen die Unterbringung von 750 Flüchtlingen in einem Quartier in Liesing richten. Wie würdest du dort vorgehen?

PF: Persönlich bin ich der Ansicht, dass man sich dieser Entwicklungen, die ja schon seit Langem vorauszusehen waren, auch freudig annehmen kann. Europa wäre gut beraten, sich dezidiert als Einwanderungsgebiet zu deklarieren, um dann proaktiv mit Zuzug umzugehen. Aber man muss sich mit den Leuten hier – vor allem mit denen, die sich sorgen – genauso beschäftigen wie mit jenen, für die man jetzt Platz schafft.

CM: Du bist ja auch Architekt und kennst verschiedene Strategien. Du sagst, dass man sich mit dem Stadtraum, aber auch mit den Menschen beschäftigen muss.

PF: Ich arbeite lieber als Künstler architektonisch denn als Architekt künstlerisch. Und ja, die Menschen sind auch der Stadtraum.

CM: Okay, aber das sehen verschiedene Disziplinen unterschiedlich. ArchitektInnen denken beim Stadtraum eher an Plätze und Parks. Du denkst vielleicht mehr an Kochstellen oder Kaffeehäuser.

PF: An Begegnungen, Aufenthalts- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

CM: Wie würdest du das gewichten?

PF: Ich würde gar nicht gewichten, was zuerst kommt, und die Dinge nicht voneinander trennen.

CM: Der soziale Prozess würde normalerweise irgendwie ablaufen, aber ihr habt ihn aktiv moderiert.

PF: Aber eher in dem Sinn, dass wir dort Zeit verbringen, und nicht indem wir uns von außen einmischen.

CM: Der Anteil der RaumplanerInnen, die tatsächlich für Monate in das Gebiet einziehen, das sie planen, ist recht gering.

Photo: 060W 2015



Disko

Photo: A08 2014



Oststation Grandstand

Wenn man Orte transformieren will, ist es notwendig, sich auch dort aufzuhalten – am besten gemeinsam mit jenen Menschen, die bereits an diesen Orten leben.

PF: Dadurch entstehen auch viele Probleme. StadtplanerInnen und ArchitektInnen sind SchreibtischtäterInnen. Wenn man Orte transformieren will, ist es notwendig, sich auch dort aufzuhalten – am besten gemeinsam mit jenen Menschen, die bereits an diesen Orten leben.

CM: Die Hardware kann nicht von der Software getrennt werden. In deiner Hierarchie wäre die Entwicklung eines Küchenmöbels nachrangig zur Beschäftigung mit dem Ort und dem sozialen Gefüge.

PF: Genau. Wichtig ist, wie man mit anderen Menschen verkehrt, aber das ist nicht etwas, das man an einem Nachmittag aufgreift, sondern etwas, das man leben und praktizieren muss.

CM: Du meinst, der Fokus auf den sozialen Prozess ist zentral?

PF: Ich glaube schon. Der distanzierte Blick von außen oder von oben darf nicht als alleinige Entwicklungs- oder Entscheidungsgrundlage herhalten, aber er ist natürlich wichtig. Auch wir rennen nicht naiv herum, sondern analysieren nüchtern.

CM: Ihr deklariert euch als Künstler bzw. als interdisziplinäres Team, das viele verschiedene Dinge macht. Ein Teil davon ist Regionalentwicklung, das ist sozusagen die Schnittstelle und der Grund, warum dieses Entwicklungsgebiet Teil eurer Agenda ist.

PF: Diese Bezeichnungen sind weniger für uns relevant, sondern vielmehr ein Statement in Richtung Regional- und Stadtentwicklung, um genau einen solchen Ansatz einzubringen.

CM: Das Projekt „Orte für Menschen“ versteht sich als Hommage auf Bernard Rudofsky. Wie ist euer Verhältnis zu ihm?

PF: Lustigerweise ist sein Buch über anonyme Architektur eines meiner Lieblingsbücher.

CM: Du sprichst von „Architecture Without Architects“. Warum?

PF: Auch wenn vieles historisch ist, hat man den Eindruck, dass es Orte sind, die von innen und aus einer Notwendigkeit heraus entstanden sind. Sie wurden von der Gesellschaft und weniger von ArchitektInnen entwickelt.

CM: Die Frage, wie man das Areal nutzen kann, habt ihr mit Kultur beantwortet.

PF: Es ist nicht eindeutig. Ich sehe dieses Gefüge als räumliche Plastik, als Skulptur in einem subtraktiven Sinn, aber auch als bewusste Leerstelle in der Stadt, als stilisierte Brache. Durch das Engagement vieler ist ein weitaus umfassenderer und wertvollerer Prozess entstanden als ursprünglich gedacht. Durch die Entwicklung zwischenmenschlicher Beziehungen und den Nimbus der Kunst kann man die „Oststation“ auch als konstruktiven Sperrriegel gegen eine von wirtschaftlichen Interessen geprägte Stadtentwicklung sehen.

CM: In einer total funktionalen Umgebung ist eine Leerstelle als Korrektiv besonders wichtig. Dabei spielt aber Programmlosigkeit eine Rolle.

PF: Programmarm, nicht programmlos.

CM: Durch euer Engagement wird das Gebiet attraktiver – sowohl durch die kulturelle Nutzung als auch durch die Einführung nachbarschaftlicher Qualitäten. Ist das ein Problem?

PF: Als Künstler und als Teil bestimmter Milieus sind wir ständig

mit dieser Frage konfrontiert. Jeder hat das Recht, an Orte zu gehen und sich mit ihnen zu beschäftigen. Man verändert sie und wertet sie damit vielleicht auf. Im Prozess des urbanen und wirtschaftlichen Entwicklungsdrucks einer Stadt, die stark wächst und Wohnraum benötigt, spielen wir keine große Rolle. Meine Interessen sind stark mit den Menschen verbunden. Es fühlt sich richtig an. Zum Gentrifizierungsproblem würde ich sagen: „Gentrify wisely.“

CM: Was heißt „wisely“ für dich?

PF: Gentrifizierung ist immer eine Art Übernahme. So gesehen ist diese Ausdrucksweise natürlich Spaß und Blödsinn. Richtiger ist, dass man sich mit dem beschäftigt, was schon da ist. Wenn man zweihundert Schutzsuchende in der Gegend unterbringt, muss man sich mit ihnen ebenso wie mit jenen Menschen beschäftigen, die bereits dort leben.

CM: Die Aufwertung an sich wäre ja nichts Schlimmes, wenn sie ein Upgrade für alle bedeutet. Aber noch gibt es sehr große Unterschiede, was den Profit angeht.

PF: Die wirtschaftsethische Frage lautet: Sollen die, die mit Lebensraum handeln, mehr verdienen, als sie dafür arbeiten und Verantwortung übernehmen?

CM: Auch die, die einen Dönerstand haben, profitieren, wenn eine U-Bahn-Anbindung an das Zentrum besteht, aber es gibt andere, die daran wesentlich mehr verdienen.

PF: Damit muss man sich kritisch auseinandersetzen. Auch der Grundeigentümer der „Oststation“ ist ein Investor, der mit Lebensraum handelt. Trotzdem und gerade deswegen spreche ich gerne mit ihm über diese Sachverhalte. Das ist spannend, so kommen Dinge in Bewegung. Oder in der Auseinandersetzung mit verschiedensten Leuten, die hier wohnen oder arbeiten und die auch gerade in der Frage der Zuwanderung restriktiv oder ablehnend eingestellt sind. Da prallen zum Teil völlig gegensätzliche Meinungen und Haltungen aufeinander. Diese Diskussionen entstehen automatisch und funktionieren am besten in einem Klima der Wertschätzung. Oft ist es gar kein Widerspruch, völlig anderer Auffassung zu sein und sich auf persönlicher Ebene trotzdem zu mögen. Um dann auf Basis dieses Mögens Zeit zu verbringen und weiterzudiskutieren.

CM: Euer hohes persönliches Engagement ist auch ein Merkmal des Projekts „Hotel Konkurrenz“. Konflikte auszutragen ist etwas, das in eurer Arbeit ständig auftaucht.

PF: Das ist machbar, weil unsere Arbeitsweise theatrale Ansätze verfolgt. Wir wollen emotional in solchen Prozessen agieren können und mit den Emotionen anderer umgehen.

CM: Das würde frei nach Shakespeare heißen, dass die ganze Welt eine Bühne ist und jeder seine Rolle spielt. Ist das eure Sicht?

PF: Sagen wir eher: Nicht jeder spielt seine Rolle, aber man kann sie als solche erleben. Für mich ist das eine große Hilfe. Anders wären diese extremen Spannungsverhältnisse nicht zu managen.

CM: Ist diese Methode universell einsetzbar?

PF: Ja, ich glaube, dass das – bewusst oder unbewusst – jeder auf diese Art macht.

CM: Es würde helfen, in gewissen Konflikten öfter diese Karte zu spielen. Mal ist man SpielerIn, mal ZuschauerIn. Man würde vielleicht

nicht vermuten, dass sich das Theater hier bewähren kann.

Über die „Oststation“

Das rund 4.000 Quadratmeter große Grundstück diente jahrzehntelang als Fertigungsstätte für Kabel und Stahlseile. Nach dem Ende der Produktion stand die Anlage lange Zeit leer, bis die Künstlergruppe AO& 2013 vom neuen Besitzer den Auftrag erhielt, die Stadtbrache in Form einer temporären Zwischennutzung nach ihren Vorstellungen zu transformieren. Nach rund einjähriger intensiver Auseinandersetzung mit dem Bestand – u. a. in Form von Reinigungs- und Rodungsarbeiten und des Zubaus von neuen Gebäuden – wurde ein außergewöhnliches Ensemble von Innen- und Außenräumen geschaffen, das nunmehr gemeinsam mit NachbarInnen und FreundInnen mit einem künstlerischen Veranstaltungsprogramm bespielt wird.

www.oststation.at

Über AO&

Die Potenziale von spezifischen Orten freizulegen, sie in speziellen Settings erlebbar zu machen und Szenarien für zukünftige, alternative Nutzungen zu entwickeln gehört zu den Merkmalen der Projekte der drei Künstler Philipp Furtenbach (geb. 1975), Philipp Riccabona (geb. 1979) und Thomas Wisser (geb. 1978), die seit 2008 unter dem Namen AO& zusammenarbeiten. Über architektonische, performative, musikalische, kulinarische und andere Interventionen werden gegebene räumliche und soziale Situationen derart transformiert, dass sie gleichsam zu Bühnen für die Begegnung und den Austausch unterschiedlichster sozialer Gruppen werden. Prozessuale Abläufe wie Wanderungen, Konzerte, Performances und Verköstigungen stehen dabei im Mittelpunkt, an denen sich die Künstler nicht nur als Regisseure, sondern auch als Mitspieler aktiv beteiligen.

www.aound.net

TÄTIGE NÄCHSTENLIEBE

Die Prinzipien der Barmherzigen Schwestern, wonach Mitmenschlichkeit und nicht etwa die Höhe der Mieteinnahmen zählt, nutzte das Architekturbüro STUDiO LOiS, um trotz limitierter Mittel Qualität auf eine sehr spezielle Weise zu definieren. Ein Gespräch mit Barbara Poberschnigg und Elias Walch über unkonventionelle Beschaffungsvorgänge, neue Nachbarschaften und die erfreuliche Dynamik, die der Umbau eines ungenutzten Internats in einem beschaulichen Innsbrucker Wohnviertel auslöste.



Photo: David Schreyer

Der pensionierte Tischlermeister Bruno Holzhammer (76) stellt seine Zeit und seine Fähigkeiten zur Verfügung.

Sabine Dreher (SD) im Gespräch mit Barbara Poberschnigg (BP) und Elias Walch (EW)

Während die Ursachen von Tourismus und Flucht im Vergleich unterschiedlicher nicht sein könnten, lassen sich zwischen der frei gewählten und der unfreiwilligen Mobilität auch Gemeinsamkeiten feststellen. Als Fremdenverkehrsregion par excellence verfügt das Bundesland Tirol über enorme Expertise und hervorragende Infrastruktur im Tourismus, die auch bei der Aufnahme und Betreuung von Geflüchteten eingesetzt werden können.

Mit mehr als 44 Millionen Nächtigungen pro Jahr entfallen fast vierzig Prozent des Gästeaufkommens in Österreich auf das drittgrößte Bundesland. Allein die Gemeinde Sölden mit gut 4.000 EinwohnerInnen bewältigt dank ihrer gigantischen Kapazitäten jährlich mehr als drei Millionen Nächtigungen. Dass abgesehen von den TouristInnen die Anzahl der ausländischen BewohnerInnen jene der Ortsansässigen übertrifft, ist in Tiroler Gemeinden keine Seltenheit. Während die Tiroler Tourismuswirtschaft weiterhin Rekorde meldet, erfüllt das Bundesland die vereinbarte und ohnedies geringe Flüchtlingsquote derzeit jedoch nur zu 85 Prozent.

Laut Auskunft der im Herbst 2015 gegründeten Tiroler Soziale Dienste GmbH sind im März 2016 von den rund 6.600 registrierten Geflüchteten

Photo: David Schreyer



Standardzimmer für vier Personen im neuen Gebäudeteil

Es wurde weniger ausgeschrieben, dafür mehr kom- muniziert.

etwa ein Viertel in Innsbruck untergebracht. Durchschnittlich leben 35 Personen in einer Unterkunft, wobei es sich teilweise um ehemals touristisch genutzte und immer noch gewerblich geführte Gasthäuser handelt. Daneben existieren auch Notunterkünfte für bis zu dreihundert Personen. Zuletzt sorgte eine im Februar 2016 errichtete Tragluft-halle in Hall für negative Schlagzeilen: In diesem temporären Gebäude herrscht – neben vielen anderen Mängeln – ein derart trockenes Luft-klima, dass die Schleimhäute der BewohnerInnen und BetreuerInnen angegriffen werden und dadurch ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

Ein positives Beispiel gelebter Gastfreundschaft haben hingegen die Barmherzigen Schwestern mit dem Flüchtlingsheim „HERberge“ im Inns-brucker Stadtteil Saggen gesetzt. Es wurde in Zusammenarbeit mit STUDiO LOiS geplant und mit der Unterstützung vieler Freiwilliger umgesetzt.

SD: Eine Zusammenarbeit mit einem katholischen Frauenorden klingt im Jahr 2016 nahezu exotisch. Wie kann man sich das vorstellen?

BP: Die Barmherzigen Schwestern leben seit ca. 150 Jahren nach dem vinzentischen Grundprinzip. Der Fokus des Frauenordens liegt auf der Bildungsarbeit für Mädchen und auf der Krankenpflege. Daher gibt es auf seinem Areal in Innsbruck ein ehemaliges Sanatorium, das mittlerweile eine Art Privatklinik ist, sowie Schulen, die mittlerweile natürlich sowohl von Mädchen als auch von Buben besucht werden – beginnend bei der Kinder-kruppe über eine Volksschule bis hin zum Oberstufenrealgymnasium und zur Kindergartenpädagogik. Der Orden hat viele Provinzen in ganz Tirol, auch in Südtirol und im Trentino, und ist seit dreißig Jahren auch in Tan-sania tätig, wo inzwischen die Mehrheit der Ordensschwestern wirkt.

SD: Euer gemeinsames Projekt wurde bereits 2014 initi-iert, lange bevor die Politik das Ausmaß der Flüchtlingsströme realisiert hat. Welche Konstellation hat dazu geführt?

BP: Auf dem Ordensareal gab es ein leer stehendes ehemaliges Internatsgebäude, das nicht mehr benötigt wurde. Zunächst über-legte man, es als Ausweichquartier für das Integrationshaus der Caritas zu adaptieren, das gerade umgebaut wird. Das hat sich allerdings als zu kostenintensiv herausgestellt. Darauf folgte die Idee, es als Flücht-lingsheim zu nutzen. Ich bin in das Vorhaben im August/September 2014 involviert worden, noch bevor diese Krise bei uns spürbar wurde. Durch ihre Erfahrung im Bereich der Flüchtlingshilfe in Tansania haben die Schwestern eine andere Wahrnehmung des Themas.

SD: Wodurch unterscheidet sich deren Empfinden?

BP: Die Barmherzigen Schwestern sind mit dem Thema ver-traut, weil sie in Afrika u. a. einen starken Zulauf haben, da viele Frauen in das Ordenswesen flüchten. Sie flüchten vor Gewalt und weil es oft ihre einzige Möglichkeit ist, Bildung zu erwerben.

SD: Welchen Bedarf sollte die geplante Adaptierung abdecken?

BP: Es gab bereits eine Konzeptstudie des Landes Tirol, die wir über-prüfen sollten. Die Studie sah nur eine reine Unterbringung ohne jegliche Aufenthaltsqualität oder Freizeitmöglichkeiten vor. Dabei wurde die bestehende Zimmerstruktur des alten Internats einfach mit entspre-chend vielen Menschen aufgefüllt und ein Nottreppenhaus dazugestellt.

SD: Wieso wurde ein solches Konzept in Erwägung gezogen?

BP: Nach dem Schlüssel der Bundesregierung wurden die Bestands-zimmer mit einer Fläche von 17 Quadratmetern mit je drei Personen belegt: acht Quadratmeter für die erste Person plus vier für jede weitere. Das

Photo: David Schreyer 2015



Kommunikationsnische auf dem Gang einer Wohngemeinschaft

Flüchtlingswesen des Landes Tirol stand als Betreiber fest, die Barmherzigen Schwestern sind die Vermieterinnen. Fest stand auch die Höhe der Miete. Daraus leitete sich der Kostenfaktor für die Investitionen ab, die sich über die Miete langfristig refinanzieren sollten, wobei die Ordensschwestern nicht das Ziel verfolgten, Gewinn aus dem Projekt zu schlagen. Unter diesen Bedingungen sagten wir, dass wir mehr daraus machen können.

SD: Was habt ihr im Vergleich zu dieser Konzeptstudie anders gemacht?

EW: Pro Stockwerk wären sich zwölf Zimmer ausgegangen, und man hätte ein notwendiges zweites Treppenhaus billig dazugestellt. Unser Plan war hingegen, mit dem Treppenhaus einen zusätzlichen Anbau über fünf Stockwerke zu realisieren und diesen als Erweiterung für Familienzimmer zu verwenden. Unsere Absicht war, das Gebäude nicht nur als Kaserne zu nutzen, sondern auch größere Aufenthaltsräume und Begegnungsmöglichkeiten zu bieten. In unserem Konzept gibt es in jedem Stockwerk eine Art Wohnzimmer ebenso wie Kinderzimmer, Nähzimmer, Lernzimmer oder Trainingsräume, die einfach nach Bedarf adaptiert werden. Konkret haben wir pro Stockwerk auf mindestens drei Zimmer, sprich neun Personen, verzichtet, um das Wohnen so qualitativvoll wie möglich zu gestalten. Wir haben es ein bisschen wie ein StudentInnenheim gesehen.

Photo: David Schreyer



Informationstafel beim Eingang

SD: Die Eigentümerinnen waren für diese Argumentation empfänglich, obwohl dadurch viel weniger Leute untergebracht werden?

BP: Die Schwestern haben sich ganz klar für dieses Konzept ausgesprochen und die Höchstbelegungszahl von 131 Personen im Mietvertrag fixiert.

SD: Ihr habt 2014 begonnen und wurdet von der Realität der Flüchtlingsthematik überholt. Im November 2015 konnten die KlientInnen bereits einziehen. Wie wurde dieses Modell vor dem Hintergrund anderer Unterbringungsvarianten, die auch in Tirol quasi industriell in Form von Containersiedlungen und Lufttragehallen hergestellt werden, wahrgenommen?

BP: Die Barmherzigen Schwestern vertrauen uns. An erster Stelle steht für sie die Menschlichkeit und nicht die Höhe der Mieteinnahmen. Sie haben den Bau finanziert und das Haus schlüsselfertig an das Land Tirol übergeben. Für die Einrichtung hatte an sich der Mieter zu sorgen. Allerdings wurde zu diesem Zeitpunkt die Tiroler Soziale Dienste GmbH gerade erst gegründet.

EW: Grundsätzlich ging es darum, günstig zu bauen und trotzdem unseren Anspruch an das Bauen einzulösen. Wir suchten die Unterstützung von Firmen, um uns einiges leisten zu können, was im Budget nicht unterzubringen gewesen wäre.

SD: Wo habt ihr gespart, wo nicht? Könnt ihr ein paar Beispiele nennen, wie ihr die Prioritäten gesetzt habt?

BP: Wir kannten die Kennzahlen im Budget und wollten möglichst viel herausholen. Daher erkundigten wir uns zuerst, was günstig verfügbar war. Wir sagten also nicht, dass der Boden ein bestimmtes Farbmuster haben muss, sondern fragten bei der Bodenindustrie nach, welche Böden preiswert zu kaufen waren, z. B. Restposten oder Auslaufmodelle. Wir machten Abstriche in der Technologie. Wir wussten, dass wir kein Passivhaus bauen, konnten aber vom enormen Boom in Tirol in diese Richtung profitieren, indem wir Dämmprodukte und Fenster einsetzten, die dem AA-Energieanspruch für Passivhäuser zwar nicht vollständig entsprechen, für unser Gebäude aber eine enorme Verbesserung darstellen.

SD: Obwohl ihr vom Bundesvergabegesetz und damit von der Ausschreibungsbürokratie befreit wart, hattet ihr durch diese Vorgehensweise einen erheblichen Aufwand. War das im Endeffekt mehr oder weniger Aufwand für euch?

Insgesamt fehlt
der Mut, etwas
zuzulassen.



Obaida und sein Freund, beide Asylsuchende aus Syrien, helfen beim Möbeltragen während des freiwilligen Wochenendes.

Für mich war es erstaunlich, zu sehen, was man als ArchitektIn mit Kommunikation und Engagement bewirken kann.

BP: Es wurde weniger ausgeschrieben, dafür mehr kommuniziert. Für uns war es mehr Aufwand, aber zugleich war es für das Projekt ein Vorteil. Viele Details haben wir x-mal gezeichnet, und wir haben uns immer wieder auf die Suche nach günstigeren Produkten gemacht. Z. B. sind die Geländer mit Maschendrahtzaun gefüllt, weil durch die beiden Stiegenhäuser und die Balkone etliche Laufmeter zusammengekommen sind. Das ist in jedem Fall aufwendiger. Man zeichnet das zwei- bis dreimal, bekommt aber nur einmal Honorar.

SD: Bei der Innenausstattung habt ihr selbst mit Hand angelegt?

BP: Ja, das war eine Art spontane Protestaktion. Nachdem unsere Kommunikation mit dem zukünftigen Mieter noch nicht optimal funktioniert hatte, beschlossen wir, ein Zimmer selbst zu finanzieren und zu bauen, um zu zeigen, wie gut das mit wenig Geld gehen kann. Zu dritt haben wir ein Dreibettzimmer mit je einem Stock- und einem Einzelbett, einem Schrankelement, Tisch, Stuhl, Vorhang usw. geplant, dafür alle Teile organisiert und zusammengebaut. Dabei sind wir auf einen Aufwand von 1.700 Euro gekommen. Als wir die Idee dem wirtschaftlichen Leiter der Barmherzigen Schwestern unterbreiteten, meinte er, dass er auch ein Zimmer zahlen werde.

SD: Als private Spende?

BP: Ja, das war das zweite Zimmer. Dann erzählten wir unserem Bekanntenkreis davon, und einige Freunde wollten sich auch beteiligen. So wurde der erste Stock durch Spenden aus unserem Freundeskreis eingerichtet. Später präsentierten wir diesen Zwischenstand auf einer Baubesprechung den Planungsbüros und den ausführenden Firmen. So ergab sich die Finanzierung des zweiten Stockwerks. Da wurde uns langsam bewusst, dass wir nicht noch einmal 18 Zimmer zu dritt zusammenbauen können. Aber der wirtschaftliche Leiter war von der Idee so begeistert, dass er gemeinsam mit uns begann, sie bei der Diözese, bei der Caritas, bei einigen Vertragspartnern der Barmherzigen Schwestern, bei Banken und Versicherungen publik zu machen. Auf diese Weise „verkauften“ wir ein Stockwerk pro Woche, insgesamt 43 Zimmer in fünf Wochen.

SD: Wer hat das administriert?

BP: Wir sammelten die Daten, und nachdem alle Zimmer finanziert waren, konnten wir mit weiteren Spenden auch die Gemeinschaftsräume ausstatten. Für diese Räume hatten wir aber bereits das Konzept, mit dem Möbelfundus des Ordens zu arbeiten. Dadurch, dass ich die Ordensgemeinschaft über viele Jahre hinweg begleiten durfte, war mir bekannt, dass sie die Möbel aus aufgelassenen Häusern in den Provinzen in einem Zentrallager aufbewahrten. Als wir es sahen, waren wir begeistert.

SD: Ich habe auch schon den wohlwollenden Vorwurf gehört, dass ihr ein zu schickes, fotogenes Wohnhaus für Flüchtlinge gemacht habt.

EW: Die Möbel stammen aus den letzten dreißig, vierzig Jahren und entsprechen dem aktuellen Trend. Wir können ruhigen Gewissens sagen, dass wir bereits vorhandene Möbel gereinigt und zusätzlich GebrauchtwarenhändlerInnen in Innsbruck abgeklappert haben. Wir haben allerdings nur genommen, was gut hineinpasst, und alles so gut wie möglich arrangiert.

SD: Ihr habt nach einer Art Schneeballprinzip die Finanzierung für ein Zimmer nach dem anderen organisiert und die Möbel für eine ganze Etage selbst zusammengebaut. Der Rest wurde dann aber schon von Firmen ausgeführt?

BP: Wir sind ja nur zu dritt und wären nach der ersten Etage überfordert gewesen. Den Zusammenbau für alle fünf Stockwerke haben wir

Es gibt keinen Rundgang, bei dem wir nicht zum Tee eingeladen werden.

daher im Rahmen einer freiwilligen Wochenendaktion Ende Oktober organisiert. Zuvor hatten wir die Anlieferung sämtlicher Materialien für diesen Tag koordiniert. Dahinter steckte eine komplexe Logistik: So wurden z. B. sämtliche Platten für Schränke, Bänke und Tische von einem Tischler sehr günstig zur Verfügung gestellt. Elias hat die Schnittmuster gezeichnet, eine andere Tischlerei hat aus dem Material den Zuschnitt für die Möbel gemacht, und die Freiwilligen bei der Wochenendaktion haben diese ganz simpel nach dem Ikea-Schema zusammengebaut.

EW: Wir richteten eine E-Mail-Adresse ein und starteten über diverse Organisationen einen Aufruf. Drei Tage vor dem geplanten Termin hatten wir nur fünf Anmeldungen, aber dank der Unterstützung der katholischen und evangelischen Pfarren und des ORF waren dann an beiden Aufbautagen über zweihundert Leute im Einsatz, von Schulklassen über Flüchtlinge aus anderen Häusern bis zu PensionistInnen und vielen anderen, die sich engagierten und alles getan haben, was ihnen möglich war.

SD: Das klingt nach einem ungeheuren Koordinationsaufwand. War es Fluch oder Segen, dass so viele gekommen sind?

BP: Mein Lebensgefährte gab uns den Rat, alles nach einem strikten Einsatzplan zu organisieren. Und genauso haben wir es dann auch gemacht. So gab es für alle Bereiche eine „Chain of Command“, und das hat sehr gut funktioniert. Bis auf einige Schränke, die noch nicht zugeschnitten waren, wurde an diesem einen Wochenende alles aufgebaut.

EW: Zu den Schränken muss man wissen: Es ist sowohl ein Waschbecken als auch ein Stauraum eingebaut. Sie sind also allein aufgrund ihrer Größe nichts, was in einer Tischlerei nebenbei hergestellt werden kann. Dennoch konnten wir diese Elemente bei einem auf Serienproduktion ausgerichteten heimischen Tischler produzieren und mussten sie nicht bei einem Großhändler im Ausland kaufen. Wenn nämlich eine Firma den Auftrag für ein bestimmtes Kontingent bekommt, kann sie aufgrund der Menge den Stückpreis senken. Auf diese Weise sind auch heimische Betriebe konkurrenzfähig.

SD: Ihr habt quasi begleitend eine kleine Studie für regionale Wertschöpfung gemacht.

EW: Genau. Wir haben alle Optionen evaluiert. Wenn es keine Alternative gab, haben wir das Grundgerüst bei Ikea besorgt, beispielsweise Stockbetten, denn die waren im Sommer letzten Jahres in ganz Europa ausverkauft. Stühle haben wir von einem Händler zum Einkaufspreis bezogen.

SD: In euren Prozessen ist sehr viel kommuniziert worden. Wurden dabei auch schon künftige NutzerInnen miteinbezogen?

EW: Wir haben viel überlegt, wie wir Geflüchtete einsetzen könnten, z. B. beim Ausmalen. Aber da sie nicht für privatwirtschaftlich orientierte Unternehmen arbeiten dürfen, war das schwierig.

BP: Am Freiwilligenwochenende haben zehn syrische Jungen einen Tag lang Möbel getragen. Sie waren begeistert und hatten Freude, mit anderen Leuten zusammenzuarbeiten.

SD: Wie wird euer Projekt von den Verantwortlichen wahrgenommen? In der politischen Diskussion geht es ja auch um die Frage, inwiefern durch zivilgesellschaftliches Engagement die eigentlich Zuständigen aus der Verantwortung genommen werden.

BP: In Tirol wollte sich bis vor zwei Wochen, also bis zu den Gemeinderatswahlen, die Politik nicht konkret zum Flüchtlingswesen äußern. Mittlerweile sind wir mit der Landesrätin für Soziales in Kontakt. Sie

ist sehr angetan und sieht, dass hier etwas Einzigartiges entstanden ist. Insgesamt fehlt der Mut, etwas zuzulassen. Es gibt noch immer ein sehr striktes Korsett. Unsere „HERberge“ wird immer wieder als Luxusunterkunft bezeichnet. Mittlerweile bin ich so weit zu sagen: Ja, unsere Herberge ist eine „Luxusherberge“, weil sich sehr viele Leute eingebracht haben. Das ist aber auch schon der einzige Luxus.

SD: Seit Herbst ist das Haus bezogen. Wie wird es angenommen? Gehen eure Konzepte auf?



Die renovierte und die neue Fassade der HERberge in der Sennstraße

BP: In den Zimmern der BewohnerInnen stehen neue Möbel, in den Gemeinschaftsbereichen Gebrauchtmöbel. So hat man nicht das Gefühl, in ein komplett neues Haus zu kommen. Die Gemeinschaftsmöbel versprühen Atmosphäre, Lebendigkeit. Seit Anfang November leben hier 130 Personen aus neun verschiedenen Nationen, die sich vorher nicht kannten und einander zum Teil noch immer fremd sind. Trotzdem funktioniert das Zusammenleben fast konfliktfrei, bis auf die üblichen Alltagsprobleme wie eine ungeputzte Herdplatte. Ich bin oft im Haus. Aus dem Umfeld, das sich auch für den Ausbau engagiert hat, hat sich ein Freundeskreis gebildet, dem auch wir angehören.

SD: Was genau leistet dieser Freundeskreis?

BP: Er begleitet verschiedene Projekte. Das Haus wird von den Tiroler Sozialen Diensten betrieben. Es gibt zwei Personen, die täglich dort sind. Eine macht Administration und Buchhaltung, die zweite Person betreut die 130 BewohnerInnen. Da fehlt natürlich das Zeitpotenzial für Aktivitäten, die über die Hausleitung hinausgehen, und hier springt der Freundeskreis ein.

Ute Greiter, die das inzwischen fast als Halbtagsjob ausübt, ist jeden Nachmittag im Haus. Sie ist gut vernetzt und organisiert alles: von Handarbeitskursen bis hin zu Buddys für die BewohnerInnen. Inzwischen konnte sie für die Hälfte der BewohnerInnen BegleiterInnen organisieren, die bei Alltagsproblemen helfen und in der Schwangeren- oder Kleinkindbetreuung – jeweils abgestimmt auf Beruf und Nationalität. Durch sie ist auch die Kleiderkammer entstanden, ein kleiner Shop, der von den Schwestern selbst betrieben wird.

SD: Sind die BewohnerInnen auch in die Bildungsangebote am Campus eingebunden?

EW: Ja, die Kinder gehen zur Schule, und es finden immer mehr Veranstaltungen statt. Die Leitung der Kindergartenpädagogik hatte die gute Idee, dass die Schülerinnen, die hier in Ausbildung sind, ihren praktischen Unterricht teilweise am Nachmittag mit den Kindern in der „HERberge“ absolvieren. Anfangs gab es viele SkeptikerInnen, aber nach einem halben Jahr können wir zum Glück sagen, dass es keinen Anlass für Aufregung gibt – bis auf eine offizielle Beschwerde von einem Nachbarn, weil das Licht in den Gemeinschaftsbereichen die ganze Nacht brennt.

SD: Was hat euch bei der Aneignung des Hauses durch die BewohnerInnen am meisten überrascht?

BP: Wir dachten, dass Dreibettzimmer Luxus sind. In den Gesprächen stelle ich aber fest, dass die Sehnsucht nach Alleinsein und Ruhe bei den BewohnerInnen groß ist. Jeglicher Raum, um nur mit sich selbst zu sein, wird genutzt. Hätten wir die Möglichkeit für eine Erweiterung, würden wir mehr Raum für diesen Bedarf vorsehen – und seien es auch nur Minieinheiten. Jetzt im Frühling können sie Ruhe im Freien finden, aber im Winter waren sie meistens nur im Gebäude.

Ich beobachte auch, dass sich die Frauen gegenseitig sehr unterstützen.

Wenn sie im Gemeinschaftsraum unter sich sind, funktioniert das sehr gut, aber wenn ich z. B. in männlicher Begleitung komme, packen sie zusammen und gehen. Viele sind traumatisiert und haben Angst. Für diese Frauen möchten die Schwestern künftig einen abgeschlossenen Flügel bauen, der es ihnen ermöglicht, selbstbestimmt in das Gemeinschaftsleben mit Männern zurückzufinden. Bei den Sanitäreinrichtungen haben wir vorausschauend darauf geachtet, dass jede die Dusche betreten, sich entkleiden, duschen und wieder anziehen kann, ohne dass irgendein Blickkontakt zustande kommt, indem wir hier geräumige Duschkabinen integriert haben.

SD: Ihr konntet einiges, aber natürlich nicht alles antizipieren. Welche Prozesse haben euch am meisten Energie gekostet bzw. welche Erfahrungen waren für euch besonders wertvoll?

EW: Bestimmte Entscheidungen sind schnell abgenommen, wenn man auf den Preis schaut.

BP: Am längsten diskutiert haben wir über den Einsatz der Farben. Damit wollten wir viel Atmosphäre erzeugen, waren aber aufgrund der Sachleistung eines Farbenherstellers an eine limitierte Auswahl gebunden. Dadurch waren wir eine Zeitlang täglich mit der Abstimmung von Farbmustern befasst.

EW: Eine Erfahrung, die wir in der Praxis weiterführen möchten, ist, jeweils zu schauen, wie man etwas unkompliziert realisieren kann.

BP: Für mich war es erstaunlich, zu sehen, was man als ArchitektIn mit Kommunikation und Engagement bewirken kann. Wir haben Möglichkeiten aufgezeigt und damit eine Lawine ins Rollen gebracht, die noch immer zu spüren ist. Es ist toll, zu sehen, wie gesellschaftsbildend unsere Tätigkeit sein kann, wenn man alle Prozesse berücksichtigt, die u. a. durch den Freundeskreis ermöglicht werden.

SD: Wie wirkt sich die „HERberge“ auf die Nachbarschaft und die Umgebung aus?

BP: Das Beziehen des Hauses haben viele Schwestern wie einen Adventkalender empfunden. Vorher war es ein leer stehendes Haus, das immer dunkel war, und jetzt sind die Lichter angegangen, und sie freuen sich. Diese hundert zumeist alten Frauen haben jetzt in unmittelbarer Nähe 130 NachbarInnen. Ich habe den Eindruck, dass der Stadtteil nun aus dem Schlaf aufwacht. Davor war das ein behütetes, eher nobles Wohnviertel. Das Ordensareal, das durch die Schulen noch am ehesten Lebendigkeit versprüht, liegt abgeschlossen hinter einer Klostermauer. Durch die „HERberge“ bekommen wir inzwischen Anfragen von Kulturinitiativen: Die Innsbrucker Festwochen der Alten Musik stellen einen Theaterwagen auf. Rainer Prohaska, der das mobile Teehaus an verschiedenen Orten in der Stadt betreibt, will auch bei uns vorbeikommen. Der Abschluss der Tiroler Architekturtagung wird ebenfalls hier stattfinden.

SD: Wie reagieren die Ordensleitung und die Stadt darauf?

BP: Sie kommen damit gut zurecht. Es gab eine Aufforderung der Ordensleitung für eine Erweiterung. Anstelle des Gartens, der jetzt hinter einer großen Mauer versteckt ist, planen wir ein Gebäude mit einem Untergeschoss und einem abgesenkten Atrium, sodass auch die Räumlichkeiten im Untergeschoss gut nutzbar sind und über ausreichend Privatsphäre verfügen. Gespräche bezüglich der Finanzierung sind im Gang. Es sollen weitere vierzig Personen in größeren Zimmern auf zwei Stockwerken untergebracht werden, aber wesentlich wichtiger ist uns ein großer Gemeinschaftsraum, ein Wohnzimmer zur Stadt, das direkt an den Straßenraum angrenzt und den Austausch mit der Öffentlichkeit

ermöglicht. Wir spüren das große Bedürfnis der Menschen, ihre Gastfreundschaft zu leben. Es gibt keinen Rundgang, bei dem wir nicht zum Tee eingeladen werden. Daher denken wir an die Einrichtung einer gastronomischen Einheit, die von den BewohnerInnen angeboten wird.

SD: Die „HERberge“ als Impuls für die Stadtentwicklung?

BP: Früher stand hier ein altes Gebäude. Jetzt ist die Fassade aufgebrochen, sie wirkt spielerisch und zeigt die Funktion des Wohnens. Das ist wichtig für die unmittelbare Nachbarschaft.

Über die „HERberge“

Das aus den 1960er-Jahren stammende Mädcheninternat wurde generalsaniert und um einen zusätzlichen Baukörper inklusive Treppenhaus erweitert. Auf fünf Stockwerken sind jeweils Wohngemeinschaften für 25 bis 27 Menschen eingerichtet, die sich Küche und Sanitärräume teilen. Inklusive des Zubaus mit 4-Personen-Zimmern, die teilweise über eigene Balkone verfügen, bietet das Haus Wohnmöglichkeiten für 131 Menschen. Die Baukosten wurden von der Kongregation der Barmherzigen Schwestern der Provinz Innsbruck getragen und sollen über die Mieteinnahmen der Tiroler Soziale Dienste GmbH langfristig refinanziert werden. Die gesamte Innenausstattung wurde durch eine spezielle Form von Sponsoring realisiert. Seinen zeitgeistigen Look verdankt das Haus den Gebrauchtmöbeln, die die ArchitektInnen in den Möbellagern des Ordens gefunden und sorgfältig ausgewählt haben.

Über die Barmherzigen Schwestern

Die historisch starke Affinität des 1694 in Frankreich gegründeten Ordens zu Krankenpflege und Bildung kommt auf dem Areal der Barmherzigen Schwestern in Innsbruck deutlich zum Ausdruck. Neben zahlreichen Bildungseinrichtungen befindet sich dort auch eine medizinische Klinik. Aus dieser räumlichen Nähe ergeben sich nicht nur Synergieeffekte bei der Integration von Kindern geflüchteter Familien in den Schulbetrieb, sondern auch die direkte Nachbarschaft der Schwestern mit jenen Menschen, denen sie in der „HERberge“ Schutz und Geborgenheit bieten möchten.

www.barmherzige-schwestern.at

Über STUDIO LOiS

Barbara Poberschnigg, Elias Walch und Christian Hammerl firmieren zwar erst seit 2015 unter dem Label STUDIO LOiS in Innsbruck, verfügen jedoch bereits seit 2012 über gemeinsame Arbeitserfahrung. Zu den realisierten Projekten des engagierten Teams zählen neben dem Bau des Kulturzentrums und der Sanierung des Alten Widum in Ischgl, die ihm die Nominierung für den Mies van der Rohe Award 2015 einbrachten, auch internationale Projekte wie die Seilbahnstation Fansipan auf dem höchsten Gipfel Vietnams, die sich derzeit in Bau befindet. Mit den Barmherzigen Schwestern verbindet Barbara Poberschnigg eine lange Geschichte. So war sie etwa in den Umbau des Mutterhauses in Zams involviert, in dem der hohe Altersdurchschnitt der Klosterfrauen die Integration eines Pflegeheims in das Klostergebäude notwendig machte. STUDIO LOiS betreibt Architektur dezidiert nicht zum Selbstzweck, sondern ist bestrebt, auf soziale und kulturelle Veränderungen mit möglichst

einfachen Mitteln zu reagieren und, über die geforderte Funktionalität hinaus, auch atmosphärische und emotionale Mehrwerte zu bieten.

studiolois.io

URBANE GERECHTIGKEIT

Vor dem Hintergrund der Fluchtbewegungen nach Europa stellen sich bereits länger virulente Fragen mit neuer Schärfe, etwa jene nach der Verteilung und der Verwendung nicht nur räumlicher Ressourcen. Ein Gespräch mit der Architektin Gabu Heindl über Leerstand, die gesellschaftspolitischen Implikationen des Begriffs „Barrierefreiheit“ und Partizipation als Ablenkungsstrategie.



Christian Muhr (CM) im Gespräch mit Gabu Heindl (GH)

Photo: Alejandra Loreto

Stetiger Zuzug, hoher Anteil an BewohnerInnen mit migrantischem Hintergrund, verstärkte kulturelle Nutzung aufgelassener Handwerks- und Gewerbebetriebe, erheblicher Leerstand sowie steigende Immobilienpreise und Mieten charakterisieren den ehemals klassischen Arbeiterwohn- und Industriebezirk Ottakring. Er gehört zu jenen Orten in Wien, an denen sich zentrale Mechanismen der Veränderung der Stadt während der letzten zwei Jahrzehnte besonders gut beobachten lassen. Ottakring gilt als exemplarischer Schauplatz der in den 1970er-Jahren in Wien einsetzenden „Sanften Stadterneuerung“, die private Renovierungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln förderte, um die Wohnqualität zu verbessern. Durch diese Aufwertung verloren viele jener MigrantInnen, die in den Jahren davor als sogenannte „GastarbeiterInnen“ nach Wien gekommen und in den Bezirk gezogen waren, ihre billigen Wohnmöglichkeiten, während die lang ansässige ArbeiterInnenschaft zunehmend in die Umgebung von Wien auswich. Heute gilt Ottakring als nicht unumstrittenes Musterbeispiel der „sanften Gentrifizierung“.



Als Architektin, die ihre eigene Disziplin nicht als bloße Dienstleistung, sondern dezidiert als gesellschaftskritische Aktivität betrachtet, beschäftigt sich Gabu Heindl in ihren Architektur- und Forschungsprojekten intensiv mit den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen sowie mit deren Auswirkungen auf Architektur und Städtebau. Aktuell engagiert sich Heindl bei der Plattform „Raum4Refugees“, die kostenlose Planungs- und Beratungsleistungen für Gemeinden und Vereine anbietet,

die Menschen auf der Flucht unterbringen und betreuen möchten.

<http://raum4refugees.at>

Außerdem ist sie als Architektin in das Umbauprojekt „Transversales Stadthaus“ in Ottakring involviert, das nach solidarischen, inklusiven und emanzipatorischen Prinzipien entwickelt wird und an dem auch nach Wien geflüchtete Menschen beteiligt sind.

Wohnraum soll nicht nur als minimale Quadratmeterbeschaffung am Stadt- oder Gemeinderand, sondern als baukulturelle und gesellschaftspolitische Aufgabe erkannt und behandelt werden.

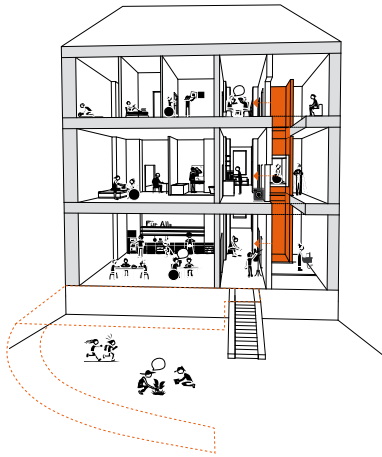
CM: Bei der Initiative „Raum4Refugees“ gehörst du zu den aktuell 41 ExpertInnen, die sich bereit erklärt haben, ihre Kompetenzen einzubringen. Was genau machst du im Rahmen dieser Plattform?

GH: Die Initiative ist ein interdisziplinärer Zusammenschluss zwischen RaumplanerInnen, ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen, die über Erfahrung in partizipativen Prozessen und kooperativen Projektentwicklungen verfügen. Das ist im Zusammenhang mit der Frage, wie leistbarer Wohnraum für Refugees geschaffen werden soll, wichtig. Wohnraum soll nicht nur als minimale Quadratmeterbeschaffung am Stadt- oder Gemeinderand, sondern als baukulturelle und gesellschaftspolitische Aufgabe erkannt und behandelt werden. Dieser Zusammenschluss ist eine Eigeninitiative, die im Kontext einer Lehrveranstaltung namens „Ethik in der Raumplanung“ gestartet wurde, in deren Rahmen ich seit zwei Jahren als Architektin Vorträge halte. Hier entstehen Verbindungen zwischen Raumplanung, Architektur und Städtebau. Wir haben uns gefragt, ob wir als ArchitektInnen und RaumplanerInnen selbst auf Bahnhöfe oder in Notunterkünfte gehen sollen, um dort beispielsweise zu kochen, oder ob es Möglichkeiten gibt, mit unseren beruflichen Erfahrungen zu helfen und diese konkret anzubieten, sei es in Form von Beratung oder initiativer Projektförderung. Wir wollten dort unterstützen, wo gerade am Anfang fachliche Hilfe benötigt wird.

CM: Könntest du ein konkretes Beispiel für diese Art der „Hilfestellung“, die ihr anbietet und leistet, nennen?

GH: Ich war als Vertreterin von „Raum4 Refugees“ beim ersten BürgermeisterInnentreffen in Wieselburg, das im Jänner 2016 vom Gemeindebund und vom Forum Alpbach gemeinsam mit „Österreich hilft“ initiiert wurde. Hier trafen sich achtzig bis hundert BürgermeisterInnen zum Austausch. Ich wurde gebeten, Input zum Thema Leerstand zu geben, genauer zum Potenzial von leer stehenden Bauten, die nicht genutzt werden und als Wohnraum für Geflüchtete umgestaltet werden könnten. Von solchen Gebäuden gibt es in Österreich so viele, dass alle Menschen, die hier Schutz vor Kriegen suchen, Wohnraum finden könnten. Mein Ziel war, darzustellen, dass es nicht darum gehen sollte, in der Not panisch, schnell und billig Wohnbau am Rand von Gemeinden zu fabrizieren, sondern darum, die Situation als Chance zur doppelten Integration zu erkennen: sowohl für die Integration von Neuzuziehenden als auch für die Stärkung der Ortskerne und für die gerechte Nutzung von vorhandenem Baubestand.

Ich habe betont, dass die aktuelle Situation im Kontext der allgemeinen Wohnbaupolitik und diese wiederum in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen ist. Im Rahmen von Workshops konnten sich die BürgermeisterInnen dann erkundigen, wie man so etwas angeht. Das ist eine komplexe Frage, die auch für uns StädteplanerInnen schwierig zu beantworten ist. Natürlich erkennen viele Menschen, dass beispielsweise die Aktivierung des Leerstands wichtig ist. Neben der planerischen und der Motivationsaufgabe tut sich hier aber noch eine politische Aufgabe auf, weil man niemanden zwingen kann, Leerstand als Wohnraum für Wohnungssuchende oder Obdachlose anzubieten. Leerstand steht nicht nur in der Gegend herum, sondern verursacht der Gesellschaft Kosten, weil die gesamte Infrastruktur rundherum von der öffentlichen Hand erhalten wird. Ich glaube, dass ArchitektInnen,



Leerstand steht nicht nur in der Gegend herum, sondern verursacht der Gesellschaft Kosten, weil die gesamte Infrastruktur rundherum von der öffentlichen Hand erhalten wird.

StädtebauerInnen und RaumplanerInnen die Aufgabe haben, die Beziehung zwischen Leerstand und Wohnungsnot aufzudecken, zu zeigen, wie man Leerstand nutzen kann, und zugleich eine politische Forderung im Sinne urbaner Gerechtigkeit zu formulieren – ohne dabei Refugees und länger ansässige arme Menschen gegeneinander auszuspielen.

CM: Ich habe den Eindruck, dass es vor allem VertreterInnen der „weißen Mittelschicht“ sind, die sich bei „Raum4Refugees“ engagieren. Das meine ich nicht wertend, sondern lediglich als Faktum. Wenn wir nun über die Stadt sprechen, die auch bei „Orte für Menschen“ eine zentrale Rolle spielt, frage ich mich, ob das so vielschichtige Phänomen „Stadt“ tatsächlich nur „ExpertInnen“ überlassen werden darf.

GH: Die Gruppe erweitert sich ständig und ist offen für neue Mitglieder, unabhängig von deren Herkunft. Wir haben als ExpertInnen nicht den Anspruch, ganze Städte zu bauen. Als Expertin kann ich mich einbringen, wenn es eine gezielte Anfrage gibt, die sich mit der Schaffung von Wohnraum, den rechtlichen Vorgaben, der Verknüpfung mit der Bundesunterstützung für Geflüchtete, der Berechnung der Sanierungskosten und der Mietkosten auseinandersetzt. Das heißt aber nicht, dass ich damit schon die Stadt baue.

In diesem Zusammenhang ist unser Projekt in der Grundsteingasse, das „Transversale Stadthaus“, interessant. Hier liegt die Emanzipation aufseiten derer, die gemeinsam ein Haus bauen. Dabei wird auch die Rolle der Architektin hinterfragt. Man muss diese Rolle nicht negieren – quasi als ob es ein Makel wäre, dass jemand über Expertise verfügt –, aber man kann kritisch mit ihr umgehen, damit das Ganze nicht paternalistisch auf die Verteilung von Labels à la „Du bist Flüchtling, ich bin Architektin“ hinausläuft.

CM: Zur Klärung: Die Plattform richtet sich nicht an Privatpersonen, sondern an Institutionen und Gemeinden, die etwas im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen unternehmen möchten?

GH: Es ist nicht so, dass die BürgermeisterInnen uns die Tür einrennen, aber durch die Plattform machen Menschen aus verschiedenen Disziplinen – und hoffentlich bald noch mehr aus sozial und ethnisch diverseren Gruppen – das Thema offensiv zu ihrer Agenda. Es kann nicht darum gehen, dass die Zivilgesellschaft dauerhaft und selbstausbeuterisch gewährleistet, was eigentlich Aufgabe des Staates wäre. Genauso wie ich nicht dafür bin, dass in Notunterkünften monatelang auf Selbstausbeutungsbasis gekocht wird, bin ich auch dagegen, dass Planungsleistungen nichts mehr wert sein sollen. Allerdings glaube ich, dass aus der Kombination von zivilgesellschaftlicher Initiative und der Bereitstellung von Services eine Agendasetzung erfolgt. Die Grundfragestellung lautet: Wie gelingt es, in neoliberalen Zeiten tatsächlich auf dem Anspruch auf leistbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle zu beharren? Durch die Wohnungsnot der Geflüchteten sieht man, wie schnell es zu einem Downgrading kommt. Jetzt sprechen wir einerseits von Zelten und Containern, andererseits über Techniken, um mit einem Minimum an Wohnraum auszukommen. Die Massenfluchtsituation ist ein Weckruf, der sagt, dass wir grundsätzlich eine andere Politik brauchen, die die Rechte verschiedener Gruppen von Armen in der Gesellschaft wahrnimmt.

CM: Bei den BürgermeisterInnen habe ich den Eindruck, dass sie im Grunde recht kooperativ und engagiert sind, auch wenn es bekanntlich viele Gemeinden in Österreich gibt, die noch gar keine Flüchtlinge aufgenommen haben.

GH: Es gibt viel Engagement, aber auch viel Zögern. Vieles passiert nur langsam – einiges dafür viel zu schnell. Es gibt längst eine Industrie, die Rezepte parat hat, um Neubauten auf niedrigem Niveau zu errichten. Das Problem ist, dass diejenigen, die eine differenzierte

Herangehensweise verfolgen, über weniger Sichtbarkeit verfügen. Der Neubau von besseren Containern ist sichtbar und als Lösung schnell am Tisch. Anstatt sich anzusehen, wie man komplexere Formationen ins Spiel bringen könnte, wird das Neu-Bauen oft als Lösung angesehen.

CM: Es gibt mittlerweile allerdings schon einige Konzepte, die nicht nur die Flüchtenden berücksichtigen, sondern explizit auch jene Menschen, die bereits vor Ort wohnen oder selbst Wohnungen suchen. Die Vorarlberger Initiative „Transfer Wohnraum“ der Architekten Postner und Duelli beschäftigt sich z. B. mit ungenutzten Grundstücken der katholischen Kirche, auf denen sie Wohnhäuser für die Menschen aus der Umgebung errichten.



GH: Hier handelt es sich aber nicht um Gebäudeerstand, sondern um Baugrund.

CM: Ja, das stimmt natürlich. Bei diesem Projekt geht es um eine Hausgemeinschaft. Mich interessieren die Zusammensetzung dieser Hausgemeinschaft sowie das Modell der Verteilung von Lasten und Vorteil, Kosten und Nutzen. Der Begriff „Hausgemeinschaft“ stammt ja vom griechischen „oikos“, aus dem sich wiederum das Wort „Ökonomie“ entwickelt hat. Beides hat also ursprünglich sehr viel miteinander zu tun.

Es gibt längst eine Industrie, die Rezepte parat hat, um Neubauten auf niedrigem Niveau zu errichten.

GH: Das Projekt in der Grundsteingasse ist kein Fall von schneller Notversorgung, sondern ein selbstorganisierter Verein namens „Verein für die Barrierefreiheit in der Kunst, im Alltag, im Denken“. Im Gegensatz zu den Baugruppen geht es diesem Verein nicht darum, Geld in das Eigentum von Wohnraum zu investieren, sondern darum, eine alternative Form von Haus- und Vereinsgemeinschaft zu konzipieren und zu leben. Es ist ein intersektionales Stadthaus in doppeltem Sinn: Über den drei Geschossen und Stiegenhäusern gibt es nur eine zentrale Küche, ebenso gibt es keine einzelnen Wohnungen, sondern kollektiv genutzte und private Räume. Die Mitglieder – und das ist die andere, weniger räumliche Bedeutung von Intersektionalität – kommen aus einem teils queeren, teils migrantischen Umfeld. Sie sind nicht besonders wohlhabend, aber solidarisch sozialisiert, es wird gemietet anstatt gekauft. Nach längerer Suche haben sie ein Haus in der Grundsteingasse gefunden, das der Verein mit mir als Architektin gemeinsam konzipieren und großteils selbst umbauen wollte. Dieser Ansatz geht im Kern auf die Siedlerbewegung zurück.

CM: Wie haben sich die unterschiedlichen Personen gefunden?

GH: Diese Leute haben sich über Jahre hinweg mit emanzipatorischen Projekten auseinandergesetzt und selbst in unterschiedlichen Wohngemeinschaften gelebt. Viele der BewohnerInnen sind Menschen, die als antirassistische, queere oder künstlerische AktivistInnen engagiert sind oder in Vereinen für Antidiskriminierung, Genderfragen und Gewaltprävention arbeiten. Insofern sind sie bereits sensibilisierte Menschen, die eine andere Form von Wohnen konzipieren. Sie nennen es selbst auch ein „Umverteilungsprojekt“. Wobei die Umverteilung dynamisch erfolgt: Einmal hat die eine mehr, manchmal der andere, um zur Miete und zu anderen Gemeinschaftskosten beizutragen.

CM: „Mehr“ heißt auch mehr Raum?

GH: Mal bedeutet es mehr Raum, mal mehr Geld – das hängt eben nicht zusammen. Die Leute kommen zum Teil aus experimentellen Wohngemeinschaften, in denen Räume gewechselt wurden. Die Gruppe besteht aus Menschen, die Treppen nutzen, und anderen, die den Lift nehmen. Menschen unterschiedlichen Alters von sechs bis sechzig Jahren mit unterschiedlichen Geschlechteridentitäten und Sprachkenntnissen sowie mit unterschiedlichen Arten legalisierten Aufenthalts. Für den asylberechtigten Modedesigner aus Tadschikistan gibt es ein Atelier, die immer schon in

Wien lebende Beraterin hat ein kollektives Zimmer als Beratungszimmer zur Verfügung, die Kinder teilen den Garten mit den Nachbarskindern.

Wir – meine Mitarbeiterin Lisi Zeininger und ich – haben mithilfe von ÜbersetzerInnen die gemeinsamen Workshops immer in allen Sprachen der Anwesenden geführt. Das hat zwar etwas länger gedauert, aber letztlich waren es unkomplizierte Workshops, weil das gemeinsame Ziel sehr klar war. Diese Übersetzungsmodi sind interessant, weil es meist nicht nur um die Sprache, sondern auch um das Verständnis und um Hinterfragungen geht: Was versteht man überhaupt unter einem intimen Raum? Wie groß muss er sein? Wie groß soll die Küche oder das Wohnzimmer sein? Es geht um Übersetzung im doppelten Sinn.



CM: Wie viele Leute sind daran beteiligt?

GH: Es sind 15 bis zwanzig aktive Vereinsmitglieder quer durch alle Altersgruppen.

CM: Wie fallen dort die Entscheidungen? Wird abgestimmt?

GH: Eher nicht – es geht eher um ein Konsensprinzip. Es wird respektvoll auf jeden und jede geachtet, aber zugleich geht es um pragmatische Entscheidungsfindungen. Nach zwei bis drei Workshops stand die Frage im Mittelpunkt, wie das Budget für Miete und Umbau zusammenkommt. Der Verein trägt nicht umsonst Barrierefreiheit im Namen, und er nimmt den Begriff der Barrierefreiheit in mehrfacher Hinsicht ernst. Obwohl wenig Geld da ist, machen sie das, was sich viele nicht leisten würden, nämlich einen Lift einbauen, damit die Mitglieder, die RollstuhlnutzerInnen sind, auch in die oberen Geschosse gelangen. Das ist teuer, aber sehr nachhaltig. Dafür sind die Fliesen im Badezimmer secondhand gekauft oder geschenkt. Als es darum ging, die Miete plus die Rückzahlung der Kredite aufzuteilen, hat die Gruppe ein Flipchart aufgestellt und unabhängig von der jeweiligen Privatraumgröße gefragt, wer wie viel geben kann. Nach einer halben Stunde war das erledigt. Ein schönes Beispiel solidarischer Ökonomie.



CM: Die Idee einer „Hausgemeinschaft“, die dieses Modell nicht traditionell, sondern progressiv interpretiert, erinnert mich an die „Sargfabrik“ in Wien, die vor zwanzig Jahren neue Wege bei der gemeinschaftlichen Nutzung und in der Finanzierung eines Wohnhauses gegangen ist. Das Projekt in der Grundsteingasse hat natürlich eine andere Agenda, wohl auch weil heute andere Dinge Priorität haben. So werden u. a. Menschen mit Fluchthintergrund dort wohnen. Wie treten aber Geflüchtete überhaupt mit diesem Verein in Kontakt?

GH: Durch unterschiedliche Freundschaftskonstellationen mit den Mitgliedern. Ich glaube nicht, dass dieses Projekt ein Standard hinsichtlich der Masse von benötigten Wohnungen wird. Aber eine Kombination aus Top-down und vergleichbarem Bottom-up wäre interessant: Eine von der öffentlichen Hand stimulierte Initiative, Gemeindebau für neue Wohnformen, aber auch für kollektive Herstellungsformen – also teils Baufirmen, teils NutzerInnen – zu aktivieren, wäre eine Top-down-Maßnahme, die Bottom-up im Bauen auch im großen Stil möglich machen würde. Eine echte Leerstandssteuer für Häuser oder Wohnräume hätte viel Potenzial für kleine Initiativen. Man muss schauen, dass Menschen Zugang erhalten und etwas entwickeln können, das sie sich leisten können.

CM: Die besondere Heterogenität der Gruppe, aber auch das Prinzip und die Art der „Umverteilung“ sind charakteristisch für dieses Projekt.

GH: Neben der solidarischen Ökonomie der Miete zeigt sich auch ein Unterschied beim Honorar. Wir haben uns darauf geeinigt, dass alle am Bau gleich bezahlt werden. Die Architektin hat den gleichen Stundenlohn wie der Handwerker und bekommt dafür garantiert jede Stunde bezahlt.

Man kann Menschen lange damit beschäftigen, sich irgendwie einzubringen, während die letzten Grundstücke verkauft werden.



Das ist mitunter um einiges besser, als wenn man eine Stundenliste mit einem hohen Stundenlohn schreibt, aber de facto pauschal bezahlt wird. Auch wenn das die Architektenkammer nicht gern liest: Im Sinne einer alternativen Ökonomie kann man durchaus hinterfragen, warum die Arbeitsstunden verschiedener Berufe derart unterschiedlichen Wert haben.

CM: Du hast gesagt, dass ihr bewusst auf manches verzichtet, das „üblich“ ist, auch um euch „Unübliches“ leisten zu können. Es gibt ja aktuell im Zusammenhang mit der Unterbringung von geflüchteten Menschen eine verstärkte Diskussion über Standards und Normen. Die Grundsteingasse jedenfalls ist kein Ort, an dem die Norm regiert, sehe ich das richtig?

GH: Ein Lift über drei Geschosse innerhalb einer übergroßen Wohnung ist im geförderten Wohnbau normalerweise unerreichbar. Dafür haben wir in der Grundsteingasse andere Standards sehr leger gehandhabt. Grundsätzlich beschäftigt sich die ArchitektInnenschaft seit Jahren damit, überzogene Verordnungsregeln abzuschaffen. Die Grundsteingasse hat einen selbst auferlegten Standard, der eine klare Prioritätensetzung zeigt: Sie braucht keine Tiefgarage, denn niemand besitzt ein Privatauto, aber in ihrem Selbstverständnis bekennt sie sich zur Barrierefreiheit. Jeder Mensch soll in jeden Bereich des Hauses gelangen können, auch im übertragenen Sinn, es geht darum, Chancengleichheit zu leben und zu fördern. Bei Standards muss man überlegen, was emanzipierende Standards, was gestalterische oder Oberflächenstandards und was Standards im Sinne des Schutzes von Menschenleben sind. Ich selbst würde mich z. B. im Schulbau dafür einsetzen, dass man nicht für den Extremfall eines Großbrands baut, weil man damit so manche spielerische Raumnutzung unmöglich macht. Aber man ist zugleich in einem Dilemma, denn wer übernimmt die Verantwortung, wenn dann einem Kind tatsächlich etwas passiert?

CM: Ein wesentlicher Aspekt der Hausgemeinschaft in der Grundsteingasse ist ihre genossenschaftliche Struktur und ihre gemeinschaftliche Ausrichtung. Ich denke, es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Solidaritätsgedanken, der dahintersteht, und der Zunahme von Standards und Normen in der Gesellschaft, nach dem Motto: Je weniger Solidarität existiert, desto mehr sind Standards und Normen nötig, denn es ist niemand da, der hilft, wenn etwas schiefgeht. Siehst du das ähnlich?

GH: Im Sinne der Gemengelage geht es auch darum, abzuwägen, wie Lebensqualität durch manche Standards eingeschränkt wird. Hinter der Planung steckt immer eine Form von politischer Haltung, die man diskutieren muss. Es gibt keine technisch optimierte, garantiert beste Lösung.

CM: Das Wort „Hausgemeinschaft“ sagt ja schon, dass die Menschen einander kennen und nicht nur nebeneinander wohnen, mit dem Effekt, dass die NachbarInnen einander vielleicht auch helfen, wenn es einmal nötig sein sollte.

GH: Umgekehrt gibt es gibt viele Menschen, die die Großstadt genau für die Anonymität lieben, die sie bietet. In der Grundsteingasse ist es auch nicht notwendig, sich immer mit zwanzig anderen Leuten zu verbinden. Aber die Idee der Solidarität ist in jedem Fall und dennoch erlebbar. Ich finde es wichtig, dass man sich zurückziehen kann, aber auch auf andere – also nicht sozial oder kulturell Ähnliche – trifft. Ich befürchte allerdings, dass wir eine „Verbiedermeierung“ erleben, wenn durch Standarderhöhungen z. B. alle Wohnungen eigene Terrassen bekommen. Dass jeder seinen eigenen Balkon hat, ist wunderbar, aber es fördert auch, dass sich die Leute in ihre eigenen vier Wände zurückziehen. Auch in ihrem Denken, das nicht mehr auf Öffentlichkeit und Unvorhergesehenes hin orientiert ist.

CM: Diese Gefahr besteht in der „Grundsteingasse“ wohl kaum. Eher dass die klassische Kleinfamilie dort keinen Platz findet, weil sie zu wenig „unkonventionell“ ist.

GH: Als ich von der Gender- und Patchworkkonstellation mit RollstuhlnutzerInnen und Asylberechtigten erfahren habe, klang das wie das Klischee der „anderen“ Baugruppe. Eine durchschnittliche Norm im Sinn traditioneller Modellformen von Gemeinschaft ist dort nicht repräsentiert. Es zeigt im besten Sinne, dass wir im Wohnbau die Vorherrschaft der klassischen Kleinfamilie überdenken und neue Formen gemeinsamen Wohnens ermöglichen müssen.

CM: Ich möchte gerne mit dir über den öffentlichen Raum sprechen, der für uns sehr wichtig ist, was sich auch in der Referenz des Projekttitels auf Bernard Rudofskys Buch „Strassen für Menschen“ ausdrückt. In deinem Text „Waschküchen-Urbanismus“ hast du argumentiert, wie wichtig und politisch wirksam der Faktor „Sichtbarkeit“ ist, nicht nur in Bezug auf die hohe Unsichtbarkeit häuslicher und damit bis heute überwiegend weiblicher Arbeit, sondern auch für alle Formen des sozialen Austauschs. Der öffentliche Raum bezieht seine Bedeutung stark aus der Sichtbarkeit, die er besitzt und die er u. a. jenen Konflikten verleiht, die dort passieren bzw. ausgetragen werden.

GH: Im Zusammenhang mit dem öffentlichen Raum bringe ich gerne das Beispiel einer mir nachdrücklich in Erinnerung gebliebenen Demonstration in Traiskirchen im Hochsommer 2015. Als das Lager damals mit bis zu 4.000 Asylsuchenden vollkommen überfüllt war, konnten diese Menschen in jener Demo ihre Stimme im öffentlichen Raum selbst erheben, dadurch wurde der Raum konfliktreich im Sinn einer vielstimmigen Öffentlichkeit. Wenn von den 4.000 Asylsuchenden in der Notunterkunft auch nur vierhundert ihr Recht auf freie Meinungsäußerung, das wir alle teilen, im öffentlichen Raum in Anspruch nehmen, dann ist das ein wichtiger Moment, der natürlich nicht konfliktfrei ist. Er zeigt, dass der öffentliche Raum genau dafür da ist – und nicht dafür, dass sich alle richtig und still verhalten oder er im Moment von Großevents „spektakulär“ erscheint.

Im Gegensatz dazu ist Partizipation als Planungsinstrument oftmals eine „Appeasement Strategy“, eine Befriedungsform, um die Leute zu „beschäftigen“. Ich bin absolut keine Gegnerin von Teilhabeprozessen, aber in manchen Planungsmaßstäben finde ich, dass sie vom größeren Thema ablenken. Man kann Menschen lange damit beschäftigen, sich irgendwie einzubringen, während die letzten Grundstücke verkauft werden. Außerdem ist bekannt, dass Partizipation oft nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe betrifft, weshalb KritikerInnen auch von einer „Reproduktion des Mittelklassegeschmacks“ sprechen. Auch da geht es also um Prioritäten.

Die Massenflucht zeigt uns letztlich, dass es auch im öffentlichen Raum um die Frage der Verteilung geht. Jede Stadt ist gut beraten, darauf zu schauen, dass es sowohl ein Recht auf Stadt als auch ein Recht auf Zentrum gibt. Jeder und jede kann sich im Zentrum der Stadt aufhalten und Orte finden, die für ihn oder sie auch lebbar sind. Eine Stadt soll nicht zu einem einzigen Konsum- und warenförmigen Raum werden.

CM: Du hast ja auch ein Konzept für einen prominenten Bereich des öffentlichen Raums in Wien, nämlich den Donaukanal, entwickelt.

GH: Bei diesem Projekt, das ich gemeinsam mit Susan Kraupp im Auftrag der MA 19 durchgeführt habe, ging es um Gestaltungs- und Entwicklungsleitlinien für den Donaukanal. Wir haben uns gefragt, wie wir zwei Millionen WienerInnen an der Gestaltung teilhaben lassen können. Hier braucht es eine starke Planung, aber auch eine klare politische Haltung. Das Areal sollte nicht noch stärker kommerzialisiert werden, gefragt war eher ein Nichtbebauungsplan. Diese Form von Planung ist eben nicht partizipativ im vorhin angesprochenen Sinn, aber aus meiner Sicht umso demokratischer, weil sie zum Ziel hat, den Raum so freizuhalten, dass möglichst viele AkteurInnen daran teilhaben und hier unvorhergesehene Aktionen stattfinden können. Unter solchen Umständen kann im besten

Fall Solidarität passieren. Es kann aber auch sein, dass sie nicht passiert. Solidarität bleibt kontingent – aber wünschenswert. Die Planung kann nur den Raum dafür schaffen, dass ihre Möglichkeit erhalten bleibt.

Über das „Transversale Stadthaus“ im 16. Bezirk

Auf Initiative des Wiener „Vereins für die Barrierefreiheit in der Kunst, im Alltag, im Denken“ wird aktuell ein gründerzeitliches Stadthaus im 16. Bezirk in Wien für die unterschiedlichen Bedürfnisse seiner rund zwanzig Vereinsmitglieder in der Altersgruppe von zehn bis über fünfzig Jahren adaptiert. Die offene und gemischte Hausgemeinschaft umfasst Menschen mit unterschiedlichen Geschlechteridentitäten und Sprachkenntnissen sowie mit unterschiedlichen Arten legalisierten Aufenthalts. Der Planungsprozess, die Finanzierung, der Umbau und die Nutzung werden nach partizipatorischen, emanzipatorischen und solidarischen Prinzipien organisiert mit dem Ziel, Diskriminierung in jeder Form zu verhindern und gute Voraussetzungen für ein ebenso selbstbestimmtes wie gemeinschaftliches Leben zu schaffen. Das in einem Hinterhof mit Garten gelegene Haus weist abgesehen von Privaträumen auch Arbeitsräume, Vereinsräume, Kundenräume, Beratungsräume sowie großzügige Gemeinschaftsräume auf.

Über Gabu Heindl

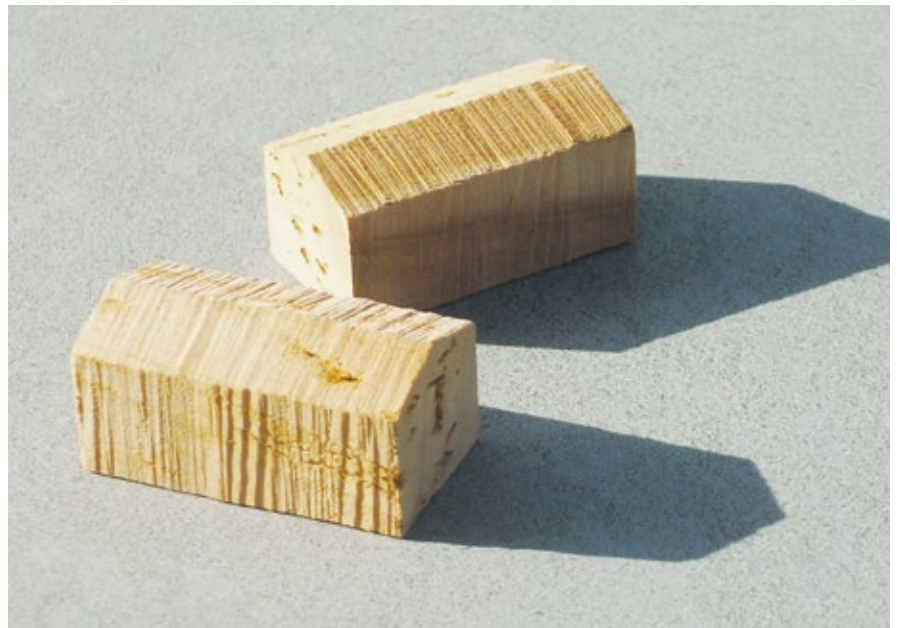
Gabu Heindl (geb. 1973) arbeitet als bauende, forschende und schreibende Architektin in Wien. Ihr 2004 gegründetes Büro für Architektur und Städtebau ist auf öffentliche Kultur- und Sozialbauten, städtebauliche Studien und Planungen sowie Forschungen zu Arbeit, Urbanität und Alltag spezialisiert. Zu ihren bekanntesten Realisierungen gehören (neben Kindergarten- und Schulbauten) die Fassaden-, Foyer- und Bargestellungen des Österreichischen Filmmuseums und des Stadtkinos Wien sowie die temporären Installationen für die Wiener Festwochen. Ihre aktuellen theoretischen Arbeiten setzen sich u. a. mit Phänomenen wie Postfordismus, neoliberaler Stadtentwicklung und gerechtigkeitsorientierten Planungskonzepten auseinander. Gabu Heindl ist Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Architektur, der Plattform für die unabhängige, kritische Debatte zu Architektur und Stadtplanung.

www.gabu-wang.at

www.gabuheindl.at

TRANSFER WOHNRAUM VORARLBERG

Hinter diesem alemannisch-prägnanten Titel steckt nicht nur eine skalierbare Initiative zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, sondern auch ein raumplanerisches und sozialpolitisches Programm, das kulturelle Traditionen ebenso berücksichtigt wie juristische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Ein Gespräch mit den Architekten Konrad Duelli und Andreas Postner über den Mangel an Wohnungen für Flüchtlinge und Einheimische in Westösterreich, weiße Flecken im Gemeindegebiet und Strategien zur Erhaltung der Standards in einer der wohlhabendsten Regionen Europas.



Modellhäuschen aus Birnenholz

Sabine Dreher (SD) im Gespräch mit Konrad Duelli (KD) und Andreas Postner (AP)

Im flächenmäßig kleinsten Bundesland Österreichs leben rund 380.000 EinwohnerInnen, von denen offiziell 6.500 Personen als Wohnungssuchende registriert sind. Das hohe Preisniveau der Baugründe und die Tatsache, dass bis zu 10.000 leer stehende Privatwohnungen nicht auf dem Markt angeboten werden, führen vor allem im Bereich erschwinglicher Mieten zu einem akuten Wohnungsmangel, von dem größtenteils junge Menschen und Familien betroffen sind.

Während die an die Schweiz und an Deutschland angrenzenden stark wachsenden Ballungsräume im Rheintal und im Walgau eine Bevölkerungsdichte von 353 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer aufweisen, verlieren die ländlichen Regionen Vorarlbergs mit derzeit durchschnittlich 43 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer aufgrund hoher Abwanderung immer mehr an Wirtschafts- und Arbeitskraft sowie an Lebendigkeit und Diversität.

Als Mittel zur Stärkung des sozioökonomischen Gleichgewichts zwischen einer der stärksten Industrieregionen Österreichs und den maßgeblich vom Tourismus geprägten Tälern Vorarlbergs lässt das gesamtheitliche Konzept dreier Architektexperten aufhorchen. Mit einer scheinbar lapidaren Rechnung präsentieren sie einen neuen Lösungsvorschlag für die Bereitstellung kostengünstigen Wohnraums in ländlichen Regionen.



Nordansicht eines verputzten Holzhauses mit straßenseitigen Park- und Fahrradabstellplätzen

Diese Objekte bleiben als sichtbarer und nutzbarer Wert im Sinne einer kommunalen Wertschöpfung erhalten.

SD: So wie unser Beitrag zur Architektur-Biennale ist Ihr Projekt eine Eigeninitiative. Wie haben Sie begonnen?

AP: Zu Weihnachten 2014 wurde uns klar, dass sich die Flüchtlingsströme verstärken werden, wie es auch das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte bereits beschrieben hatte, was die politische Öffentlichkeit aber noch weitgehend negierte. Gemeinsam mit unserem interdisziplinär zusammengesetzten Freundeskreis haben wir uns Gedanken gemacht, und wir wurden uns rasch einig, dass wir Flüchtlinge nicht wie während der Jugoslawienkrise ausschließlich in privaten Quartieren unterbringen können. Wir gingen davon aus, dass diese Problemstellung auch die Kirche interessieren müsste, und stießen beim Vorarlberger Bischof Benno Elbs auf offene Ohren. Bei einem ersten Gespräch habe ich dem Bischof erklärt, dass wir uns zuerst vor allem mit den Vorurteilen der Bevölkerung auseinandersetzen müssen, denn wir wussten, dass wir neue Gebäude erst dann realisieren können, wenn diese auf Akzeptanz stoßen.

SD: Welche Maßnahmen schwebten Ihnen vor?

AP: Wir dachten an sehr kleine Objekte für maximal 25 bis dreißig Personen, die man städtebaulich gut in die dörflichen und kleinstädtischen Strukturen integrieren könnte – Typologien, mit denen man in Vorarlberg bereits vertraut ist: teilweise traditionelle Typologien, teilweise aber auch solche aus dem modernen Holzbau. In den Endphasen des Baus sollten die künftigen BewohnerInnen mitarbeiten, um dem Vorurteil entgegenzuwirken, dass Flüchtlinge sich ins gemachte Nest setzen und nichts tun – obwohl bekannt ist, dass sie gar nicht arbeiten dürfen. Der Bischof hat sofort verstanden, dass bei diesem Ansatz einerseits die Bevölkerung erkennt, dass die Menschen sehr wohl arbeiten und sich einbringen wollen. Darüber hinaus ist eine sinnvolle Beschäftigung ein wichtiger Programmpunkt für die Geflüchteten, denn es ist fast ein Menschenrecht, selbst tätig zu werden und sich zu beteiligen. Zugleich ist die Mitarbeit eine Botschaft an die Bevölkerung, denn in Vorarlberg gibt es eine uralte, tief verwobene Tradition des Selbstbaus. Dieser Ansatz ist daher kulturell stimmig und wird auch verstanden. Der Bischof hat sofort begonnen, in seiner Diözese nach geeigneten Grundstücken zu suchen.

SD: An welche Region hatten Sie dabei gedacht?

AP: Wir hatten das gesamte Bundesland im Blick, denn der Bischof ist für ganz Vorarlberg zuständig. Wir konnten ihn auch für ein zweites, uns sehr wichtiges Projekt gewinnen: für die zeitgleiche Schaffung von Gärten. Es sollten nicht nur Häuser gebaut, sondern auch Gemeinschafts- und Nutzgärten angelegt werden. Auch von IntegrationsexpertenInnen wird bestätigt, dass gärtnerische Betätigung für die Geflüchteten eine der besten Methoden ist, um wieder Wurzeln zu schlagen und sich selbst zu verorten. Die Diözese hat daraufhin die eigenen Liegenschaften untersucht und über 45 Baugrundstücke identifiziert, die für solche Zwecke geeignet wären. Unsere Vorstellung war von Anfang an, dass wir Baugrundstücke nicht käuflich erwerben, sondern einen Baurechtsvertrag auf fünfzig Jahre abschließen. In den ersten fünf bis zehn Jahren, in denen mit einer überaus prekären Flüchtlingssituation zu rechnen ist, sollte die Kirche auf die Bezahlung von Pacht oder Zinsen verzichten.

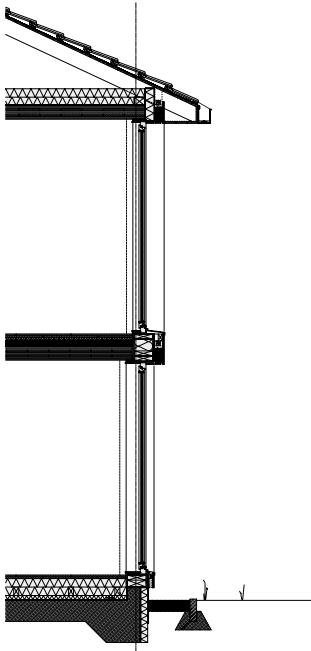
SD: Ihr Konzept ist also langfristig angelegt.

AP: Die Gebäude werden für Flüchtende und Asylwerbende errichtet und können in einer späteren Phase in kommunale Häuser für Gemeindennutzungen und Startwohnungen „switchen“. Nach der Erstnutzung könnte die Gemeinde diese nach ihren Bedürfnissen umwidmen. Nach fünfzig Jahren würden die Häuser dem Baurecht entsprechend an die EigentümerInnen zurückfallen.

Rendecing : Design Therapy



Südansicht eines zweistöckigen Holzhauses mit Selbstversorgergärten im Vordergrund und den Schweizer Bergen im Hintergrund.



Holzkonstruktion Detail

Wesentlich bei unserem Ansatz ist, dass wir nicht nur für Geflüchtete, sondern in gleicher Weise für die Ortsansässigen bauen.

SD: Wer errichtet die Gebäude: das Innenministerium, die Gemeinde oder jemand anderer?

AP: Für die Bereitstellung von Grund und Boden kommen an sich verschiedene PartnerInnen infrage: die Diözese, eine Gemeinde, das Land, gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften oder der Bund. Wir haben uns auf den realistischsten Ansatz konzentriert, die Diözese, aber gleichzeitig auch die Frage der Finanzierung bedacht.

Derzeit werden mit gigantischem logistischem Aufwand private Wohnungen angemietet. Aufgrund der 15a-Vereinbarung von Bund und Land werden die Mietkosten im Verhältnis 60 : 40 getragen. Wenn wir eigene Objekte errichten, zahlen wir die Mietkosten nicht an Private, bei denen das Geld versickert, sondern schaffen mit Geldern der öffentlichen Hand öffentliche Werte für die Gemeinschaft. Diese Objekte bleiben als sichtbarer und nutzbarer Wert im Sinne einer kommunalen Wertschöpfung erhalten. Dabei kommen die Gemeinden, die durch die Situation stark belastet werden, auch in eine gewisse Win-Situation. Der gesamte Ansatz ist allerdings nur dann sinnvoll, wenn der Bau dieser Häuser fixer Bestandteil der Gemeindeentwicklung wird.

SD: Sind die Gemeinden in der Lage, das zu bewältigen?

AP: Im Prinzip setzen wir auf die gleiche Art der Finanzierung, die sonst über die private Mietschiene läuft. Drei der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften, die von der Landesregierung angesprochen wurden, sind mit im Boot. Damit ist die Finanzierung eigentlich geklärt. Sie funktioniert über die Wohnbauförderung, über Selbst- bzw. teilweise Fremdfinanzierung, so wie es die Baugenossenschaften handhaben. Das ist ein Modell, es wurden aber auch andere diskutiert: die Beteiligung von Privaten ebenso wie die Errichtung einer Stiftung oder einer neuen Form der Genossenschaft. Die Finanzierung selbst ist auf jeden Fall machbar.

SD: Was waren die größten Vorbehalte, denen Sie begegnet sind?

AP: Bis Mitte 2015 dominierte dabei das Verelendungsszenario: „Machen wir nicht viel, dann kommen weniger Leute“, oder „Machen wir es schlecht, damit weniger kommen“. Wenn man weiterdenkt, sieht man, dass man dadurch kein Problem löst, sondern nur einen Problemstau erzeugt. Wir haben beide bereits in der Entwicklungspolitik gearbeitet, sind weder blauäugig noch Sozialromantiker. Als wir das erste Mal mit Verantwortlichen sprachen, sagten diese, dass sie ganz neue Siedlungen für fünfzig bis siebzig Personen jeweils an den Rändern der Gemeinden bauen wollten. Es ist uns gelungen, die Politik stattdessen von einem kleinteiligen Weg zu überzeugen. Ich glaube, dass wir das als Erfolg verbuchen können.

SD: Womit konnten Sie überzeugen?

AP: Wesentlich bei unserem Ansatz ist, dass wir nicht nur für Geflüchtete, sondern in gleicher Weise für die Ortsansässigen bauen. Das hat das politische Gegenüber überrascht: In Vorarlberg gibt es 380.000 EinwohnerInnen, davon sind offiziell etwa 6.500 Wohnungssuchende. Wir haben festgestellt, dass verschiedene Wohnungsmärkte miteinander konkurrieren: der Wohnungsmarkt der AsylwerberInnen, jener der anerkannten Konventionsflüchtlinge und der der ortsansässigen Bevölkerung. Um die extreme Konkurrenzsituation zu auflösen, haben wir unsere Modellkonzeption auf Flüchtlinge und Ortsansässige ausgerichtet. Im selben Programm und unter gleichen Voraussetzungen wird auch für die regionale Bevölkerung gebaut, wobei die Konventionsflüchtlinge mitgenommen werden können, weil sie rechtlich den gleichen Status haben. Für die Asylwerbenden werden wir mehr Integrationsleistungen anbieten, und um die Bereitschaft der Bevölkerung zu unterstützen, bauen wir dort besonders kleinteilig. Pro Gemeinde gehen wir im Durchschnitt von zwei Häusern für je 25 Personen aus. Es

Ein junger Vorarlberger hat uns bei einer Enquete gefragt, ob die Flüchtlingskrise notwendig war, damit die Politik versteht, wie wichtig es ist, für junge Leute Wohnraum zu schaffen.

Wir sind aber nicht generell für ein Absenken der Standards. Das würde Interessengruppen in die Hände spielen, die mit nachhaltigem Bauen nicht viel am Hut haben.

gibt auch einen dreigeschossigen Typus für den kleinstädtischen Bereich.

SD: Sind die anerkannten Flüchtlinge ihrer Erfahrung nach bereits in den Arbeitsmarkt integriert?

AP: Die Frage nach der Arbeitsmarktintegration ist eine ganz eigene. Wenn der Anerkennungsbescheid kommt, ist der Jubel zunächst groß. Der Erhalt des Bescheids bedeutet aber auch, dass man spätestens vier Monate danach die Bundesbetreuung verlassen muss. Und was ist dann? Wir können nicht davon ausgehen, dass alle sofort Arbeit erhalten und Einkommen erzielen. In dem Augenblick, in dem die Betreuungsprogramme enden, sind die Betroffenen mit einer extrem schwierigen Realität konfrontiert. Da stellen sich jede Menge Fragen, mit denen sich die Politik bis jetzt viel zu wenig auseinandergesetzt hat. Wir hingegen haben eine sozialpolitische Modellkonzeption im Hintergrund, auf der das Bauprogramm basiert.

SD: Deswegen interessiert uns Ihr Projekt. Bevor Sie sich mit Plänen beschäftigt haben, haben Sie sich mit Verträgen sowie mit ökonomischen, politischen und soziokulturellen Fragen auseinandergesetzt.

AP: Ja, das deklarieren wir auch so. Wir beide sind Architekten, so wie auch Hermann Kaufmann, der mit im Team ist. Wir sprechen alle wesentlichen Projektschritte miteinander ab. Dabei ist die sozialpolitische Programmschiene unverzichtbar, denn ohne sie kommt man integrativ nicht weiter.

SD: Für die Politik scheint die Unterbringung von Geflüchteten zunächst vor allem ein Architekturproblem zu sein, aber Sie können deutlich machen, dass man sich die Situation ganzheitlich ansehen muss, und die Chancen dafür stehen heute besser als vor fünf Jahren.

AP: In der Frage kostengünstiger Wohnungen ist über Jahrzehnte in ganz Österreich zu wenig geschehen, ganz unabhängig von der aktuellen Flüchtlingsdiskussion. Ein junger Vorarlberger hat uns bei einer Enquete gefragt, ob die Flüchtlingskrise notwendig war, damit die Politik versteht, wie wichtig es ist, für junge Leute Wohnraum zu schaffen. Das bringt es auf den Punkt: Das Problem hatten wir schon vorher, aber jetzt ist der entscheidende Impuls da, um endlich und zwingend über sozialen Wohnbau zu diskutieren – und auch rasch zu handeln.

SD: In diesem Zusammenhang warnen ArchitektInnen oft vor der Gefahr, dass ein Absenken der Standards erfolgen könnte.

AP: Wir haben unabhängig von der Flüchtlingsthematik eine Debatte über überzogene Standards im Bautechnikbereich. Es gibt Entwicklungen, die zu weit gehen und nicht mehr sinnvoll sind. Wir sind aber nicht generell für ein Absenken der Standards. Das würde Interessengruppen in die Hände spielen, die mit nachhaltigem Bauen nicht viel am Hut haben. Hier muss man sehr genau differenzieren. Wie das für uns konkret aussieht, möchte ich am Energiestandard festmachen. Wir wollen Holzhäuser errichten und planen einen sehr guten Niedrigenergiestandard, aber wir errichten keine Passivhäuser, weil wir sowohl die Frage der Investitionskosten als auch die Frage der unmittelbaren Sozialverträglichkeit im Auge behalten. Es fällt teilweise schon der österreichischen Bevölkerung schwer, mit der Technologie eines Passivhauses adäquat umzugehen, um zu guten Ergebnissen zu kommen. Da bräuchte es intensivere Einschulungen.

SD: Welches Know-how müsste man dafür mitbringen?

AP: Know-how über Schaltungen, Steuerungen, die konkrete Praxis. Man muss seine Lebensgewohnheiten anpassen, kontrolliert lüften. Wir wollen nicht auf der Technologieebene nach oben schrauben, sondern versuchen, das Nachhaltigkeitsproblem durch kleinteilig strukturierte

Wir wollen keine Katastrophenarchitektur bauen. Warum sollten wir in der Situation plötzlich alles über den Haufen werfen, worüber wir uns in der Raumplanung, in der Architekturtheorie und in der Ortsentwicklung lange Zeit den Kopf zerbrochen haben?

Uns ist wichtig, die Holztafelbau- bzw. -elementbauweise zu verwenden, weil alle Zimmereien in Vorarlberg diese Technologie beherrschen.

Ensembles im Auge zu behalten. Wir bauen z. B. keine Tiefgaragen und reduzieren auf wenige Stellplätze, weil wir in Richtung autofreie Siedlung denken. Im Plan sehen wir die Stellplätze in den Grundflächen vor, bauen sie aber nicht voll aus, sondern nutzen sie als zusätzliche Garten- bzw. Rasenflächen. In der energetischen Konzeption beurteilen wir Haus und Mobilität gesamtheitlich in einer Bilanz. Damit kommen wir weit und müssen technologisch nicht alles ausreizen.

KD: Kostenmäßig kann man natürlich bei so einem Haus nicht vierzig Prozent einsparen, das ist unmöglich. Einsparen kann man dadurch, dass man keine Tiefgarage baut und kleinere Wohnungen plant. Derzeit hat in Vorarlberg eine Zweizimmerwohnung im sozialen Wohnbau 75 Quadratmeter. Bei dieser Größe schafft man keine effektive Kostenreduktion.

SD: Wie viel geringer ist die Wohnfläche, die Sie vorgesehen haben?

KD: Grundsätzlich haben wir relativ kleine Wohnungen mit etwa fünfzig Quadratmetern geplant. Wir könnten aber sowohl noch kleinere als auch größere bauen.

AP: In Vorarlberg ist der Wohnungsbedarf der Ortsansässigen momentan so hoch, dass alles, was gebaut wird – egal in welcher Größe –, im Nu weg ist. Das beschreibt die Brisanz der ganzen Situation. Junge Leute wollen oft einfach nur kleine, leistbare Wohnungen – für sich oder zu zweit. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass Konventionsflüchtlinge mit Kindern Wohnungen finden, in denen auch fünf Personen Platz haben. Auf diese Situation haben wir reagiert und ganz einfache Typologien für primär fünfzig Quadratmeter geschaffen, mit denen in Variationen zwischen 35 und 110 Quadratmetern alles möglich ist. Um kostengünstig zu bauen, achten wir auf drei Dinge: auf die Wohnungsgröße und auf das energetische Konzept im Zusammenhang mit der Mobilität sowie drittens auf den Standard des Endausbaus. Auch das Modell des Baurechtsvertrags hilft, nicht zuletzt um der Bodenspekulation entgegenzuwirken.

SD: Im Kern gehen Sie von einer temporären Nutzung des Grundes aus, aber die Gebäude selbst sind für einen langen Zeitraum gebaut und nicht temporär angelegt.

AP: Genau. Letzteres halten wir auch nicht für sinnvoll. Wir wollen keine Katastrophenarchitektur bauen. Warum sollten wir in der Situation plötzlich alles über den Haufen werfen, worüber wir uns in der Raumplanung, in der Architekturtheorie und in der Ortsentwicklung lange Zeit den Kopf zerbrochen haben? Darin besteht unser Hauptvorwurf an die Politik. In Österreich gibt es gut sieben Architekturfakultäten oder -schulen, die sich mit Raumplanung auseinandersetzen, und zahlreiche Universitäten und Fachhochschulen, die sich mit Sozialwissenschaft und Gemeinwesenarbeit beschäftigen. Und dann kommt die Politik und setzt auf Katastrophenarchitektur und umgeht den ganzen Themenkomplex, indem sie sich an Großinvestoren wendet und problematische Projekte wie Containersiedlungen in den Raum stellt. Ob nun aus Holz oder aus Metall, uns kommt das bizarr vor, und es ist für das Land in seiner Gesamtentwicklung schädlich.

SD: Das sehen wir auch so. Es gibt einige Initiativen, die sich durch mehr Innovation oder Ideenreichtum unterscheiden. Deswegen gefällt uns Ihr breiter Ansatz. Was wäre für Sie das Markanteste, das Sie damit erreichen könnten?

AP: Es war z. B. überraschend zu sehen, wie viele Grundstücke die Kirche angeboten hat. Ein Bürgermeister hat den Vergleich mit einem Käse angestellt: Dort, wo die Löcher sind, gibt es Restflächen im Bebauungsgebiet, und das sind ziemlich sicher kirchliche Gründe. Die Freude der BürgermeisterInnen, dass sich die Kirche hier engagiert, ist groß, weil endlich Grundstücke, die lange nicht genutzt wurden,

in den Wohnbaugebieten einer Bebauung zugeführt werden. Über diese kleinen Parzellen, die oft nur 2.000 Quadratmeter groß sind, können wir eine Form sehr sinnvoller Nachverdichtung erreichen.



Hermann Kaufmann, Andreas Postner,
Konrad Duelli

SD: Sie betonen, dass Sie eigentlich ein Programm entwickelt haben. Programme haben die Tendenz, sich als universelle Modelle zu verfestigen. Besteht nicht die Gefahr, dass am Ende das Resultat nur Ihre Handschrift trägt?

AP: Es handelt sich nicht um eine Architekturaufgabe, von der wir glauben, sie allein lösen zu müssen. Es geht uns nicht um Selbstverwirklichung, ganz im Gegenteil. Daher haben wir bewusst keine eigene Website gemacht und treten nicht als Firma auf. Wir haben eine Programmidee entwickelt, die KollegInnen, die sich dafür interessieren, jederzeit aufgreifen können, um sie spezifisch für eine Gemeinde in Österreich zu adaptieren.

SD: In Ihrem Konzept haben Sie sich für eine Holzbauvariante entschieden, die industriell hergestellt wird.

AP: Großindustrielle Holzbaukonzepte würden viel Platz benötigen, um überhaupt wirtschaftlich zu sein. Inzwischen haben in Vorarlberg industrielle Holzbauanbieter ihre Konzepte auf kleinere Maßstäbe skaliert. Uns ist wichtig, die Holztafelbau- bzw. -elementbauweise zu verwenden, weil alle Zimmereien in Vorarlberg diese Technologie beherrschen. Im Land gibt es etwa fünfzig bis siebzig hervorragende Holzbaubetriebe. Wir wollten kein Programm entwickeln, das nur ein paar großindustrielle Hersteller umsetzen können, während die lokalen Betriebe durch die Finger schauen. Das wäre ein Widerspruch zu einer integrativen Politik, denn Integration und Inklusion bedeutet, alle vor Ort mitzunehmen und zu beteiligen. Diese regionale Wertschöpfung, vom Wald über die Säger bis zu den Unternehmern, ist für uns zentral. Das hat die Politik erst mit der Zeit verstanden.

SD: Ist bereits ein Spatenstich in Sicht?

AP: Wir haben unser Modell im Spätsommer 2015 der Landesregierung vorgestellt, und unsere Ungeduld ist inzwischen enorm. In einigen Gemeinden haben wir schon im Voraus mit konkreten Planungen begonnen. Momentan wird noch der Baurechtsvertrag überprüft, um ihn zwischen Pfarre, Diözese und Wohnbauträger abzustimmen. Sobald es dafür den Sanctus gibt, reichen wir ein.

SD: Wie viele Projekte wollen Sie ungefähr angehen?

AP: Wir haben der Politik aus verschiedenen Gründen empfohlen, nicht mit einem Pilotprojekt zu beginnen, sondern mit vier oder fünf gleichzeitig. Einer der Gründe dafür ist, dass wir die Leute schützen und die Gemeinden keinem erhöhten sozialpsychologischen Druck aussetzen wollen.

SD: Befürchten Sie selbst bei so kleinen Einheiten dahingehend Probleme?

AP: Wenn wir in mehreren Orten gleichzeitig zu bauen beginnen, verteilt sich der Druck. Außerdem wollen wir den Bau- und Kommunikationsprozess wissenschaftlich begleiten, um möglichst viel dabei zu lernen.

KD: Man muss damit rechnen, dass es in der einen oder anderen Gemeinde zu Verzögerungen kommt. Wenn es uns aber gelingt, mit den NachbarInnen vorweg alles abzuklären, kann es auch sehr schnell gehen. Dennoch, selbst nach einem Jahr ehrenamtlichen Engagements wollen wir keine falschen Erwartungen schüren.

Über „Zwei Häuser für jede Gemeinde“

„Der österreichische Gemeindebund vertritt siebzig Prozent der österreichischen Bevölkerung in 2.180 Gemeinden. In jeder Gemeinde leben durchschnittlich 2.800 Personen. Mit zwei Häusern à 15 Personen schaffen wir Wohnraum für dreißig Personen – das sind bei 2.180 Gemeinden 65.400 Personen. Das wiederum sind in etwa siebzig Prozent der 90.000 Flüchtlinge in Österreich. Das Unterbringungsproblem wäre damit gelöst.“

Über die Initiatoren

Als Konsequenz aus privaten Gesprächen gründeten die drei Architektexperten und Kollegen Konrad Duelli (geb. 1961), Hermann Kaufmann (geb. 1955) und Andreas Postner (geb. 1956) zusammen mit anderen Mitdenkern die Initiative Transfer Wohnraum Vorarlberg. Während Hermann Kaufmann sich als bauender und lehrender Spezialist für Holzbau international einen Namen gemacht hat, teilen die selbstständigen Architekten Konrad Duelli und Andreas Postner Engagement und Erfahrung in den Bereichen Migration und Entwicklungshilfe. Postner engagierte sich darüber hinaus als Gründungsmitglied der NGO Transform Alpenrhein/Bodensee grenzüberschreitend in den Bereichen Energie, Raumplanung, Verkehr und Umwelt.

DISPLACED SPACE FOR CHANGE

„Sicherheit für alle Beteiligten“ ist ein Schlüsselthema bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. In der ehemaligen Finanzlandesdirektion in Wien Mitte hat ein interdisziplinäres Team vorgeführt, wie die Unterbringung von Tausenden Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Hintergründen trotz schwieriger Umstände weitgehend konfliktfrei gelingen kann. Ein Gespräch mit den Rotkreuz-Mitarbeiterinnen und Leiterinnen des Hauses Martina Burtscher und Eliane Etmüller, den Universitätslehrenden und Initiatorinnen von „DIS.PLACED space for change“ Karin Harather und Renate Stuefer sowie Mitgliedern des Projektteams, den Studierenden Rupert Gruber, Julia Menz und Maria Myskiw, über Chancen, denen dringend Raum gegeben werden muss.



Frauen bei der Gestaltung eines Gemeinschaftsraumes. Die Ornamente wurden gemeinschaftlich in Workshops entwickelt und von StudentInnen in lasergeschchnittene Schablonen übertragen, die für Wandmalereien eingesetzt werden.

Sabine Dreher (SD) im Gespräch mit Martina Burtscher (MB), Eliane Etmüller (EE), Karin Harather (KH), Renate Stuefer (RS), Rupert Gruber (RG), Julia Menz (JM) und Maria Myskiw (MM)

Photos: Displaced

Am 15. September 2015 wurde dem Roten Kreuz gemeinsam von der Bundesimmobiliengesellschaft und der Universität für angewandte Kunst Wien ein 30.000 Quadratmeter großes leer stehendes Bürogebäude in zentraler Lage in Wien Mitte als Durchgangsquartier für Flüchtlinge übergeben. Binnen weniger Stunden wurden die Flächen vom Katastropheneinsatz mit Feldbetten ausgestattet, sodass täglich bis zu 1.250 Transitflüchtlinge mit Essen und einem Schlafplatz versorgt werden konnten. Wenige Wochen später wurde das Durchgangsquartier

als längerfristige Unterkunft für Geflüchtete bestimmt, allerdings ohne das Haus mit dem Titel eines Grundversorgungsquartiers und den dafür erforderlichen Mindeststandards auszustatten.



Planung der Aufteilung der Hygienecontainer

Zeitgleich fand im selben Gebäude das Kulturfestival „Urbanize!“ unter Beteiligung von Lehrenden und Studierenden der Architektur fakultät der Technischen Universität Wien und der Universität für angewandte Kunst Wien statt. Spontan suchte die Projektgruppe „DIS. PLACED space for change“ die Zusammenarbeit mit den Einsatzleiterinnen des Roten Kreuzes und gründete eine Art „offene Allianz“. Gemeinsam mit anderen engagierten Initiativen ist es den Beteiligten gelungen, über die „Kunst der Kooperation“ zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der räumlichen und sozialen Aufenthaltsqualitäten für die BewohnerInnen des Hauses umzusetzen. Das aufgebaute Vertrauen zwischen Betreuungsorganisation und Kulturarbeit hat zahlreiche Kooperationen und eine reichhaltige Palette von Aktivitäten bewirkt und nicht zuletzt einen Reichtum von zwischenmenschlichen Erfahrungen und Beziehungen zwischen allen AkteurInnen ermöglicht.



Das Kulturcafe mit einer breiten Palette an Kulturangeboten hat sich zum Herzstück des Hauses entwickelt.

Die absehbare Schließung des Quartiers Ende Mai 2016 stellt exemplarisch die Frage, wie die in den letzten Monaten gewonnenen Expertisen und bewährten Modelle gebündelt und zum Wohl aller Beteiligten eingesetzt und auf andere Standorte übertragen werden können.

SD: Ich würde zunächst gerne aus studentischer Sicht erfahren, wie diese Initiative entstanden ist.

MM: Wir sind im Zuge einer Lehrveranstaltung von Karin Harather und Renate Stuefer während des „Urbanize!“-Festivals in das Gebäude gekommen. Es ging dabei um Lernräume für junge Flüchtlinge, und wir arbeiteten mit den PROSA-SchülerInnen in gemischten Teams, um verschiedene Zugänge zur Aufgabenstellung zu finden. Unsere Gruppe entschied sich, direkt im Haus zu arbeiten und zu probieren, durch kleinräumliche Interventionen gewisse Qualitäten zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir weder Geld noch andere Ressourcen. Der Workshop dauerte eine Woche und endete mit sechs verschiedenen „Tischgesellschaften“, bei denen wir uns mit ExpertInnen und interessierten Personen über die Thematik austauschten. Unsere Gruppe hat sich entschieden, an diesem Punkt nicht aufzuhören, sondern weiterzumachen. Martina Burtscher vom Roten Kreuz, die das Haus leitet, hat unser Tun von Anfang an unterstützt. Sie hat befürwortet, dass wir auch nach Ende des „Urbanize!“-Festivals im Haus bleiben, und uns Räume für unsere weiteren Tätigkeiten zur Verfügung gestellt.

Es war wichtig, vor Ort zu sein und die Abläufe im Haus direkt mitzubekommen. So wurde uns auch schnell klar, dass wir uns für Gemeinschaftseinrichtungen engagieren müssen, denn es waren 1.250 Menschen im Haus, und es wäre unmöglich gewesen, für einzelne Personen etwas Bestimmtes zu machen, ohne dadurch Ungleichheiten zu schaffen.

SD: War diese Lehrveranstaltung schon lange im Voraus geplant?

RS: An sich beschäftigen wir uns in unserem Forschungs- und Lehrbereich mit den Feldern Architektur und Bildung. In Vorbereitung eines Lehrveranstaltungsprojekts zum Thema „neue Lernräume“ nahmen wir Kontakt mit dem Verein PROSA auf. Junge Geflüchtete, die nicht mehr im Pflichtschulalter sind, haben in Österreich keinen Zugang zum Bildungswesen. Der Initialworkshop sollte im Rahmen des „Urbanize!“-Festivals stattfinden. Die Immobile in der Vorderen Zollamtsstraße, in der die Festivalzentrale geplant war, stand damals noch leer. Die Location wurde dann während der Laufzeit des Festivals über Nacht in eine Notschlafstelle für über 1.000 Menschen umgewandelt.

KH: Der 2012 gegründete private Verein PROSA baut auf einem

Das Gebäude war
zuvor als Büro
genutzt worden,
und für 1.000
Leute gab es nur
fünf Duschen.



Bibliothek ausgestattet mit Möbeln, die in der hauseigenen Werkstatt hergestellt wurden, Fundstücken und Spenden.

Integration erfolgt über das Eingebundensein in einen selbstverständlichen Alltag und in einen größeren kulturellen Kontext.

Dreisäulenmodell auf: Schulausbildung, wobei die Prüfungen extern abgelegt werden müssen, Sozialarbeit, um die jungen Leute in irgendeiner Form aufzufangen, sowie die Vernetzung mit den Nachbarschaften. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen, und PROSA ist laufend auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, wobei sich der Verein bewusst nicht in einem Kellerlokal versteckt.

Wir haben unsere Einreichung für das „Urbanize!“-Festival bereits im Vorfeld mit unseren KollegInnen aus dem Bereich „Stadtkultur und öffentlicher Raum“ formuliert, die im Wintersemester ebenfalls zur Flüchtlingsthematik arbeiten wollten. Unter dem Festivalmotto „Do It Together“ und „Cooperative Playground“ wollten wir gleich zum Semesterstart mit interdisziplinären Teams aus drei Richtungen in einer Intensivwoche ein offenes Seminar durchführen.

Die Erdgeschossräumlichkeiten in der Vorderen Zollamtsstraße 7 standen als Festivalzentrale schon ein halbes Jahr vorher fest. Als wir Mitte September eine Hausbegehung machten, wunderten wir uns, dass ein riesiges Haus mitten in der Stadt leer steht, während zugleich überall Zeltlager aufgebaut wurden. Kurz nach dieser Raumbesichtigung lasen wir die Pressemeldung „Angewandte stellt 1.000 Schlafplätze für Flüchtlinge zur Verfügung“. Wir wunderten uns noch, wo die Angewandte so viel Platz hat, und erfuhren kurz darauf, dass es sich dabei um die Vordere Zollamtsstraße handelt, also um genau jenes Gebäude, das als „Urbanize!“-Festivalzentrale fungieren sollte.

RS: Dann ging alles sehr schnell. Die Bundesimmobiliengesellschaft hat die Festivalleiterin Elke Rauth informiert, dass das Haus dem Roten Kreuz übergeben wird. Daraufhin ist sie persönlich am Abend hingefahren und hat die Tür aufgesperrt, die man sonst wahrscheinlich hätte aufbrechen müssen. Natürlich gab es in diesem Moment die Überlegung, ob es überhaupt politisch korrekt ist, mit dem Festival einen Platz zu besetzen, den die Menschen vielleicht viel dringender zum Schlafen brauchen.

SD: Das Gebäude wurde also ganz kurzfristig übergeben. Wie habt ihr vom Roten Kreuz das aus eurer Perspektive erlebt?

MB: Den Schlüssel hat ein Freiwilliger des Katastrophenhilfsdiensts zusammen mit Freiwilligen des Kärntner Roten Kreuzes übernommen, diese haben dann in der Nacht die Wasserleitungen und die Sanitäranlagen im Haus überprüft. Dann wurden Hunderte Feldbetten in den teilweise sehr verstaubten und gänzlich leeren Räumen zusammengebaut und aufgestellt. Man hatte keine Ahnung, wie das Gebäude aufgebaut ist, wie viele Stockwerke und Zimmer es überhaupt gibt. Von Mitte bis Ende September wurde das Haus ausschließlich von Freiwilligen gemanagt, bis das Rote Kreuz einsah, dass ohne den Einsatz von SpezialistInnen keine Kontinuität herstellbar war.

SD: Wie viele Menschen sind gekommen? Und kamen alle auf einmal oder sukzessive?

MB: Wir waren zunächst ein Notquartier für Transitflüchtlinge. Es war sehr fluktuierend. Die Busse kamen oft irgendwann in der Nacht. Vor dem Haus blieben ganze Straßenbahngarnituren stehen. Die Freiwilligen hatten Schilder mit der Aufschrift „Germany“, die Flüchtenden wollten weiter zum Hauptbahnhof, wo die Züge nach Deutschland abfahren. Koordiniert wurde alles vom Katastropheneinsatz, aber die Informationen waren unzuverlässig. Einmal hieß es: „In zwei Stunden kommen fünfhundert Leute, in drei Stunden 750.“ Gekommen sind sie dann aber erst in fünf Stunden, und auch die Zahlen stimmten nicht. Es war ein ständiges Rennen, damit man die Betten für die nächsten Ankömmlinge wieder leer bekam. Geputzt wurde von Freiwilligen. Von den freiwilligen HelferInnen habe ich das Haus am 29. September übernommen.

Im Vordergrund der Diskussion steht der Faktor Geld und nie der langfristige Schaden, den der Mangel an Wertschätzung verursacht.

SD: Wer waren diese Freiwilligen, und wer hat sie koordiniert?

MB: Am Anfang war es ein Mix von Freiwilligen des Roten Kreuzes mit Erfahrung im Katastropheneinsatz und SanitäterInnen bzw. EinsatzleiterInnen des Katastrophenhilfsdiensts, die die Schichtleitung übernahmen. Es gab keine Security, kein Putzpersonal, keinen Computer, nichts.

SD: Durch Zufall trafen in dieser Extremsituation, in der täglich bis zu 1.000 Menschen ankamen und sich ebenso viele wieder auf den Weg machten, SpezialistInnen aus ganz unterschiedlichen Bereichen aufeinander. Die KatastrophenhelferInnen auf der einen Seite, die den Rollout von Feldbetten beherrschen, und ArchitektexperteInnen auf der anderen Seite, die sich speziell mit kulturellen und sozialen Aspekten räumlicher Gestaltung befassen. Wie habt ihr in der operativen Arbeit zueinandergefunden?

MB: Schon am ersten Tag. Ich habe am 28. September von dem Job erfahren und am 29. mit meiner Arbeit begonnen, ohne jegliche Vorstellung davon, was auf mich zukommt. Eine zweite Leiterin ist abgesprungen – zum Glück konnte ich einen Monat später meine Kollegin Eliane überreden, mit ihrem Mann und ihrem Kind aus der Schweiz nach Wien zu ziehen und hier mitzuarbeiten. Allein wäre das nicht machbar gewesen.

EE: Martina hat uns angerufen und gesagt, dass sie in großer Not ist und Hilfe benötigt. Wir kennen uns bereits seit 2013, als wir zusammen in einem Gefängnis in Jordanien für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz gearbeitet haben. In solchen Extremsituationen wächst man zusammen. Martina war an den furchtbarsten Orten, an die man vom Roten Kreuz hingeschickt werden kann, im Irak und in Libyen. Ich war nach meinem Einsatz in Jordanien in Genf. Mein Partner war gerade aus Afghanistan zurückgekommen, und nach kurzer Überlegung zogen wir nach Wien.

SD: Wie waren die Rahmenbedingungen in Wien im Vergleich zu den internationalen Schauplätzen, an denen ihr bereits im Einsatz wart?

EE: Im Vergleich zum Wiener Komitee hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mehr Geld, mehr Personal und mehr Struktur. Wir wussten, wie man in einer extremen Krisensituation arbeiten kann und dass man klare Strukturen schaffen muss. Martina hatte Erfahrung aus Zaatari, dem größten Flüchtlingslager an der jordanisch-syrischen Grenze, wo ich sie immer wieder begleiten durfte. Wir kannten den Aufbau und die Probleme, und es war eine große Chance, unsere Kenntnisse erstmals in leitender Funktion anzuwenden, obwohl die Bezahlung einer Aufwandsentschädigung entspricht. Uns hat interessiert, hier eine Struktur zu schaffen, und wir waren froh, AnsprechpartnerInnen aus den Bereichen Architektur und Kunst aus den umgebenden Universitäten zu haben, weil es dadurch möglich wurde, Qualitäten für das Wohl der Ankommenden zu schaffen, die wir als Krisenmanagerinnen vielleicht übersehen hätten.

MB: Es gibt Strukturen, die man in einer gewissen Größenordnung auf jeden Krisenbereich anwenden kann, wie Logistik, Administration, Maintenance sowie Sicherheits-, Personal- und Freiwilligenmanagement, die ebenfalls in unserer Verantwortung lagen, aber eben auch andere Aspekte, die für jeden Kontext individuell entwickelt werden müssen.

KH: In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass das Haus mit Ende des Festivals in der ersten Oktoberwoche vom reinen Transitquartier in ein Pufferquartier umstrukturiert wurde. Für uns war es eine gute Nachricht, dass die Menschen länger bleiben, weil wir nun mit der Situation besser umgehen konnten. In der Akutversorgung wussten die Menschen teilweise nicht einmal, in welchem Land sie sich befanden, und wollten einfach nur weiter. Jetzt hatten wir die Chance, Kontakt mit den Menschen aufzubauen.

Wir sind nicht Leute, die nur irgendwie helfen wollen, sondern professionelle AkteurInnen, die durch eine glückliche Fügung zusammengefunden haben.

MB: Man kann mit Menschen, die völlig übermüdet sind und einfach nur weiterwollen, nicht kommunizieren, indem man ihnen eine zweiseitige Hausordnung zum Durchlesen gibt. In solchen Situationen funktioniert Zeichensprache besser mit kleinen Plakaten in Leuchtfarben: „Rauch nicht im Zimmer!“ „Wirf den Abfall in den Mistkübel!“ Oder: „Hier ist der Ausgang.“

RS: In der Anfangssituation war das Haus sehr voll. Martina war permanent im Einsatz, aber dankenswerterweise hat sie immer versucht, sich Zeit zu nehmen und mit uns zu sprechen.

MB: Ich fand euch von Anfang an interessant und wusste, dass eure Herangehensweise für das Projekt sehr wertvoll ist.

RS: Weil wir von der Architektur kommen und neugierig sind, haben wir uns alle Stockwerke im Haus angeschaut und entdeckt, dass sich im fünften Stock eine Mensa befindet. In der Phase, in der die Leute ständig nur rein- und rausgingen, war es natürlich sinnvoll, die Essensausgabe direkt im Eingangsbereich zu haben. Als die Leute dann aber länger blieben und es kälter wurde, war das keine tragbare Situation mehr. Wir informierten Martina darüber, dass es eine Mensa gab. So weit war sie im Haus noch gar nicht vorgedrungen, weil sie gar nicht die Zeit hatte, sich alles genau anzusehen. Wir verlegten die Essensausgabe also in den fünften Stock und machten im Erdgeschoss ein Café.

MB: Ich bin nur durch Gänge gerannt und habe Zimmer gecheckt. Unser Team musste alles machen. Drei Leute waren dafür verantwortlich, das ganze Haus in Ordnung zu halten, 30.000 Quadratmeter pro Tag.

RS: Während wir den Luxus von Zeit mitbrachten und einen anderen Blick.

SD: Wie habt ihr StudentInnen den Unterschied zwischen einer konzeptionellen Entwurfsarbeit und der praktischen Herausforderung, schnell auf Zustände reagieren zu müssen, wahrgenommen?

RG: Es war spannend, irgendwo hineingeworfen zu werden und sofort Hand anlegen zu können – das waren wir von anderen Projekten an der Uni nicht gewöhnt. Wir waren anfangs zehn Leute. Da es nichts gab als leere Räume und es schwierig war, in der Akutphase jemanden zu erreichen, waren wir für alles selbst verantwortlich und mussten die Dinge selbst organisieren, Kommunikationswege aufbauen, Spenden akquirieren, online präsent sein usw. Dabei wurden wir tatkräftig von unseren beiden Lehrenden, von Firmen und von vielen Freiwilligen unterstützt.

SD: Nach welchen Kriterien habt ihr eure Prioritäten gesetzt und entschieden, wie ihr euch engagiert?

MM: In der ersten Woche versuchten wir, mit Kleinigkeiten etwas zu bewirken. Wir haben z. B. Haken aufgehängt und Wände gestrichen, um alles ein bisschen freundlicher zu gestalten. Wir arbeiteten damals noch viel mit Stoffen. Weil wir nicht wussten, dass das aus Brandschutzgründen verboten ist, mussten wir später leider vieles wieder rückbauen. Nachdem wir entschieden hatten, länger vor Ort zu bleiben, hat sich unser Fokus hin zu größeren Projekten verlagert. Unser Zeithorizont reichte damals bis Ende Dezember und rückte schließlich irgendwann ganz in den Hintergrund.

KH: Wir hatten die Information, dass der Vertrag für die temporäre Zwischennutzung bis 31. Mai 2016 laufen würde, hofften aber, dass dieses Datum nach österreichischer Manier möglicherweise doch nicht so fix ist.

SD: Sprechen wir noch kurz darüber, welche konkreten Maßnahmen ihr im Laufe dieser Monate umsetzen konntet.



RG: Gleich zu Beginn war es uns ein Anliegen, einen Besprechungsraum zu schaffen, in dem alle Freiwilligen zusammenkommen können, die nicht direkt zum Roten Kreuz gehören, sondern sich kulturell oder künstlerisch einbringen möchten. Dafür waren wir von „DIS.PLACED space for change“ die Anlaufstelle, und das Café wurde zu einem wichtigen Treffpunkt. Parallel dazu haben wir eine Werkstatt aufgebaut. Ende November hatten wir schon einiges an Material und Werkzeug zusammen, das wir über Facebook, mithilfe des Instituts sowie über unseren Spendenaufruf organisiert haben.

JM: Nach der Errichtung des Cafés und der Werkstatt haben wir uns um die Sanitäreinrichtungen gekümmert, denn die sanitäre Situation im Haus war prekär. Das Gebäude war zuvor als Büro genutzt worden, und für 1.000 Leute gab es nur fünf Duschen. Da jedoch bauliche Veränderungen nicht vorgesehen waren, konnten die Duschen nicht im Haus installiert werden. Nach langen Diskussionen war nach zwei Monaten endlich klar: Es müssen Duschcontainer außerhalb des Hauses aufgestellt werden.

Hier haben wir unsere architektonische Expertise eingebracht und dafür gesorgt, dass die Duschcontainer raumstrukturierend platziert wurden, sodass ein Mindestmaß an Intimität gewährleistet ist. Beim Erstellen der Pläne haben wir eng mit den Verantwortlichen vom Roten Kreuz zusammengearbeitet, sind damit zuerst an die Bundesimmobiliengesellschaft herangetreten und haben dann alle notwendigen Genehmigungen eingeholt.

SD: Wie viele Duschen sind jetzt in den Containern untergebracht?

JM: Es sind sieben Container mit je fünf Duschen, eingeteilt in einen Männer- und einen Frauenbereich.

EE: Von unseren Erfahrungen im jordanischen Camp wussten wir, dass der Hygienebereich ein Sicherheitsproblem sein kann. Dort wurden viele Frauen vergewaltigt. Dementsprechend haben wir uns nicht nur für eine räumliche Trennung entschieden, sondern zusätzlich für eine zeitlich gestaffelte Benutzung: Morgens duschen die Männer, nachmittags die Frauen mit den Kindern. Weil es im Winter früh dunkel wird, haben wir für adäquate Beleuchtung gesorgt, und zusätzlich werden die Eingänge permanent von einer Sicherheitswache beobachtet.

SD: Kam es zu gewalttätigen Zwischenfällen?

MB: Im Haus gab es ab und zu Spannungen, aber bei den Duschen – da muss man wirklich auf Holz klopfen – ist alles gut gelaufen.

SD: Switchen wir noch einmal zu der von euch eingerichteten Werkstatt. Wird sie nur von den Studierenden genutzt oder sind hier auch die KlientInnen in die Arbeitsprozesse integriert?

RG: Im Moment wird sie als Gemeinschaftswerkstatt geführt. Wir sind an vier Tagen pro Woche jeweils von zehn bis 16 Uhr im Haus, da betreuen wir die Werkstatt und bauen gemeinsam mit den Leuten. Die BewohnerInnen können auch für sich kleine Möbelstücke bauen, und wir tauschen uns gegenseitig aus. Es sind z. B. Küchenbauer aus dem Iran da, was für uns sehr wertvoll ist.

KH: In der Lehrveranstaltung im Sommersemester haben wir einen besonderen Fokus auf die Gemeinschaftswerkstatt gelegt. Im Verlauf des Wintersemesters haben sich notwendige Prozesse wie Netzwerkarbeit, Organisation und Strukturaufbau als wichtige Lernaspekte herauskristallisiert. Toll ist an diesem praxisbezogenen Lehrveranstaltungsprojekt auch, dass jede/r im Team seine/ihre speziellen Fähigkeiten einbringen kann. Um etwas voranzubringen, musste man sich wirklich auf die Füße stellen und kämpfen. Es gab Momente der Euphorie, aber auch komplette Zusammenbrüche, wenn etwas überhaupt nicht funktionierte.

MM: Wir wussten, dass wir unsere Vorhaben nicht durchsetzen können, wenn wir nicht ständig da sind. Daher haben uns alle ein wenig übernommen. Manche sind abgesprungen, dafür sind andere von außen in den Prozess eingestiegen. Ohne sie wäre vieles nicht möglich gewesen.

SD: Aus der Architektur weiß man, dass sich trotz guter Planung Prozesse oft lange hinziehen. In diesem Ausnahmezustand gab es behördliche Erleichterungen, und mitunter konnte auch Druck erzeugt werden, um Maßnahmen schneller umsetzen zu können. Dennoch bremst der Faktor Gestaltung zumindest vorübergehend manchen operativen Prozess.



Von StudentInnen initiiert und entwickelt bietet die räumliche Aufstellung von sieben Dusch-Containern und einem zusätzlichen Lattenrost sowohl Sichtschutz als auch Sitzmöglichkeiten.

MB: In allen längerfristigen Camps habe ich erlebt, dass die Menschen sehr kreativ sind. Reduziert auf ein Feldbett und eine Dose Fisch pro Tag werden sie entmenschlicht und zu Nummern gemacht. So will niemand leben. Wenn man zusätzlich ein Miteinander anbieten kann, ist das ein erster Schritt in Richtung Integration. Dann bietet man mehr als nur ein Lager – es wird ein Stück Zuhause. Wenn die Leute wissen, dass am Montag Maria, am Mittwoch Julia und am Donnerstag Rupert kommt und mit ihnen ein Vogelhaus baut, erreicht man die Leute besser. Wenn wir ihnen nur Essen, Duschen und Feldbetten geben, haben sie keinen Grund, mit uns zu reden. Wir vermitteln ihnen dann, dass wir sie nicht als vollwertige Menschen wahrnehmen und nicht mit ihnen arbeiten wollen.

MM: Als wir den „Table of Plenty“ veranstalteten, wollten wir die konkrete Situation aufzeigen. Wir stellten ein Feldbett mit einer Decke auf, daneben eine Semmel und eine Dose Fisch. In einer Notsituation ist diese Versorgung der erste Schritt, aber das ist noch lange kein Lebensraum.

SD: Unter Umständen könnte diese Übergangssituation für die Betroffenen in irgendeiner Form auch eine inspirierende Phase werden. Welche Initiativen gab es, um Menschen Erfahrungen zu ermöglichen, die sie sonst nicht hätten machen können, etwa die Stadt zu erleben oder soziale Kontakte aufzunehmen?

RS: Das Miteinander in diesem Haus war von Anfang an nur deshalb möglich, weil wir nicht alle über einen Kamm scheren und sagen: „Ihr müsst alle gleich sein.“ Hier ist es gut gelungen, dass unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Qualitäten und Kompetenzen genau das, was sie besonders macht, einbringen können. Ob das jemand aus der Nachbarschaft ist oder aus dem Haus, von der Uni oder vom Roten Kreuz, spielt dabei keine Rolle. An diesem Netzwerk kann jede/r mitarbeiten, und jede/r kann davon profitieren. Das ist es, was das Ganze so wertvoll macht.

KH: Wir schreiben gerade einen offenen Brief an die verantwortlichen Behörden, weil wir nicht wollen, dass das, was hier modellhaft gemeinsam entwickelt worden ist, einfach verloren geht, wenn das Haus geschlossen wird. Hier ist, ausgehend vom „Urbanize!“-Festival, über den künstlerisch-kreativen Input hinaus etwas entstanden, das einen anderen Geist in sich trägt. Menschen nur zu füttern und ihnen ein Bett zu geben reicht nicht. Integration erfolgt über das Eingebundensein in einen selbstverständlichen Alltag und in einen größeren kulturellen Kontext.

EE: Schauen wir uns z. B. die Kinderbetreuung an. Im Mittleren Osten lässt man die Kinder einfach herumlaufen, und alle kümmern sich irgendwie um sie. Deshalb kommt es vor, dass ein Kind von einem völlig Unbekannten eine Ohrfeige bekommt, weil es irgendetwas gemacht hat, was es nicht soll. Den Neuangekommenen müssen wir erklären, wie Kindererziehung bei uns funktioniert und dass solche erzieherischen Maßnahmen bei uns bestraft werden, denn die Menschen sind gekommen, um zu bleiben.

Dass in Österreich angeblich alle ab dem ersten Tag Integrationsklassen und Deutschunterricht bekommen, ist einfach nicht wahr! Wir mussten darum kämpfen, dass die Kinder eingeschult wurden,

Die Polizei ist geschlossen zu uns gekommen und hat uns für unsere Arbeit gedankt, weil wir für ein Großquartier die mit Abstand niedrigste Einsatzquote aufweisen.

weil wir nicht als Grundversorgungsunterkunft eingestuft sind. Wir haben im Dezember neunzig Kinder und im Jänner noch einmal dreißig eingeschult. Das wurde nur möglich, weil wir in Zusammenarbeit mit den Schulbehörden darauf bestanden haben. Fünfzig Kinder, die später hierher gekommen sind, konnten noch nicht eingeschult werden, daher sprechen sie noch immer kein Wort Deutsch.

Zu uns kommt auch eine pensionierte Kindergartenpädagogin, die diese Kinder auf eine Art beschäftigt, die ihnen hilft, ihre Kriegstraumata aufzuarbeiten. Würde sie das nicht freiwillig tun, wäre für diese Kinder niemand da. Die viel beschworenen Wertekurse übernehmen Martina und ich selbst. Denn ein gemeinsames Verständnis ist der Schlüssel zur Sicherheit im Haus, für die wir verantwortlich sind. Jeden Tag versammeln wir dreißig BewohnerInnen und erklären ihnen in ihrer Sprache unsere Regeln des Zusammenlebens. Wir beide sprechen Arabisch, Martina zusätzlich noch Farsi.

KH: Aufgrund der Größe des Hauses kann vieles unter einem Dach stattfinden. Das Haus zu verlassen ist für viele ein Kraftakt. Die meisten Zimmer sind nicht versperrbar, und die Menschen haben Angst, dass ihr Platz und ihre Habseligkeiten nicht mehr da sind, wenn sie zurückkommen.

RS: Ein Musikschullehrer hat z. B. neun Plätze für Kinder in einem Kurs angeboten, was natürlich sehr willkommen war, obwohl es logistisch einen enormen Aufwand verursachte, diese Kinder jedes Mal einzusammeln, Fahrkarten für sie zu besorgen und sie zur Musikschule zu bringen. Mittlerweile findet der Musikunterricht im Haus statt, was eine enorme Vereinfachung bedeutet.

SD: Die meisten BewohnerInnen sind seit Oktober hier. Wie ist die räumliche Situation? Haben die Menschen Rückzugsmöglichkeiten?

MB: Meine Schwester führt ein Hotel, und ich habe mich an diesen Strukturen orientiert, wenn auch mit etwas weniger Komfort. Es gibt hier 260 Zimmer, und wir achten darauf, dass jede Familie ein eigenes Zimmer hat. Aus Sicherheitsgründen gibt es einen Trakt für die alleinreisenden Frauen, die alleinreisenden Männer versuchen wir auf einer Etage unterzubringen, auch wenn sich das manchmal in einer eigenen Dynamik teilweise wieder mischt.

SD: Ihr StudentInnen habt unverhältnismäßig viel Zeit in eine Lehrveranstaltung investiert. War es eine gute Investition?

MM: Wir haben einfach gemacht, was wir machen wollten und für sinnvoll hielten, und wurden dabei von unseren Lehrenden sehr unterstützt, aber dieses Engagement war nicht an ein Format gekoppelt.

JM: Wir haben sehr viel investiert, aber auch ganz viel wieder mitgenommen und deshalb beschlossen, auch im nächsten Semester genauso weiterzumachen.

RG: Es sind Freundschaften entstanden. Wir haben gemeinsam gekocht, gemeinsam gearbeitet, das schweißt zusammen. Abdullah hat uns allen Geschenke überreicht, nachdem sein Asylantrag bewilligt worden war.

MM: Wir haben extrem viel darüber gelernt, wie man so ein Projekt auf die Beine stellt und im Haus Präsenz zeigt. Unser Selbstbewusstsein wurde gestärkt, und wir haben gelernt, unsere Kompetenzen einzusetzen und weiterzugeben.

SD: Mit Ende Mai steht die Auflösung dieses gewachsenen Organismus bevor, und die eingespielten Prozesse drohen verloren zu gehen. Was von all dem könnt ihr mitnehmen und an einem anderen Ort wieder abrufen?

MB: Diese komplette Auflösung ohne Auffangszszenario zerstört nahezu alles. Von den dreißig MitarbeiterInnen haben die meisten ihre Kündigung erhalten. Einige wenige haben eine Verlängerung für Juni bekommen, damit wenigstens die Schulkinder das Schuljahr abschließen können. Das ist ein harter Schlag ins Gesicht für das Team, das sich monatelang mit sehr geringer Bezahlung engagiert hat. Viele haben Familien und müssen mit dieser schwierigen Situation klarkommen.

SD: Martina, du hast viel internationale Erfahrung und hier einen großartigen Job gemacht und für diese spezielle Aufgabe viel Know-how entwickelt. Wie geht es für dich persönlich weiter?

MB: Ich bin in Vorarlberg geboren, kann aber nicht in Österreich bleiben, weil ich mit einem Ausländer verheiratet bin. Die kafkaesken Behördengänge für eine Aufenthaltsgenehmigung bei der MA 35 in Wien sind für uns zum privaten Albtraum geworden. Da hilft es mir nichts, dass ich zusammen mit Eliane die größte Flüchtlingsunterkunft der Stadt gemanagt habe. Nach zehn Jahren im Ausland habe ich mich gefreut, zurück nach Österreich zu kommen und etwas für mein Land zu tun. Nachdem mein Land aber nichts für mich tun will, ziehe ich wieder ins Ausland, nach London.

RS: Bei unserem runden Tisch war es schockierend zu hören, dass es nie um die Menschen geht, sondern immer nur um Massen, die man irgendwohin verschiebt. Im Vordergrund der Diskussion steht der Faktor Geld und nie der langfristige Schaden, den der Mangel an Wertschätzung verursacht. Es ist unglaublich, wie fahrlässig mit menschlichen Ressourcen umgegangen wird.

SD: Das bezieht sich auf das soziale Kapital, das durch eure Kooperation generiert wurde?

KH: Auch auf das Fachliche! Wir sind nicht Leute, die nur irgendwie helfen wollen, sondern professionelle AkteurInnen, die durch eine glückliche Fügung zusammengefunden haben. Von den SpezialistInnen des Roten Kreuzes über die ExpertInnen von den Unis bis hin zur Kindergartenpädagogin oder der pensionierten AHS-Direktorin, die die Deutschklassen im Haus organisiert und aufgebaut hat.

MB: Es ist uns gelungen, einen funktionierenden Rahmen zu schaffen. Die Polizei ist geschlossen zu uns gekommen und hat uns für unsere Arbeit gedankt, weil wir für ein Großquartier die mit Abstand niedrigste Einsatzquote aufweisen.

SD: Was können wir daraus lernen?

RS: Wir wussten, dass diese Adresse ein Ablaufdatum hat. Aber wenn man uns ein anderes Quartier angeboten hätte, wären wir gemeinsam übersiedelt. Doch daran haben die verantwortlichen Behörden offenbar kein Interesse. Lieber bleibt man beim Feldbett mit Fischdose und Wegwerfdecke und zementiert damit das nichtintegrative Szenario.

MB: Oft hat es den Anschein, dass positive Beispiele wie dieses Haus in diesem Land nicht erwünscht sind. Wahrscheinlich wurde damit gerechnet, dass wir alle an dieser Aufgabe scheitern.

SD: Danach wollen wir uns nicht richten. Die Initiative „Orte für Menschen“ hat es sich u. a. dezidiert zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit der Architektur-Biennale zu nutzen und Best-Practice-Beispiele zu featuren, damit niemand so tun kann, als würden diese positiven Modelle nicht existieren, mit dem Ziel, dass einmal erreichte Standards in der Frage der Unterbringung und der Betreuung von Geflüchteten künftig nicht mehr ignoriert und schon gar nicht unterschritten werden können.

Über „DIS.PLACED space for change“

Die Initiative wurde von Karin Harather und Renate Stuefer im Rahmen eines kooperativen Lehrveranstaltungsprojekts mit Architekturstudierenden der Technischen Universität Wien (Yasmin El-Isa, Rupert Gruber, Jacinta Klein, Lilian Mandalios, Elaine Mang, Julia Menz, Stefanie Mras, Maria Myskiw, Karina Ruseva, Simon Uebleis-Lang) ins Leben gerufen, „um mit pointierten räumlichen Eingriffen gemeinsam mit den im Haus wohnenden, Schutz suchenden Menschen vielfältige Qualitäten zu schaffen – und so Leerstand unmittelbar praxisbezogen sowie (sozial-)räumlich exemplarisch zu aktivieren. Der kooperative Prozess unter Mitwirkung vieler intern und extern Beteiligter soll als Modell und Katalysator für neue Formen des informellen Lernens, miteinander und voneinander, verstanden werden.“

www.displaced.at

Über die Einsatzleiterinnen des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK) in Wien Mitte

Das ÖRK unterstützt Menschen auf der Flucht in Österreich, in den Transitländern und in ihren Heimatländern. Neben dem umfassenden internationalen Engagement sind in Österreich in allen Bundesländern Rotkreuz-MitarbeiterInnen für die Versorgung von Flüchtlingen im Einsatz.

Mit der Leitung der Notunterkunft in Wien Mitte wurden zwei Akademikerinnen mit internationaler Erfahrung in Krisenherden betraut: Martina Burtscher (geb. xxx), die u. a. bereits in Libyen, im Irak und in Jordanien im Einsatz war, studierte Politikwissenschaften und Internationale Entwicklung und spricht insgesamt sechs Sprachen, darunter Arabisch und Farsi. Eliane Ettmüller (geb. 1980) ist Islam- und Politikwissenschaftlerin. Auch sie spricht u. a. fließend Arabisch. Die beiden Frauen lernten sich während eines Einsatzes in einem Gefängnis in Jordanien kennen.

INNOVATION UND INVOLVIERUNG

Während staatliche Institutionen der anhaltenden Flüchtlingsbewegung nach Europa immer stärker mit politischem Populismus begegnen, hat die Caritas diese und andere Herausforderungen längst zum Fokus ihrer Agenda 2020 gemacht. Ein Gespräch mit Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas der Erzdiözese Wien, und Clemens Foschi, Koordinator der Zusammenarbeit zwischen Caritas und „Orte für Menschen“, über innovative Ansätze im Sozialbereich und die Rolle, die umfassende Involvierung dabei spielt.



Photo: Paul Krcanzler

Von Caramel Architekten entwickeltes Element für die Essensausgabe im Haus Pfeiffergasse

Sabine Dreher (SD) im Gespräch mit Klaus Schwertner (KS) und Clemens Foschi (CF)

Das Korsett, innerhalb gesetzlicher Rahmenbedingungen auf außergewöhnliche Situationen adäquat zu reagieren, ist auch für Hilfsorganisationen wie die Caritas enorm eng. Die Hilfsorganisation der katholischen Kirche mit rund 14.000 hauptberuflichen Mitarbeiterinnen, 40.000 Freiwilligen und einem Jahresbudget von ca. siebenhundert Millionen Euro mag das Format eines großen österreichischen Unternehmens aufweisen, jedoch ist klar: Das Ziel einer gemeinnützigen Organisation besteht nicht darin, Profite zu machen, sondern sozialen Nutzen und sozialen Mehrwert zu stiften.

Deutlich wird dieses Bestreben etwa anhand einer Reihe von Social-Business-Projekten, die in den vergangenen Jahren entstanden sind. Der Begriff geht auf den Wirtschaftswissenschaftler Muhammad Yunus zurück, der für seine Idee der Mikrokredite 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Unter der Dachmarke „magdas“ ist die Caritas aktuell in den Bereichen Hotellerie, Gastronomie, Recycling, Handel und

Photo: Stefanie Steindl



Westbahnhof September 2015

Ohne das Engagement der vielen wäre einiges schlicht nicht möglich.

Photo: Johannes HLoch



Westbahnhof September 2015

Facility-Management unternehmerisch tätig – mit dem Ziel, soziale Probleme auch mit wirtschaftlich erfolgreichen, nachhaltigen Ansätzen zu lösen. All die Projekte haben das Ziel, Menschen, die nur schwer am Arbeitsmarkt Fuß fassen können, eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten.

Die Caritas gehört zu den aktivsten AkteurInnen im Bereich der Flüchtlingshilfe. Auch aus diesem Grund hat die Initiative „Orte für Menschen“ auf der Suche nach Kooperationspartnern und Betreibern den Kontakt zur Caritas gesucht. Nach einigen Gesprächen konnte im Herbst 2015 eine Zusammenarbeit fixiert werden, die eine essenzielle Voraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung des Vorhabens darstellte. Über Monate haben sich u. a. VertreterInnen der Caritas mit den Architekturteams regelmäßig zu Arbeitssitzungen getroffen, um Ideen auszutauschen sowie deren Machbarkeit zu überprüfen und die nötigen Realisierungsmaßnahmen zu setzen.

SD: 2014 gab es in Österreich 25.000 Asylanträge, 2015 sind 90.000 Menschen nach Österreich gekommen, um einen Asylantrag zu stellen. Welchen Einfluss hatte das auf die Arbeit der Caritas in Österreich?

KS: Es sind im wortwörtlichen Sinn bewegte Zeiten. Zeiten, in denen wir viel bewegen können und auch sollen. Zu den Asylanträgen sind ja im vergangenen Jahr mehrere Hunderttausend Menschen dazugekommen, die Österreich auf dem Weg nach Deutschland oder Schweden passiert haben. Natürlich war und ist das mitunter sehr fordernd. Zugleich hat diese Zeit auch gezeigt, was in uns steckt. Nicht nur in der Caritas, sondern in der Gesellschaft insgesamt. Wir erleben gegenwärtig eine regelrechte Renaissance der Zivilgesellschaft. Und klar ist auch: Ohne das Engagement der vielen wäre einiges schlicht nicht möglich. Was die Quartierfrage angeht: Hier hat man gerade im letzten Jahr gesehen, wie schwierig es ist, ausreichend Unterkünfte im Rahmen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

SD: Zur Präzisierung: Im Spätsommer 2015 ging es darum, Not-
schlafstellen zu organisieren. Das Innenministerium orderte Con-
tainer, und in Turnhallen wurden Feldbetten aufgestellt.

KS: Damals ist die Politik in Österreich davon ausgegangen, dass es notwendig ist, Flüchtlinge in Zelten unterzubringen. Ein Dreivierteljahr später sind wir – nach einer Abänderung der politischen Rahmenbedingungen und einem Miteinander von Gebietskörperschaften, NGOs und der Zivilbevölkerung – trotz 90.000 Asylanträgen in der glücklichen Lage, sagen zu können, dass in Österreich kein einziges Zelt mehr steht. Flüchtlinge können zumindest in festen Unterkünften leben, zum Teil allerdings unter sehr schwierigen Umständen. In der Notversorgung wurden etwa Großquartiere in Turnhallen und Bürogebäuden innerhalb von wenigen Stunden oder Tagen notdürftig adaptiert, um die Menschen unterzubringen. Mittlerweile wurden einige dieser Transitquartiere, die ursprünglich nur für den Aufenthalt von ein bis zwei Nächten geplant waren, aus Mangel an mittelfristigem Wohnraum zu Dauereinrichtungen. Auch dort, wo aufgrund der Ausnahmesituation die Mindeststandards für die Grundversorgung nicht erfüllt werden können, versuchen wir, menschenwürdige Bedingungen herzustellen. Aus diesem Grund ist für uns die Kooperation mit der Architektur-Biennale auch so besonders wichtig. Wir benötigen kreative Lösungen, die rasch und kostengünstig realisierbar sind.

SD: Man hört oft, das sei „besser als gar nichts“, z. B. in Zusammenhang mit den soeben errichteten Tragfluthallen in Tirol, in denen sehr schlechte Bedingungen herrschen sollen.

KS: Wir haben immer wieder betont, dass ein Dach über dem Kopf zu wenig ist. Man muss unterscheiden zwischen der Akuthilfe, durch die im Herbst letzten Jahres eine große Anzahl von Menschen kurzfristig und temporär versorgt wurde, und der Betreuung von Menschen



Erste Kochaktion in einer von E00S entwickelten und von den Bewohnern gebauten Küche im Haus Erdberg, April 2016

während des Asylverfahrens, das in Österreich mehrere Monate, aber auch bis zu mehreren Jahren dauern kann. Hier gelten andere Maßstäbe.

SD: Was konkret war ausschlaggebend dafür, dass man von der Politik der Zeltlager abgekommen ist?

KS: Neben den Zeltunterkünften herrschte im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen Massenobdachlosigkeit. Mehrere Hundert Männer, Frauen und sogar Kinder mussten unter freiem Himmel übernachten – in einer Betreuungsstelle des Bundes. Aus unserer Sicht war die Grenzöffnung Anfang September 2015, nachdem die humanitäre Situation in Ungarn und die Menschenrechtsverletzungen untragbar geworden waren, ausschlaggebend für einen Richtungswechsel. In Deutschland und Österreich wurde entschieden, Menschen aufzunehmen, sie zu begleiten und besser zu versorgen.

Aber auch gesetzliche Veränderungen haben die Situation verbessert. Im ersten Halbjahr 2015 haben noch zwei Drittel der österreichischen Gemeinden keine Flüchtlinge aufgenommen. Das hat sich geändert, weil es engagierte, sozial verantwortungsvolle BürgermeisterInnen gibt, die hier gemeinsam mit der Zivilbevölkerung Verantwortung übernehmen. Mit dem Durchgriffsrecht des Bundes wurde den Ländern und Gemeinden außerdem eine Rute ins Fenster gestellt. Die Botschaft der Regierung lautete: „Entweder ihr erfüllt eure gesetzliche Verpflichtung und sorgt selbst für Unterkünfte oder der Bund macht das für die Gemeinden und die Länder.“

SD: 2015 betreute die Caritas in Wien zwei Häuser für Geflüchtete, jetzt sind es zwanzig Adressen.

KS: 2015 hatten wir österreichweit „nur“ 3.500 von der Caritas betreute AsylwerberInnen. Ein Jahr später sind es knapp 9.000 Personen, das ist beinahe eine Verdreifachung der Quartierplätze. Wenn man das mit der mobilen Flüchtlingsbetreuung in privaten Unterkünften wie etwa in Gasthöfen zusammenfasst, zeigt sich, dass wir mittlerweile jede/n dritte/n AsylwerberIn in Österreich betreuen.

SD: Wie kommt eine Organisation wie die Caritas zu ihren KlientInnen? Wer genau registriert die Geflüchteten, die nach Österreich kommen?

KS: Auch das hat sich seit letztem Sommer verändert. Mittlerweile gibt es nicht mehr nur die zwei Erstaufnahmestellen in Traiskirchen und in Thalham, sondern auch sogenannte Verteilerzentren in mehreren Bundesländern, die Flüchtlinge in die einzelnen Quartiere in den Bezirken zuweisen. Grundsätzlich funktioniert das so, dass die Bundesländer Personen aus der zentralen Datenbank des Innenministeriums anfordern können und diese dann in die einzelnen Quartiere der verschiedenen Träger oder an Private vermittelt werden. In Wien wird das über den Fonds Soziales Wien koordiniert, in Niederösterreich über die zuständige Fachabteilung. Natürlich können BürgermeisterInnen Wünsche für eine bestimmte Zielgruppe deponieren.

CF: Die NGOs schicken eine Art Konzept mit Angabe der Zielgruppe sowie die Art der Unterbringung und Betreuung und bekommen daraufhin eine Zuweisung. Die Quartiere werden gemeinsam mit den Ländern entwickelt. Es gibt sowohl unterschiedliche räumliche Vorgaben als auch einen unterschiedlichen Bedarf in der Betreuung. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) z. B. werden anders betreut als Erwachsene.

SD: Man bekommt KlientInnen also erst zugeteilt, wenn man die Voraussetzungen für die Erfüllung der Betreuungsstandards nachweisen kann?

CF: Das wird sehr unterschiedlich gehandhabt. Im UMF-Bereich ist die Jugendwohlfahrt zuständig, die einen genauen Kriterienkatalog vorgibt und dessen Einhaltung auch überprüft. Anfang 2015 war alles noch

Wie weit darf man gehen? Ist eine Unterschreitung der Standards immer noch besser als Obdachlosigkeit?

Integration beginnt, wenn man einem Menschen eigene vier Wände und eine Tür zum Abschließen oder einen ähnlichen Bereich zugesteht.

Die Diskussion über Zelte und die Massenobdachlosigkeit waren ein humanitärer Skandal und eine Schande für Österreich.

sehr stark nach strengen Vorschriften geregelt. Nachdem aber die Zahl der Geflüchteten erheblich angestiegen war, herrschten teilweise konfuse Zustände, in denen u. a. die Vermischung aus Grundversorgungs- und Notquartier zunahm. Das Rote Kreuz hat aus der Katastrophenhilfe andere Kompetenzen bei der raschen Bereitstellung von Notunterkünften als die Caritas, für die das ein relativ neues Aufgabengebiet ist.

KS: Wir mussten viel improvisieren und teilweise Mindeststandards, die wir uns in anderen Häusern selbst auferlegt haben, über Bord werfen, was innerhalb der Caritas zu Diskussionen führte: Wie weit darf man gehen? Ist eine Unterschreitung der Standards immer noch besser als Obdachlosigkeit? Was genau bedeutet das?

Im vergangenen Jahr haben sich 15.000 neue Freiwillige an die Caritas gewandt, die in der Flüchtlingshilfe aktiv werden wollten. Ein Großteil dieser Menschen ist bis heute im Einsatz. In den Notquartieren kümmern sie sich um die Kleider- und Sachspendensortierung, um die Lebensmittelannahme und -ausgabe, und sie unterstützen etwa auch bei der Kinderbetreuung. Mittlerweile werden auch viele Integrationsaufgaben übernommen: Deutschkurse werden organisiert, Freizeitgestaltung geplant, Behördenwege begleitet. Die WienerInnen sind zum Westbahnhof gekommen und haben Menschen für eine Nacht oder zwei bei sich aufgenommen, sie versorgt und am nächsten Tag wieder zum Bahnhof gebracht. Diese Form der persönlichen Gastfreundschaft war sehr berührend. Beeindruckend war auch, wie viele Unternehmen und Organisationen ihre Büroräumlichkeiten für Notquartiere zur Verfügung gestellt haben, angefangen von Versicherungen über Banken bis hin zu Klöstern. Diese Räumlichkeiten wurden teilweise innerhalb von Stunden in Quartiere umgewandelt. Speziell in Wien ist es gelungen, selbst an den intensivsten Tagen im September und Oktober jeden Abend ausreichend viele Schlafplätze zu schaffen.

SD: Auch wenn man in diesem Prozess wenig reflektieren konnte, wurde klar, dass diese Menschen nicht nur über Nacht bleiben. Es gab zwar viele Angebote für leer stehende Immobilien, aber nicht alle waren geeignet, sie für einen mittelfristigen Wohnbedarf zu adaptieren. Nach welchen Kriterien seid ihr vorgegangen?

KS: Entscheidend waren Faktoren wie schnelle Verfügbarkeit und die Höhe der notwendigen Investitionen für die Adaptierung, aber auch der Nutzungshorizont für eine längerfristige Unterbringung sowie Größe und Lage der Immobilie. Vor allem im ländlichen Bereich war die Frage wichtig, ob die Quartiere in irgendeiner Form öffentlich erreichbar sind. Die Besichtigung der Quartiere und die Prüfung, ob sie geeignet sind oder nicht, erforderten enorm viel Zeit.

CF: Die Abklärung der Basisstandards, aber auch der Frage, zu welchen Konditionen ein Gebäude genutzt werden kann, ging bei leer stehenden Bürogebäuden manchmal recht schnell. Allerdings hat sich auch oft gezeigt, dass dort, wo es nicht nur um eine Notversorgung ging, sondern um eine längerfristige Unterbringung in der Grundversorgung, zusätzliche Qualitäten wie Aufenthalt, Kommunikation und Beschäftigung sehr wichtig sind. Genau in diesem Prozess befinden wir uns jetzt. Und da sind die Biennale-Projekte sehr spannend, wenn es darum geht, Bürohäuser umzuwidmen, weil diese Flächen im Moment am besten verfügbar sind.

SD: Was sind eure Erwartungen an die Kooperation mit den Architekturteams?

KS: Im Sinne der Integration und der längerfristigen Perspektive spielt die Möglichkeit für Privatsphäre eine ganz große Rolle. Das ist auch schon in der Anfangsphase im Notquartier wichtig. Integration beginnt, wenn man einem Menschen eigene vier Wände und eine Tür zum Abschließen oder einen ähnlichen Bereich zugesteht. Räume, in die

ArchitektInnen oder DesignerInnen müssen sich stark mit sozialen Prozessen auseinandersetzen, um spannende Inputs und frischen Wind in die Betreuung von Flüchtlingen hineinzubringen.

man sich zurückziehen, in denen man zur Ruhe kommen kann. Die Probleme, die diese Menschen in ihrer Heimat erlebt haben, und die Erfahrungen, die auf der Flucht dazugekommen sind, bedeuten unglaublichen Stress und führen zum Teil zu schweren Traumatisierungen. Da ist es belastend, mit vielen Leuten auf sehr engem Raum zusammenleben zu müssen. Ich selbst habe auf Berghütten erlebt, wie es ist, mit zwanzig oder dreißig anderen in einem Lager zu schlafen. Wenn auch nur einer schnarcht, hält man das kaum länger als eine Nacht aus, ohne genervt und aggressiv zu werden. Für mich war es daher sehr beeindruckend, wie ruhig und gut die Nächte während meiner Nachtdienste in unseren Notquartieren mit 250 Menschen verliefen. Es gab keine wirklichen räumlichen Trennungen, da stand einfach ein Feldbett neben dem anderen.

Dass die eigenen vier Räume so etwas wie eine zweite Haut sind und es für jeden ganz wichtig ist, die eigene Privatsphäre selbst zu gestalten, erlebt man im Notquartier in der Pfeiffergasse besonders intensiv. Bei einem Besuch hat mich eine Familie in ihren Raum zum Tee eingeladen. Sie wollten Gastgeber sein, nicht länger in der hilfsbedürftigen Rolle stecken, sondern mir auf Augenhöhe begegnen. Diese Möglichkeit wurde dort von Caramel Architekten mit sehr einfachen Mitteln hergestellt.

SD: Diese prototypische Realisierung verlangte enormes Engagement der ArchitektInnen. Es war nicht nur „Plug and Play“. Wie wurde das innerhalb der Caritas wahrgenommen?

KS: Ich empfinde es fast als politisches Statement, mittels Architektur aufzuzeigen, wie wenig es braucht, um in einer Notsituation menschenwürdige Rahmenbedingungen herzustellen. Es ist mehr eine Frage des Wollens und nicht nur des Könnens. Es ist noch zu früh, das innerhalb der Caritas zu evaluieren, aber es ist auch für uns ein Signal, das uns wachrüttelt. Allein das Detail, dass jede Einheit über eine Art Türglocke verfügt und man vorher fragt, ob man eintreten darf, anstatt einfach hineinzuplatzen. Wenigstens die minimalste Privatsphäre wird so auch in einer extremen Situation erhalten.

CF: Ich würde noch einen Schritt zurückgehen. Die Caritas hat schon oft im Rahmen unterschiedlichster Verfahren die Zusammenarbeit mit ArchitektInnen gesucht, aber aufgrund der Katastrophensituation gab es Diskussionsbedarf, ob man jemanden dazu ermächtigt, sich in diese Prozesse einzuschalten. Wir benötigten eine Vorlaufzeit, um unseren Wissensstand abzugleichen. Um gemeinsam mit den ArchitektInnen an manchen Standorten mehr Qualität in die Locations zu bringen, mussten wir mit dem Tempo zurückfahren, vieles durchdenken und ausprobieren. Das passiert ständig und ist nichts Neues, aber im Katastrophenmodus vermeintlich einen Schritt zurückzumachen und ExpertInnen an Bord zu holen, um gemeinsam etwas Neues zu entwickeln, ist für beide Seiten eine besondere Herausforderung. ArchitektInnen oder DesignerInnen müssen sich stark mit sozialen Prozessen auseinandersetzen, um spannende Inputs und frischen Wind in die Betreuung von Flüchtlingen hineinzubringen. Unsere Perspektive ist, dass wir manche Elemente auch an anderen Locations einsetzen können.

KS: Jenseits der Resultate ist es wichtig, die zwei Welten Architektur und soziale Organisation, aber vor allem auch die Betroffenen zusammenzubringen, um mehr Verständnis füreinander zu entwickeln.

SD: Die Caritas ist eine Organisation mit einer großen Verantwortung. Welchen Spielraum hat sie, und wo sind ihre Limitationen?

KS: Wir haben in unserer Strategie „Caritas 2020“ zwei Hauptthemen herausgearbeitet: Innovation und Involvierung. Unter beiden Aspekten passt die Kooperation gut, weil es darum geht, neue, innovative Wohnmöglichkeiten zu entwickeln. Involvierung heißt für uns auch, gemeinsam

Photo: Paul Kranzler



Improvisierte Sitzgruppe
im Haus Pfeiffergasse

Der entscheidende Punkt ist jetzt, dass die Quartierfrage von heute nicht zu einer Integrationskrise von morgen wird.

mit anderen Partnern Neues entstehen zu lassen, und zwar immer mit dem Fokus des konkreten Mehrwerts für die Betroffenen – im diesem Fall für AsylwerberInnen und Flüchtlinge. Neues zu entwickeln ist gerade im sozialen Bereich unverzichtbar, auch wenn nicht alles weiterverfolgt wird. Partizipation bedeutet Einbindung der Betroffenen, aber auch unserer MitarbeiterInnen, die tagtäglich in der Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung tätig sind und deshalb die Bedürfnisse der Menschen kennen.

Das Thema leistbarer Wohnraum wird uns in Zukunft nicht nur im Flüchtlingsbereich beschäftigen. Es gibt 260.000 ÖsterreicherInnen, die es sich im Winter nicht leisten können, ihren Wohnraum angemessen zu heizen. Integration hängt direkt mit dem Thema leistbarer Wohnraum zusammen, und da sind wiederum ArchitektInnen gefragt: Wie kann leistbarer Wohnraum geschaffen werden, ohne dass es zur Ghettoisierung kommt? Das ist immanent politisch und auch eine Frage von Rahmenbedingungen, Bauordnungen und anderen Vorgaben, die so ausgestaltet gehören, dass mehr eigenmittelfreie Wohnungen verfügbar werden. Die Menschen, die wir betreuen, können keine Kautionsmiete über drei Monatsmieten bezahlen.

SD: Wie kommen diese Menschen dann zu einer Wohnung?

CF: Spätestens vier Monate nach Erhalt der Asylberechtigung fallen anerkannte Flüchtlinge aus der Grundversorgung und müssen sich auf dem Wohnungsmarkt umsehen. Diese Diskussion ist jetzt in Gang gekommen. Statt der ursprünglich in Wien geplanten 10.000 Wohnungen sollen jetzt jährlich 13.000 gebaut werden. Von den 90.000 Flüchtlingen, die 2015 Asyl beantragt haben, werden viele auch Asyl bekommen. Und viele von ihnen werden nach Wien kommen. Dabei besteht die Gefahr einer Nivellierung nach unten. In Deutschland wird ein einfacher Steuerungsmechanismus diskutiert, nämlich die Leerstandssteuer. Das wäre eine Möglichkeit, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Integration beginnt erst dann, wenn die Leute in ihre eigene Wohnung kommen, einen Job finden und aus der Betreuungssituation herausfinden.

SD: Es gibt Modelle, in denen Wohnbaugenossenschaften oder Länder gegenüber den VermieterInnen eine Haftung übernehmen.

CF: Spannend sind auch Konzepte, die eine stärkere Durchmischung einzelner Quartiere ermöglichen. Im 20. Bezirk weiß ich von einem Genossenschaftswohnbau, in dem sich in den oberen Geschossen die teureren Wohnungen befinden und in den unteren die billigeren.

SD: Im Rahmen einer gemeinsamen Initiative gibt es die Absicht, StudentInnen zusammen mit Flüchtlingen unterzubringen. Laut eigener Auskunft kennt ihr euch mit Geflüchteten aus, aber nicht mit Studierenden. Werdet ihr es trotzdem versuchen?

CF: Wir haben uns dazu entschlossen, die Unterkunft für die Studierenden selbst zu organisieren und zu betreuen, um damit Erfahrungen zu sammeln. Auch bei „VinziRast-mittendrin“ ist es so, dass immer wieder nachgeschärft werden muss. Es ist schwieriger, StudentInnen zu finden, während es immer genug Obdachlose gibt, die gerne einziehen würden. Trotzdem will man das Mischungsverhältnis beibehalten.

KS: StudentInnen müssen als Gruppe, die einerseits nicht viel Geld hat und andererseits noch mobil ist, immer für solche Konzepte erhalten. Dort gibt es Bereitschaft und Engagement. Das haben wir auf vielfältige Weise erlebt – egal ob am Westbahnhof oder sonst wo. In den Quartieren sind noch immer viele freiwillige StudentInnen, die mitarbeiten. Es wäre schön, wenn man im Kontext eines freiwilligen sozialen Jahres dieses Engagement stärker institutionalisieren könnte.

SD: Vielleicht noch abschließend eine Frage zur Perspektive

2020: Mit welchem Szenario rechnet die Caritas in Zukunft?

KS: Ein Schwerpunkt in der Arbeit im Flüchtlingsbereich ist das Thema Integration. Nachdem wir eine große Anzahl von Quartieren geschaffen haben, geht es jetzt darum, der zunehmenden Polarisierung entgegenzuwirken. Die Diskussion über Zelte und die Massenobdachlosigkeit waren ein humanitärer Skandal und eine Schande für Österreich. Man wollte suggerieren, dass das Boot voll sei. Diese Bilder erzeugen natürlich Angst in der Bevölkerung. Zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren gehört, dass man nicht unter einer Brücke lebt und zumindest eine menschenwürdige Basisversorgung bekommt. Noch immer sind mehrere Tausend Personen in Notquartieren untergebracht. Entweder müssen sie alle in andere Quartiere übersiedeln oder die bestehenden Quartiere müssen so adaptiert werden, dass sie den Standards der Grundversorgung entsprechen. Wir sprechen nicht von Luxusquartieren, sondern von sehr einfachen Voraussetzungen. Die Themen Wohnraum, Bildung und Arbeitsmarkt werden bei der Integration Schlüsselrollen spielen. Der entscheidende Punkt ist jetzt, dass die Quartierfrage von heute nicht zu einer Integrationskrise von morgen wird. Jetzt ist es an der Zeit, die Weichen entsprechend zu stellen, um nicht in einigen Jahren bedauern zu müssen, was wir heute versäumt haben.

Über die Caritas

Neben der akuten Flüchtlingsnothilfe betreut die Caritas österreichweit rund 43.000 AsylwerberInnen in der Grundversorgung, davon knapp 9.000 in von der Caritas betriebenen Unterkünften. Davon sind mehr als 870 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. 34.000 Flüchtlinge, die privat oder in Quartieren anderer Unterkunftgeber untergebracht sind, werden von der Caritas mobil betreut. Aktuell versorgt die Caritas etwa jede/n dritte/n AsylwerberIn in Österreich, sie ist damit die größte Trägerorganisation im Bereich der Grundversorgung. Darüber hinaus gehört die Caritas zu den Pionieren im Bereich „Social Business“ in Österreich. Jüngstes und prominentestes Beispiel dafür ist das „magdas HOTEL“, das Anfang 2015 in Wien eröffnet wurde.

Die Konzeption und Entwicklung der einzelnen Projekte von „Orte für Menschen“ erfolgte in enger Kooperation mit der Caritas, in deren kompetente Hände sie auch zur Weiterbetreuung gegeben wurden.

www.caritas.at